

**ПОНЕДЕЛНИК 15 ДЕКЕМВРИ 2014 Г.
LUNES 15 DE DICIEMBRE DE 2014
PONDĚLÍ 15. PROSINCE 2014
MANDAG DEN 15. DECEMBER 2014
MONTAG, 15. DEZEMBER 2014
ESMASPÄEV, 15. DETSEMBER 2014
ΔΕΥΤΕΡΑ 15 ΔΕΚΕΜΒΡΙΟΥ 2014
MONDAY, 15 DECEMBER 2014
LUNDI 15 DÉCEMBRE 2014
LUNEDÌ 15 DICEMBRE 2014
PIRMDIENA, 2014. GADA 15. DECEMBRIS
2014 M. GRUODŽIO 15 D., PIRMADIENIS
2014. DECEMBER 15., HÉTFŐ
IT-TNEJN, 15 TA' DIČEMBRU 2014
MAANDAG 15 DECEMBER 2014
PONIEDZIAŁEK, 15 GRUDNIA 2014
SEGUNDA-FEIRA, 15 DE DEZEMBRO DE 2014
LUNI 15 DECEMBRIE 2014
PONDELOK 15. DECEMBRA 2014
PONEDELJEK, 15. DECEMBER 2014
MAANANTAI 15. JOULUKUUTA 2014
MÅNDAGEN DEN 15 DECEMBER 2014
PONEDJELJAK 15 PROSINCA 2014**

1-002-000

VORSITZ: MARTIN SCHULZ
Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

1-004-000

Der Präsident. - Ich erkläre die am Donnerstag, dem 27. November 2014, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärung des Präsidenten

1-006-000

Der Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Medienfreiheit und Medienpluralismus sind grundlegende Werte der Europäischen Union.

Die Türkei ist ein Beitrittskandidat, mit dem wir Verhandlungen über den Beitritt führen. Unsere Beziehungen zu Beitrittskandidaten müssen aber von gegenseitiger Ehrlichkeit und Offenheit geprägt sein.

Gerade weil wir Verhandlungen mit der Türkei ernst nehmen, ist es unsere Aufgabe, deutlich zu machen, wo es Fortschritte gibt, aber auch wo wir Befürchtungen haben, dass es Fehlentwicklungen gibt. Probleme mit der Presse- und Meinungsfreiheit sind in der Türkei nichts Neues. Wir haben mit großem Erstaunen die Razzien gegen Journalisten und gegen soziale Medien im Nachgang zum Protest im Gezi-Park zur Kenntnis genommen.

Jetzt haben wir gestern erneut eine Welle von Razzien gegen regierungskritische Medien erlebt und sind besorgt, dass das ein Zeichen dafür ist, dass die Entwicklung gegen oppositionelle Medien eine gefährliche ist und eine, die wir besonders beobachten.

Meine Damen und Herren, das gilt für alle demokratischen Rechtsstaaten: Kritik muss mit Argumenten, Ideen und Beweisen begegnet werden und nicht mit Vergeltung, Einschüchterung und Verhaftung von Journalisten. Ich habe deshalb meine Dienststellen gebeten, die türkische Botschaft um unverzügliche Aufklärung der Vorgänge zu bitten, und will hier an dieser Stelle – sicherlich auch in Ihrem Namen – sagen, dass wir mit großer Sorgfalt beobachten werden, wie es in der Türkei weitergeht.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

6. Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bestätigung der Immunität: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

9. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung)

1-014-000

Der Präsident. - Gemäß Artikel 105 Absatz 6 der Geschäftsordnung hat mir der Vorsitzende der Konferenz der Ausschussvorsitzenden mitgeteilt, dass die Empfehlung des Ausschusses für internationalen Handel, keine Einwände gegen einen delegierten Rechtsakt zu erheben, nicht beanstandet wurde.

Die Empfehlung gilt als angenommen, wenn weder eine Fraktion noch mindestens 40 Mitglieder sich binnen 24 Stunden gegen die Empfehlung aussprechen. In diesem Fall wird sie zur Abstimmung gestellt. Sie finden die Empfehlung auf der Webseite Plenartagung.

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr hat eine Berichtigung zu einem vom Europäischen Parlament angenommenen Test unterbreitet. Gemäß Artikel 231 Absatz 4 der Geschäftsordnung gilt diese Berichtigung als angenommen, wenn nicht binnen 24 Stunden von einer Fraktion oder mindestens 40 Mitgliedern beantragt wird, dass sie zur Abstimmung gestellt wird. Den Text finden sie auf der Webseite Plenartagung. Der Titel wird im Protokoll dieser Sitzung veröffentlicht.

1-015-000

Εμπανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, 1100 παιδικοί σταθμοί με 5 500 παιδιά στην Ελλάδα κινδυνεύουν να μη λειτουργήσουν από έλλειψη εφοδίων. Και ενώ αυτή είναι η κατάσταση και ενώ έπρεπε να ασχοληθεί η Επιτροπή ειδικά με αυτό το θέμα και με άλλα παρόμοια που ταλανίζουν τους λαούς της Ευρώπης, ο Jean-Claude Juncker, ως υπερεξουσιαστής της Ευρωπαϊκής Ένωσης, επεχείρησε με απαράδεκτες αντιδεοντολογικές και αντιδημοκρατικές επεμβάσεις να κατευθύνει το ελληνικό Κοινοβούλιο.

Με ποιο δικαίωμα επιχειρεί να βιάσει τις εξελίξεις; Μήπως επειδή έχει τώρα βοηθούς τους συγκυρενήτες; Τον πληροφορώ ότι δεν θα μπορέσει να το κάνει. Μεθαύριο στην εξουσία θα είναι ο ίδιος ο ελληνικός λαός.

1-016-000

Der Präsident. - Herr Kollege Glezos, ich finde es erst einmal gut, dass Sie sich, wie Sie es getan haben, hier schriftlich um einen Wortbeitrag zur Geschäftsordnung bemühen.

Nur muss der Beitrag dann auch einer zur Geschäftsordnung sein. Das, was Sie gerade vorgetragen haben, mag man politisch diskutieren, das hat aber mit unserer Geschäftsordnung nichts zu tun.

Das ist der klassische Fall für die Ein-Minuten-Reden, die wir ja hier im Plenum vorgesehen haben. Deshalb, Herr Glezos, wenn Sie beim nächsten Mal eine solche Stellungnahme abgeben wollen, machen Sie das unter der Rubrik „Ausführungen von einer Minute“.

Wir kommen nun, wenn es keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gibt, gleich zur Tagesordnung.

10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

12. Petitionen: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Arbeitsplan

1-022-000

Der Präsident. - Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 11. Dezember 2014 gemäß Artikel 152 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag:

Keine Änderung

Dienstag:

In Absprache mit den Fraktionen werden die sechs Duda-Kodifizierungsberichte, die für die Abstimmung am Dienstag vorgesehen waren, auf eine spätere Plenartagung vertagt. Gibt es Einwände dagegen? Nein. Dann sind die Duda-Berichte auf eine spätere Plenartagung vertagt.

Meine Damen und Herren, ich habe von unendlich vielen Fraktionen einen Antrag auf Aussprache über das Arbeitsprogramm der Kommission mit Entschließung erhalten. Die Fraktionen müssten sich jetzt untereinander einigen, wer von ihnen das Wort ergreifen will, denn ich habe hier alle Fraktionsvorsitzenden, die diesen Antrag praktisch zum gleichen Zeitpunkt eingereicht haben.

Herr Lamberts, es ging genau um das, was Sie gerade sagen wollen. Ihre Fraktion hätte gerne eine Entschließung.

1-023-000

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D . – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come lei ha anticipato, il nostro gruppo è favorevole a iscrivere all'ordine del giorno della plenaria di gennaio la risoluzione che concluda il dibattito sul programma di lavoro della Commissione, perché è giusto che il Parlamento dica la sua, affermi le sue priorità e noi, come socialisti democratici, possiamo indicare le nostre priorità che sono l'ambiente e la lotta all'elusione fiscale.*

1-024-000

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE . – Monsieur le Président, on peut certes aimer le théâtre, mais je dis simplement que nous avons besoin que ce Parlement se prononce, par un vote, sur le programme de travail de la Commission, qui est son acte le plus important.*

J'ai entendu, au sein de la Conférence des présidents, certains dire: "On se prononcera sur le programme de travail 2016!". Cela veut dire que ce Parlement se prononcerait dix-huit mois après les élections européennes, la mise en place d'une nouvelle Commission et l'élaboration d'un nouveau programme de travail. C'est évidemment ridicule. Je pense que ce Parlement doit voter, au plus tard lors de la session de janvier, une résolution sur le programme de travail de la Commission si l'on veut que cette institution existe.

1-025-000

Guy Verhofstadt (ALDE). - Monsieur le Président, je crois que c'est une bonne chose que l'on puisse le faire en janvier, ce qui nous donne la possibilité de tenir le débat demain et de préparer une résolution. Ma seule demande, c'est que cela ne soit pas un arbre de Noël, un *Christmas tree*. Je sais que ce n'est peut-être pas le moment de parler de cela mais, en tout cas, ma crainte c'est d'avoir 10, 15 ou 20 pages, où figurent toutes les priorités, au lieu d'une résolution politique qui soit courte. Dans ce dernier cas, je pourrai soutenir la proposition de M. Pittella.

1-026-000

József Szájer (PPE). - Mr President, thank you, although I would prefer to keep the old procedure, one in favour, one against, and one presenting the whole thing, so as not to complicate our business. The Commission work programme is a very serious exercise, especially in the absence of a right of initiative on behalf of Parliament. However, this year is a special year and our programming exercise does not foresee a resolution because the Commission only took office on 1 November, so there was no possibility to have this sequence, with one resolution in September and then another one. So I do not think it is good to have a hasty resolution on this, especially given that what we want to see after an election year is work, real work, not resolutions in January about a programme which is to be adopted tomorrow by the Commission. So my proposal is not to have a resolution but to start to work.

1-027-000

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion . – Herr Präsident! Vielen Dank, Herr Präsident, auch für die Klarstellung. Meine Fraktion hat in den letzten Tagen immer wieder beantragt, dass wir zu der Aussprache über die Erklärung der Kommission, die morgen stattfinden wird, eine entsprechende Entschließung verabschieden, und zwar mit folgender Begründung:

Erstens: Wir halten gerade das erste Jahr der Kommission für ein äußerst schwerwiegendes Jahr. Zweitens: Alle Fraktionen haben zu den Schwerpunkten der Kommission für das Arbeitsprogramm 2015 Stellungnahmen abgegeben. Drittens: Es hat eine Aussprache in der Konferenz der Präsidenten mit Herrn Juncker, mit Herrn Timmermans gegeben. Die Fraktionsvorsitzenden haben dort bereits zur Kenntnis nehmen können, wie die Kommissionsvertreter hier reagieren. Viertens: Es ist geplant, nicht nur Maßnahmen vorzustellen seitens der Kommission, die im nächsten Jahr behandelt werden sollen, sondern auch die berühmt-berüchtigte „killing list“, und wir haben sehr viel Informationen und auch Proteste aus dem Parlament bekommen, dass insbesondere Vorhaben wie das zur sauberen Luft und das Abfallprogramm nicht einfach unter den Tisch fallen dürfen. Wir haben also genügend Anlass, hier in dieser Woche darüber zu diskutieren und eine Entschließung auf den Tisch zu legen.

1-028-000

Philippe Lamberts (Verts/ALE). - Monsieur le Président, évidemment, si nous voulons avoir la moindre influence sur ce que la Commission compte faire, le plus tôt sera le mieux. Je pense en effet que s'il est possible de le faire dès le mois de décembre, faisons-le en décembre. Si on ne le fait pas en décembre, faisons-le en janvier. Mais, en tout cas, s'il y a une majorité pour le faire en décembre, faisons-le maintenant!

1-029-000

Der Präsident - Okay. Wer möchte dagegen sprechen? Okay. Damit haben wir einen weitestgehenden Antrag, das ist der, jetzt in dieser Woche die Abstimmung durchzuführen. Über diesen Antrag lasse ich zuerst abstimmen. Das ist der Antrag von Frau Zimmer.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Jetzt lasse ich über den Antrag des Herrn Kollegen Pittella abstimmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Mittwoch:

Die Fraktion der Grünen hat eine Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission zur freien Meinungsäußerung in der Türkei beantragt, bezogen auf die jüngsten Festnahmen von Journalisten und führenden Medienvertretern – das Thema, das ich eben hier angesprochen habe.

1-030-000

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Erst mal vielen Dank dafür, dass Sie das schon zum Thema gemacht haben. Ich glaube, dass allen, die am Wochenende die Nachrichten aus der Türkei verfolgt haben, der Atem gestockt hat über diese Übergriffe gegen die oppositionelle, kritische Presse. Man muss wissen, dass die Auseinandersetzung um Pressefreiheit in der Türkei sich schon lange vor Gezi-Park negativ entwickelt hat. Schon vor Gezi-Park sind kritische Journalisten und Journalistinnen ins Gefängnis gesteckt worden, ohne wirkliche rechtsstaatliche Verfahren. Gezi-Park hat uns alle nochmal mit einer Rückwärtsentwicklung in der Türkei konfrontiert. Es ist höchste Zeit, dass wir uns dazu äußern. Wir sollten in dieser Woche darüber debattieren. Ich finde den Vorschlag der anderen Fraktionsvorsitzenden, im Januar eine Entschließung zur Türkei zu machen, ausdrücklich richtig.

1-031-000

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord vous remercier pour les propos que vous avez tenus en ouverture de séance à propos de la liberté de la presse en Turquie: c'est un acte extrêmement important et fort, de la part du représentant de notre institution que vous êtes.

Secondement, ce qui s'est passé hier en Turquie est proprement inadmissible puisque, dans treize villes, des journalistes ont été arrêtés. Désormais, des menaces pèsent – d'ici Noël, selon les informations dont je dispose – sur 150 journalistes en Turquie, dont les principaux journalistes de télévision et de radio ainsi que du plus grand quotidien national.

Par conséquent, il convient que nous adoptions soit une résolution, soit une déclaration de la haute représentante pour arrêter cela le plus rapidement possible.

1-032-000

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Ich will natürlich nicht dagegen sprechen. Ich will für den Antrag von Rebecca Harms stimmen. Aber der Antrag von Kollegen Le Hyaric besagt ja, dass wir in dieser Woche schon eine Entschließung machen. Ich glaube, was Rebecca Harms beantragt hat, ist erheblich klüger, nämlich in dieser Woche eine Debatte und im Januar dann eine Entschließung.

1-033-000

Der Präsident. - Es geht jetzt zunächst einmal darum, überhaupt zu klären, ob wir den Punkt in die Tagesordnung aufnehmen. Möchte jemand dagegen reden? Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst einmal darüber abstimmen, ob wir diesen Punkt überhaupt in die Tagesordnung aufnehmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Die Aussprache steht jetzt schon fest. Die Hohe Vertreterin muss sich diese Woche hier dazu äußern.

Die Frage ist jetzt nur an Sie, ob Sie danach eine Entschließung verabschieden wollen. Wer für eine Entschließung ist, den bitte ich um Handzeichen. Wer ist dagegen? Diese Woche, wann denn sonst? Das ist beantragt worden, diese Woche ist beantragt worden. Dann machen wir es ganz präzise. Frau Harms, hatten Sie es für diese Woche oder für Januar beantragt? Sie hatten es für diese Woche beantragt.

1-034-000

Rebecca Harms (Verts/ALE). - Ich finde, dass sich das Europäische Parlament möglichst rasch äußern sollte. Aber ich bin auch der Meinung, das Europäische Parlament sollte sich möglichst geschlossen äußern. Mein Eindruck aus den Gesprächen in diesen letzten beiden Tagen war: Wir sollten ruhig eine ordentliche Diskussion ausverhandeln und die im Januar zur Abstimmung stellen.

1-035-000

Der Präsident. - Das war aus Ihrer Wortmeldung eben nicht so genau erkennbar. Sie haben es aber jetzt geklärt.

Wir haben also jetzt alle Wünsche erfüllt. Diese Woche wird diskutiert, im Januar wird eine Entschließung verabschiedet. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Die ECR-Fraktion beantragt, die Abstimmung über den Entschließungsantrag zur Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit auf Donnerstag zu verschieben.

1-036-000

Morten Messerschmidt, on behalf of the ECR Group. – Mr President, everybody agrees that this is quite a delicate issue, and I think we need more time in order to negotiate the resolution compromises. Therefore, on behalf of the ECR Group, I would like to move that we extend the deadline to Wednesday at 11.00 so that we can have the vote this week, but on Thursday.

1-037-000

Martina Anderson (GUE/NGL). - Mr President, we have already delayed the vote from last month to this month. We have had ample time to try to get a joint resolution agreed, and therefore it is appropriate that we stick to the schedule. We have all been working towards that schedule and we absolutely reject the proposal that we should vote on it on Thursday. We should vote on Wednesday as is indicated in the schedule.

1-038-000

Der Präsident. - Ich lasse über den Antrag von Herrn Messerschmidt, die Abstimmung auf Donnerstag zu verschieben, abstimmen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

15. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) (Aussprache)

1-040-000

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Empfehlung des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit betreffend den Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Beitritt der Europäischen Union zu dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) (09412/2014 - C8-0042/2014 - 2013/0418(NLE)) Berichterstatterin: Pilar Ayuso (A8-0036/2014).

1-041-000

Herranz García, Esther, ponente suplente . - Señora Vicepresidenta, señor Comisario, en primer lugar quisiera pedirles disculpas en nombre de la ponente, la señora Ayuso, que, por razones personales, no puede estar presente hoy aquí, pero que agradece a sus Señorías el trabajo parlamentario precedente.

Como todos ustedes saben, la CITES, la Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres, que entró en vigor en 1975, persigue proteger las especies mediante controles de comercio internacional. Engloba unas 35 000 especies, que están reguladas en tres apéndices en función del grado de protección que necesiten. Desde que la Comisión presentó su propuesta, ha habido dos nuevas adhesiones a la CITES, que cuenta en la actualidad con 180 partes, entre ellas todos los Estados miembros de la Unión Europea.

La Unión Europea tenía hasta ahora la condición de observador en la CITES, dado que solo los Estados miembros podían ser partes. Sin embargo, esta situación cambió en noviembre de 2013, con la entrada en vigor de la «enmienda de Gaborone», que permite a organizaciones de integración económica regional constituidas por Estados pasar a ser partes de la Convención. La solicitud de aprobación remitida al Parlamento por el Consejo basa su proyecto de Decisión en un único artículo del Tratado, el artículo 192, relativo al medio ambiente, mientras que la Comisión había basado su propuesta inicial en los artículos 192 y 207, relativo este último a la política comercial común.

En la opinión emitida por la Comisión de Asuntos Jurídicos de esta casa se consideró que, en este caso, la doble base jurídica propuesta por la Comisión Europea es la adecuada. Sin embargo, y dado que el Parlamento tiene que adoptar una recomendación relativa solo a la adhesión de la Unión Europea a la CITES, y no ha sido llamado a adoptar una posición sobre el fundamento jurídico, nos hemos limitado, en este contexto y solo en aras de la claridad jurídica, a mencionar el tema de la doble base jurídica en los vistos.

En nuestra opinión, la adhesión de la Unión Europea a la CITES es un paso lógico y necesario para garantizar la plena capacidad de la Unión Europea para seguir sus objetivos de política ambiental. La señora Ayuso dice que es importante señalar que los derechos y obligaciones de los Estados miembros en el marco de la Convención no se verán afectados por esta adhesión. En la práctica, el proceso interno de toma de decisiones no se verá influenciado, sino que racionalizará las prácticas que actualmente se encuentran en vigor.

Por todo lo expuesto, me pide la señora Ayuso que les transmita que ella considera que debemos votar a favor de la adhesión de la Unión Europea a la CITES.

1-042-000

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

1-043-000

Carlos Moedas, Member of the Commission . - Madam President, Commissioner Vella regrets that he is not able to be in Strasbourg today. He is in Brussels at the Fisheries Council, but he has asked me to present the views of the Commission on this file to you.

I would like, first of all, to thank Ms Ayuso and Ms Herranz García for their excellent and efficient work on this particular file. When presenting these political guidelines to Parliament in July, President Juncker made clear that one of the aims of the new Commission is to reinforce the EU as a strong global actor. The EU accession to the CITES Convention is to be seen in this context.

The CITES Convention aims to make international trade in wildlife species sustainable. It is a very operational and efficient instrument that regulates millions of cross-border movements of animals, plants and commodities derived from them, such as timber, leather goods, medicines, cosmetics and food products. In total, we are talking about 35 000 species that are covered by CITES. This wide scope, combined with the legally binding nature of its decisions and its robust compliance mechanism, makes the CITES Convention a critical tool to address the overexploitation of natural resources, which is one of the biggest threats to biodiversity today.

The CITES Convention stands at the crossroads of environment, trade and development. These are all areas in which the EU is a leading actor on the international scene. These are also areas in which the EU has strong legislation and policies. The EU's accession to the Convention will reflect its leading role, and it will increase the EU's visibility and accountability. The situation will be similar to the other organisations such as the WTO, the FAO or the Convention on Biological Diversity, of which the EU has been a full member for many years.

In operational terms, the way we prepare for CITES meetings will not change much after the EU accession, as there is a well-established practice to agree on common EU positions before each meeting. However, the EU will gain visibility at the CITES meetings, as EU positions will be expressed by the EU on matters of EU competence. The EU will also be able to participate fully in the various bodies set up under the Convention and contribute to its annual budget.

This accession comes at a particularly important time. CITES has recently engaged much more in regulating international trade in marine and timber species. These are very valuable commodities traded in large amounts. The EU has pushed for these, and our accession to CITES will allow us to increase our investment further to ensure that the international timber and fish trades are legal and sustainable.

CITES is also at the forefront of the fight against wildlife trafficking, a problem which I know is important to this Parliament. The current dramatic surge in wildlife trafficking calls for a strong response from the international community. At its last meeting in July, the CITES Standing Committee adopted very concrete measures targeting the countries most involved in wildlife trafficking, particularly in ivory, rhino horns and rosewood. These measures need to be implemented within strict deadlines, and failure to do so could result

in the adoption of trade sanctions. Increasingly, CITES is also engaging in close cooperation with international organisations like the UN Office on Drugs and Crime, and Interpol, which also specialise in combating organised crime. The EU must play its role in these global efforts, and the accession to CITES is a very concrete step towards facilitating this.

To conclude, I would stress that the EU's accession to CITES will reinforce both the EU as a global player and CITES as an essential multilateral instrument for sustainable development. The Commission is aware of the interest of Parliament in these matters, and we count on your support in finally making it possible for the EU to become a full party to CITES.

1-044-000

Dubravka Šuica, u ime kluba PPE . – Gospođo predsjednice, najprije možemo zahvaliti gđi Ayuso i gđi Garcia koje su izvrsno odradile zadatku, a gospodinu povjereniku mogu u ime Europske pučke stranke reći da možete računati na našu potporu, jer smatram da je ovo jedan vrlo važan potez s obzirom da je cilj konvencije u cijelom svijetu uspostaviti nadzor nad trgovinom ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka.

Mi znamo da Europska unija još od 1984. godine provodi CITES konvenciju, međutim kao što znamo, nije je mogla potpisati s obzirom da su to mogle samo države članice. Zato je vrlo važno da danas, odnosno sutra, kad budemo glasovali, Europski parlament usvoji preporuku o pristupu CITES-u, jer kao što ste i sami rekli, u studenome 2013. godine omogućeno je da i Unija pristupi i bude punopravna članica.

Važna su tri aspekta: i razvoj, i međunarodna trgovina i zaštita okoliša. I dosad smo se ponašali u skladu s ovim odredbama ove konvencije, ali smo se tada referirali na odredbe osnivačkog ugovora Europske unije i onoga poglavlja koje se bavilo zaštitom okoliša. Da bi se učinkovito provodila ova konvencija, smatram da je potrebna kontinuirana suradnja svih tijela: carine, policije, granične, veterinarske inspekcije, inspekcije zaštite prirode.

Godišnja vrijednost međunarodne trgovine divljim vrstama procijenjuje se na milijarde američkih dolara, a na nezakonitom tržištu se po godišnjoj zaradi svrstava zbog trgovine narkoticima, oružjem i ljudima.

Dakle, radi se opstanku više od 35 000 vrsta i zato je dobro da je ovaj dokument došao u Europski parlament, da putem konvencije štitimo ugrožene vrste time što se zabranjuje ili posebnim sustavom dopuštenja uvelike otežava međunarodna trgovina ovim vrstama.

Ugrožene vrste divljih životinja i biljaka čija se trgovina nadzire, svrstane su u tri dodatka konvenciji. U svakom slučaju, još jednom u ime Europske pučke stranke, podržavamo da Europska unija postane globalni igrač u ovom dijelu i da se osnaži uloga CITES-a.

1-045-000

Renata Brianò, a nome del gruppo S&D . – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto anche io, voglio ringrazia la relatrice Ayuso, per il lavoro svolto e dire al Commissario che può contare, per quanto riguarda questo tema, anche sul nostro gruppo. Come è già stato detto, la Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche, minacciate di estinzione, predispone una serie di garanzie, affinché il commercio internazionale di esemplari di flora e fauna selvatica non ne minaccino la sopravvivenza. La CITES protegge infatti più di 35 000 specie e ne fanno parte 178 paesi,

tra cui tutti gli Stati membri dell'Unione europea. L'UE, adesso, può finalmente esserne parte contraente e non più semplice osservatore.

Si tratta quindi di un atto dovuto. Un atto dovuto perché le competenze per applicare la Convenzione ricadono, di prevalenza, sull'Unione europea: è un passaggio necessario per rendere più efficace la protezione della biodiversità e delle specie a rischio. La salvaguardia, la tutela e il miglioramento della qualità dell'ambiente, sono delle priorità dell'Unione, secondo i trattati, assieme all'uso accorto e razionale delle risorse naturali e alla promozione internazionale di provvedimenti per risolvere i problemi ambientali.

Inoltre, l'UE adotta le misure per il corretto funzionamento del mercato interno e in materia di unione doganale, politica commerciale comune. Il commercio internazionale a discapito delle specie a rischio – pensiamo allo sterminio di elefanti e di rinoceronti per le zanne e i corni, alla caccia indiscriminata di animali da pelliccia e i grandi felini, alla strage di alberi rari per i loro legname – genera un fatturato annuo di 200 miliardi di dollari. Questa barbarie impoverisce la Terra, per arricchire alcune organizzazioni criminali e spesso alimentare guerre e terrorismo. Per questo non possiamo che vedere con favore l'intervento diretto dell'Unione europea nella CITES e la sua adesione, come previsto, nella proposta di decisione del Consiglio, nonché ringraziare tutte le forze dell'ordine che controllano il rispetto di queste norme.

1-046-000

Mark Demesmaeker, namens de ECR-Fractie. – Het CITES-verdrag over de internationale handel in bedreigde in het wild levende dier- en plantensoorten is intussen ruim 40 jaar oud, maar meer dan ooit nodig. CITES – het is al gezegd – biedt bescherming aan niet minder dan 35 000 dier- en plantensoorten. Als bijvoorbeeld de Afrikaanse zwarte neushoorn voorlopig van uitsterven werd behoed, dan is dat onder andere dankzij deze conventie. Het Wereldnatuurfonds schat de waarde van de illegale handel in bedreigde diersoorten en afgeleide producten alleen al op 19 miljard dollar. Dat is de vierde grootste illegale handel na drugs, namaak en mensenhandel. En met de winsten worden vaak oorlog en terrorisme gefinancierd. Het CITES-verdrag reguleert de internationale handel zodat die op een duurzame manier kan gebeuren met oog voor de menselijke behoeften en voor de economie. 180 landen hebben zich inderdaad al bij CITES aangesloten, ook alle 28 EU-lidstaten.

Vandaag spreken we over de toetreding van de Europese Unie tot de overeenkomst. Als schaduwrapporteur voor de ECR-Fractie kan ik bevestigen dat wij die toetreding steunen. Die bevordert de juridische transparantie over de precieze rol van de Europese Unie en haar slagkracht. Overigens is dit geen unicum. De EU trad eerder toe tot andere internationale milieuconventies zoals de Bonn-conventie, het Carthagena-protocol en het Nagoya-protocol. Ik wil beklemtonen dat er duidelijk afgebakende verantwoordelijkheden zijn tussen de EU en de lidstaten en dat de toetreding van de EU tot CITES geen invloed heeft op de verdeling van de bevoegdheden tussen de EU en de lidstaten, noch op de manier waarop een gemeenschappelijk EU-standpunt wordt bepaald.

Het enige heikale punt is de vraag of dit dossier een dubbele rechtsgrond (milieu en handel) moet hebben. Maar deze discussie staat onze goedkeuring morgen in de plenaire niet in de weg.

1-047-000

Gerben-Jan Gerbrandy, on behalf of the ALDE Group . – Madam President, I must say I am relieved that finally the EU can become a party to the CITES Conference. I witnessed myself how important this is a few years ago when I was part of Parliament's delegation to the CITES Conference in Doha. We did not speak with one voice, we were not very united, we were more occupied by our internal negotiations as EU Member States and then we made a strong position at the Conference itself, so I am very relieved that we have finally become a party to CITES.

Another thing I would like to address here – and the Commissioner has already mentioned it, as have many of my colleagues – is the importance of the fight against wildlife trafficking. That is something that should be done with CITES but of course, and the Commission knows this, this is something that should also be done much more strongly within the EU. I therefore hope that Commissioner Moedas can give the message not only to his colleague responsible for the environment but also to his colleagues higher up the hierarchy in the Commission that we really need an EU action plan against wildlife trafficking, and the sooner the better.

1-048-000

Lynn Boylan, on behalf of the GUE/NGL Group . – Madam President, I welcome today's recommendation for the EU's accession to the Convention on International Trade in Endangered Species of Plants and Animals. The European Union cannot be found wanting in its actions, and it cannot allow species like the African elephant and rhino to be consigned to the history books. 22 000 African elephants were killed for their ivory in 2012 alone. 95% of the world's rhinos have been wiped out in the last forty years, and let us also not forget all the other less well-known species that are illegally traded on a daily basis. The impact that losses like these have on ecosystems is catastrophic.

The EU and Member States must, of course, comply with obligations under this Convention, but it is one thing to ban or limit trade and it is another to effectively enforce it. One cannot ignore the fact that the vast majority of this illegal trade is carried out in the developing world in conflict zones. The EU, of course, should support these countries where they lack equipment and funds for enforcement, but we must also look at the bigger picture. If annual turnover for the illegal trade is estimated to be USD 19 billion – making it the fourth-largest illegal trade in the world – the extreme poverty of many African communities lends itself to this trade. When the tusks of a single adult elephant are worth more than ten times the average annual income in many of these countries, is it any wonder that impoverished people resort to wildlife trade?

1-049-000

Benedek Jávor, on behalf of the Verts/ALE Group . – Madam President, the Green Group and I warmly welcome and support the accession of the EU to CITES, which is one of the world's most powerful tools for biodiversity conservation. It is clearly a necessary and desirable development. However, as I see it, this step is only a drop in the bucket. Let me remind you that, despite the EU's commitment to halve the loss of biodiversity in the EU by 2020 and to restore biodiversity wherever possible, in the longer term – as well as in the long-term vision for biodiversity for 2050 – natural capital and ecosystems services are being continuously depleted. This will have profound consequences for our wellbeing.

As stated by the Commission itself, over half of the habitats and species covered by the EU Habitats Directive are considered to be in an unfavourable conservation status. There is evidence that the status of many ecosystems is reaching, or has already reached, the point of no return. It is estimated that each year we lose 3% of our GDP due to the loss of biodiversity. Besides undermining the economy through diversity loss, changes in habitats and ecosystems also erode social cohesion in and outside the EU. Thus we must step up efforts in Europe to achieve our biodiversity targets.

We must ensure that none of the policies of the EU or of its Member States have harmful impacts on biodiversity. We must reinvest in natural capital, construct green infrastructure and ensure that all spending under the EU budget is supportive of halting the loss of biodiversity. I therefore urge the European Commission and all European decision-makers to set their priorities and structure their work mindful of the biodiversity targets, and not to compromise biodiversity, as it is crucial to sustaining the ecological systems and the services we all depend on.

1-050-000

Marco Affronte, *a nome del gruppo EFDD . – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l’ingresso dell’Unione europea come membro della Convenzione di Washington, non può che trovarci d’accordo, così come con parere praticamente unanime si è espressa la commissione ambiente su questo. La CITES è stata ratificata da 180 paesi nel mondo ed è probabilmente una delle normative che in maniera più efficace ha dato un contributo alla tutela delle specie protette. L’occasione dell’ingresso dell’Unione europea nella Convenzione deve essere però uno stimolo a fare ancora di più, molto di più nell’ambito del traffico illegale di specie selvatiche.*

Nel 2011 il valore del mercato europeo dei prodotti appartenenti a specie iscritte nelle liste della Convenzione di Washington, è stato stimato a quasi 500 milioni di euro. L’Europol osserva che, negli ultimi anni, il livello di attività criminali sempre più organizzate e presenti nel campo del commercio illegale di specie selvatiche sta crescendo. L’Unione europea è sempre più un consumatore ma anche un produttore di risorse naturali illegalmente acquisite da immettere sui mercati. Nella banca dati europea dei sequestri di specie incluse nella CITES ci sono oltre 37 000 registrazioni, segno evidente di un mercato illegale di enormi dimensioni.

Un esempio per tutto è dato dalla massiccia importazione illecita di carni dall’Africa, la cosiddetta “*bush meat*” che nei paesi di provenienza, rappresenta un’importante risorsa alimentare mentre da noi è solo uno sfizio e l’ostentazione di uno stato sociale: parliamo di circa 270 tonnellate di carne illegalmente importate, solo attraverso l’aeroporto di Parigi. Ben venga dunque l’ingresso dell’Unione come membro della CITES ma procediamo anche con altre iniziative, come il rinforzo delle regole, il miglioramento della raccolta dei dati e l’inasprimento delle pene per i trasgressori.

1-051-000

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ). - Τις προσεχείς ημέρες θα έλθει προς έγκριση πρόταση απόφασης του Συμβουλίου να προσχωρήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση στη σύμβαση για το διεθνές εμπόριο των ειδών άγριας πανίδας και χλωρίδας.

Η ανάγκη για την υπερψήφιση της προτάσεως γίνεται προφανής εάν συνειδητοποιήσει κάποιος ότι, από τις αρχές της δεκαετίας του 1970, οι άνθρωποι, για λόγους εμπορικού κέρδους, έχουν καταληφθεί από μία ανεξήγητη μανία καταστροφής πολλών ειδών φυτών και ζώων, τα οποία

κινδυνεύουν να εξαφανισθούν από τον πλανήτη. Εκτιμάται ότι μέχρι το 2020 περί τα 10.000.000 από αυτά τα φυτά και τα ζώα θα έχουν εξαφανιστεί.

Εάν σ' αυτό τον αριθμό συνυπολογίσουμε την απώλεια κυρίως των ζώων λόγω της καταστροφής από τον άνθρωπο των δασών, των βιοσκοτόπων, των κοραλλιογενών υφάλων αλλά και τη μόλυνση των θαλασσών, η οποία προέρχεται πάλι από τον άνθρωπο, τότε αυτός ο αριθμός των ζώων εγγίζει τα όρια της τραγικότητας.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση, λοιπόν, βρίσκεται μπροστά σε μία πολύ σημαντική πρόκληση, στην οποία πρέπει να ανταποκριθεί με επιτυχία. Ξεκινά με τις καλύτερες προθέσεις. Ερωτάται όμως: Θα κατορθώσει να περιορίσει τη μέχρι στιγμής ανεξέλεγκτη δράση των νομίμων και παρανόμων εμπόρων αυτών των ειδών; Θα κατορθώσει να ελέγξει το εμπόριο των ειδών αυτών μέσω του διαδικτύου; Και τέλος, θα μπορέσει να εξασφαλίσει τη διεθνή συνεργασία ώστε να προωθήσει, σε διεθνές επίπεδο, μέτρα τα οποία αφενός θα προστατεύουν αυτά τα είδη αφετέρου θα εγγυώνται την προστασία του περιβάλλοντος, ώστε και η ζωή του ανθρώπου να γίνει πιο καλή αλλά παράλληλα να εξασφαλιστούν και καλύτερες συνθήκες διαβιώσεως;

Εύχομαι να επιτύχουμε σ' αυτή την προσπάθεια.

1-052-000

Marijana Petir (PPE). - Gospođo potpredsjednice, kao osoba koja se zalaže za zaštitu pravnog poretka, ali i za zaštitu ugroženih divljih, biljnih i životinjskih vrsta, pozivam nadležna tijela Europske unije da učine sve kako bi Europska unija pristupila Konvenciji CITES.

Konvencijom je danas zaštićeno preko 35 000 različitih biljnih i životinjskih vrsta, njih oko 1000, ili 3 % je ugroženo i suočeno s rizikom izumiranja upravo zbog trgovine. Republika Hrvatska je stranka konvencije od 2000. godine, postigla je vrlo zapažene rezultate u borbi protiv trgovine egzotičnim vrstama, a ove godine izvršena je vrlo velika zapljena egzotičnih biljaka i životinja.

Svake godine u međunarodnu trgovinu divljim vrstama ulaze deseci milijuna primjeraka biljaka i životinja, a vrijednost te trgovine iznosi preko 10 milijardi dolara godišnje. Izrazito rijetke i kritično ugrožene kornjače sa Madagaskara na ilegalnom tržištu postižu cijenu i do 25 000 eura po komadu, a rijetke Learove papige iz Brazila mogu koštati vrtoglavih 90 000 eura po primjerku. Kilogram roga nosoroga na crnom tržištu košta više od kilograma zlata. Slonovača i dalje predstavlja luksuzan proizvod i statusni simbol, pa cijena sirove slonovače iznosi i do 5 000 eura po kilogramu, dok rezbareni predmeti koštaju i puno više.

Potražnja za ovim proizvodima rezultirala je masovnim krivolovom na te vrste pa je u 2012. godini u krivolovu ubijeno 22 000 slonova, a tijekom prošle godine samo na teritoriju Južnoafričke republike zbog krivolova je stradalo preko 1000 nosoroga. Nažalost, u cijelom tom procesu stradavaju i ljudi pa je na svjetskoj razini 56 rendžera izgubilo svoje živote na službenoj dužnosti u posljednjih 12 mjeseci od kojih su 29 bili ubijeni od strane krivolovaca.

Stoga još jednom pozivam nadležna tijela Europske unije kao osoba koja se zalaže za zaštitu pravnog poretka da Europska unija pristupi konvenciji CITES.

1-053-000

Ricardo Serrão Santos (S&D). - Pedi também a palavra para realçar a importância da "Convenção sobre o Comércio Internacional de Espécies da Fauna e da Flora Selvagem Ameaçadas de Extinção" e do novo estatuto da União Europeia.

Tenho acompanhado de perto a implementação e posso atestar como, progressivamente, este instrumento é cada vez mais eficiente. No meu país, Portugal, e mais especificamente, os Açores, a região de onde sou oriundo, a aplicação deste instrumento tem dotado as autoridades de legitimidade para atuar e, junto dos cidadãos, reforçado a sensibilização para a importância da salvaguarda das espécies selvagens.

A nível internacional há ainda muita atividade ilegal e outra não regulamentada. Assim, há que combater, com todos os meios, a utilização de fauna e flora selvagens em nome da pseudociência vudu, o colecionismo de organismos vivos, as aplicações em bijuteria, mobiliário, objetos decorativos, incluindo o vestuário. Espécies como os gorilas, os rinocerontes, as tartarugas, os corais negros, continuam em perigo. Ao aumento dos transportes comerciais a nível global e à venda na internet tem que corresponder uma crescente eficácia na fiscalização e na regulamentação. A União Europeia deve ser intolerante relativamente ao comércio de espécies ameaçadas.

Assim, congratulo-me pelo novo estatuto da Comissão Europeia fazendo votos para que seja uma oportunidade para uma maior proatividade.

1-054-000

Julie Girling (ECR). - Madam President, I welcome the accession of the EU to the Convention on International Trade in Endangered Species. This will enable the EU to take a committed position and play a full role in the Convention. Article 191 allows the EU to promote measures at international level to deal with worldwide environmental problems; and what could be more apposite than endangered species? All Member States are signed up to CITES already, so why the necessity for this accession? What does it add?

In my view this will give the EU a platform to move forward together at the Conference of the Parties, employing the power and influence of all 28 Member States together, and I hope that in the near future we will be able to use this influence to promote tougher enforcement of the licensing system. Barely a week goes by when we do not see some new seizure of goods or medicines fashioned from endangered species, from tigers' bones to rhino horn. Last week we saw in Hong Kong just such a thing. I would like to see this as just the very beginning of the EU's new approach to CITES. The burden of the questions should be moved not from what we can trade, but why we should trade at all, and the EU could be at the forefront of that discussion.

1-055-000

Catherine Bearder (ALDE). - Madam President, we must all cheer about the change in the EU's status in CITES from observer to full member. As a full member the EU will speak with and vote with one voice in CITES negotiations. We will also be responsible for implementing and enforcing the Convention and will participate fully in CITES projects. This marks an important step in the protection of highly endangered species around the world.

More than ever, international coordinated action is needed to end illegal wildlife trade, stop poaching and the increasing rate of biodiversity loss. Over 20 000 elephants were

killed by poachers last year; a record 668 rhinos in South Africa alone were killed for their horns just to make trinkets and medicines that do not work. Unless we act now these species and many others will become extinct. But the trade in living wild animals is also thriving. At this very moment the Zimbabwe government is profiteering from baby elephants removed from their herds to be sold to zoos in China and the UAE. These animals face extreme stress, poor conditions and are at a high risk of early death.

All parties to CITES must act decisively and quickly to prevent animals being traded as commodities. They deserve our protection. We can and must develop an action plan, working closely with countries such as China. The EU can be a global leader in the fight against this serious and most profitable crime as a full member of CITES. We have a duty to raise awareness, impose stricter controls and introduce dissuasive penalties for those who profit from illegal wildlife trade.

1-056-000

Stefan Eck (GUE/NGL). - Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Laut einem Bericht des WWF hat sich die Anzahl der weltweit lebenden Tiere in den letzten 40 Jahren halbiert. Ebenso dramatisch verhält es sich mit anderen Tierarten, und mehr als 70 % aller Pflanzenarten gelten bereits heute als bedroht.

Neben dem natürlichen Aussterben sind vor allem anthropogene Gründe die Ursache: Klimawandel, Regenwaldabholzung, Meeresverschmutzung, Massentierhaltung, der Einsatz von Pestiziden und Insektiziden, aber auch der Handel mit Wildtieren und Wildpflanzen, der auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wird, so gelangen beispielsweise pro Jahr 1,5 Millionen Wildvögel und rund 440 000 Tonnen Heilpflanzen in den Handel.

Wir haben die moralische Verpflichtung, diesen Irrsinn zu stoppen, bevor Zigtausende Tier- und Pflanzenarten sich jedes Jahr für immer von der Weltbühne verabschieden. Wir können das Artensterben aufhalten durch die Bekämpfung des Klimawandels, durch Maßnahmen gegen die Regenwaldzerstörung, durch die Verringerung der Massentierhaltung, aber auch durch striktere Handelsbeschränkungen. Eine zielführende Möglichkeit wäre, den Einfluss der EU bei den anstehenden Verhandlungen über das CITES durch die Vollmitgliedschaft der EU zu verstärken. Denn die Wahrheit ist doch oft, dass der Schutz bedrohter Arten nationalen wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fällt. Dies müssen wir, muss die EU verhindern.

Ich möchte zum Abschluss eines zu bedenken geben: Wir brauchen diese Erde, aber die Erde braucht uns nicht.

1-057-000

Julia Reid (EFDD). - Madam President, if it is large, grey, has a trunk and looks like an elephant, then that is exactly what it is: an elephant. CITES was created for signing by sovereign states. However, it is now to be signed by the European Union. Yet again the European Union behaves like a sovereign state. Like the elephant, if it has ever more characteristics of a sovereign state, then it is obvious to all that this is exactly what the EU is becoming. There are those, especially in the UK, who are in denial about this fact: that the European Union, as a direct, inevitable consequence of the commitment to ever-closer union, and as set out in successive treaties, is taking over the sovereignty of Member States. This recommendation is proof positive of what UKIP has long been saying (but LIB/LAB/CON denies): that the EU is ever more sovereign. The usual weasel words are in the report. It will enable the Commission to lead negotiations and be a catalyst. Signing

CITES may be very sensible for sovereign states, but the EU signing CITES represents yet another EU power-grab. The EU acquires the one vote, counting as 28 votes, and my country along with 27 others lose yet another freedom to decide for themselves. Truly there is an elephant in the room. It is called the European Union.

1-058-000

Ivan Štefanec (PPE) - Verím, že všetci cítime spoluzodpovednosť za ochranu prírody na celom svete, preto podporujeme túto konvenciu, ku ktorej má Európska únia pristúpiť ako celok. Spoločný európsky trh je jednou z našich najväčších výhod, preto má zásadný význam postupovať spoločne aj v tejto oblasti, pretože táto konvencia o medzinárodnom obchode sa týka spoločného európskeho trhu a nášho spoločného európskeho postupu. Ako je známe, história konvencie siaha až do 1. júla 1975 a zahŕňa viac ako 35 000 druhov ohrozených živočíchov a rastlín. Dovoľte mi zdôrazniť, že zo slovenských druhov sú to také vzácné druhy ako orol kráľovský, sokol lovecký či vydra riečna. Pristúpenie Európskej únie k dohovoru CITES zabezpečuje väčšiu transparentnosť právneho postavenia Únie v rámci CITES voči tretím stranám dohovoru. Súčasný štatút pozorovateľa skôr predstavoval nevýhodu a neumožňoval Únii v plnej miere realizovať ciele v rámci politiky ochrany životného prostredia. Únia bude každý rok prispievať 2,5 % celkovej výšky trustového fondu CITES, čo je približne 115 000 EUR na budúci rok, a podľa toho sa znížia príspevky členských štátov. To je ďalší dôkaz výhodnosti spoločného európskeho postupu. Pristúpenie umožní Komisii zaujímať v mene Únie jednotnú pozíciu a zlepší sa tým pozícia EÚ v kontrole medzinárodného obchodu. Verím, že náš súhlas – Európskeho parlamentu – s pristúpením Únie k tomuto dohovoru o medzinárodnom obchode prispeje nielen k efektívnejšej ochrane ohrozených druhov voľne žijúcich živočíchov a rastlín, ale aj zrýchli rozhodovací proces a najmä zosúladí potrebný spoločný európsky postup.

1-059-000

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Medzinárodný obchod s voľne žijúcimi živočíchmi a rastlinami výrazne obmedzuje prežitie a vývoj živočíšnych druhov a exemplárov rastlín po celom svete. Nakoniec mnohí z vás to už spomenuli. Dohovor CITES tak zabezpečuje ochranu pre vyše 35 000 druhov a výrazne prispieva ku kontrole nelegálneho medzinárodného obchodu v tejto oblasti. V súčasnosti sú členmi dohovoru členské štáty, ale sme presvedčení, že nastal čas, aby sa zmenil status a aby aj Európska únia, ktorá v súčasnosti pôsobí iba ako pozorovateľ, dostala nové právomoci. Pristúpenie k dohovoru CITES neovplyvní práva a povinnosti členských štátov, pretože Európska únia bude hlasovať iba o tých otázkach, ktoré sa týkajú *acquis*, a jednotlivé členské štáty budú aj naďalej hlasovať o všetkých ostatných veciach. Avšak pristúpenie Európskej únie k dohovoru CITES zabezpečí väčšiu transparentnosť právneho prostredia a postavenia Európskej únie voči tretím stranám dohovoru.

1-060-000

Nότης Μαριάς (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, η CITES είναι μία σημαντική διεθνής σύμβαση, η οποία, στον βαθμό που θα εφαρμοστεί αποτελεσματικά, μπορεί να προστατεύσει την άγρια πανίδα και χλωρίδα. Είναι χιλιάδες τα είδη που προστατεύονται από τη CITES και μέσω της σύμβασης αυτής μπορεί να χτυπηθεί το λαθρεμπόριο και τα διάφορα κυκλώματα που πλουτίζουν από το εμπόριο των υπό εξαφάνιση ζώων. Επομένως ο ρόλος της σύμβασης είναι θετικός και θεωρώ ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να προσχωρήσει στη σύμβαση αυτή.

'Όμως ο τρόπος που θα γίνει η προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα πρέπει να σεβαστεί απαρέγκλιτα τις αρμοδιότητες των κρατών μελών στο πεδίο εφαρμογής της Συνθήκης. Ταυτόχρονα, αυτό θα πρέπει να ισχύσει και στο μέλλον, και να μην επιχειρήσει η Επιτροπή με έμμεσο τρόπο να επεκτείνει, όπως κάνει συνήθως, τις αρμοδιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε βάρος των αρμοδιοτήτων των κρατών μελών.

Για τον λόγο αυτό, πρέπει η Επιτροπή να βρίσκεται υπό συνεχή έλεγχο και λογοδοσία ενώπιον του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

1-061-000

Gilles Lebreton (NI), question "carton bleu". – Madame la Présidente, Monsieur, vous venez de déclarer que vous étiez favorable à l'adhésion de l'Union européenne à la convention sur le commerce international des espèces sauvages mais, parallèlement, vous souhaitez préserver la compétence des États. J'y vois une contradiction: si l'Union européenne adhère à cette convention, les États perdront nécessairement une nouvelle part de leur souveraineté, comme l'un des orateurs précédents l'a d'ailleurs dit.

Qu'en pensez-vous?

1-062-000

Nότης Μαριάς (ECR), απάντηση "γαλάζια κάρτα". – Ήθελα να επισημάνω στον συνάδελφο ότι οι αρμοδιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι συγκεκριμένες και προσδιοριζούνται, όπως επίσης και οι αρμοδιότητες των κρατών μελών. Γι' αυτό επεσήμανα ότι είναι δυνατόν να υπάρξει προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η οποία θα ασκεί τις αρμοδιότητές της στο πεδίο εφαρμογής τους, όπως προσδιοριζούνται συγκεκριμένα από τη Συνθήκη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Και γι' αυτό τόνισα ταυτόχρονα ότι δεν μπορεί και δεν επιτρέπεται να προσπαθήσει έμμεσα η Επιτροπή να επεκτείνει τις αρμοδιότητές της σε άλλα πεδία εις βάρος των κρατών μελών. Αυτά που είπα δεν συγκρούονται αλλά στηρίζονται στη Συνθήκη της Λισσαβόνας όσον αφορά την κατοχύρωση των αρμοδιοτήτων των κρατών μελών.

1-063-000

Younous Omarjee (GUE/NGL). - Madame la Présidente, pendant la minute de temps de parole qui m'est impartie, je me limiterai à deux observations.

Premièrement, Monsieur le Commissaire, je partage pleinement votre avis: l'Union européenne doit, aujourd'hui, assumer pleinement ses responsabilités dans la gouvernance mondiale, dans un domaine qui correspond à un véritable enjeu de civilisation. Nous voyons bien que le rôle moteur que joue l'Union européenne dans les conférences des parties sur le climat a permis de leur donner une nouvelle impulsion. J'espère que cette impulsion sera donnée dans la lutte contre le commerce des espèces sauvages.

Deuxièmement, cette question nous renvoie au débat plus large – peut-être philosophique, d'ailleurs – sur le rapport de notre espèce avec le reste du monde du vivant. Nous sommes quand même cette espèce un peu curieuse qui, pour satisfaire les besoins souvent futiles de consommateurs dans le monde – et, souvent, de consommateurs européens –, en vient à commettre des crimes de masse.

Nous devons prendre des mesures. Nous connaissons aujourd’hui la sixième vague d’extinction des espèces depuis le début de ce monde.

1-064-000

Eleonora Evi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, salutiamo con piacere l’adesione dell’Unione europea alla Convenzione internazionale contro il traffico di specie in pericolo. È una decisione importante, dal momento che, nonostante l’impegno degli Stati membri, ancora oggi l’Unione europea rappresenta una delle tre destinazione privilegiate di esemplari e prodotti di specie in pericolo, insieme a Stati Uniti e Giappone. Vi sono però alcuni progetti positivi, messi in atto anche da singoli Stati membri, come l’acquisto per esempio della lana di vigogna, che hanno dimostrato la possibilità di conciliare la tutela di specie vulnerabili con la necessità di sostentamento delle popolazioni indigene, che vengono quindi coinvolte nei programmi di tutela.

È inoltre necessario migliorare le attività di *intelligence* sia nei paesi di provenienza che in quelli di destinazione, anche attraverso la più ampia diffusione di database comuni, come il sistema EU-TWIX. Ci aspettiamo anche che l’Unione europea contribuisca fattivamente ad un apposito programma di coordinamento all’iniziativa dell’Interpol “Infraterra”, per giungere al più presto all’arresto dei nove maggiori ricercati per reati ambientali, tra cui figurano i principali responsabili del mercato clandestino di specie vulnerabili.

1-065-000

Enrico Gasbarra (S&D). - Signore Presidente, onorevoli colleghi, con l’adesione alla Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estensione, l’UE finalmente si dota di un importante strumento volto a proteggere la biodiversità. La partecipazione dell’UE come soggetto giuridico a questo sistema di protezione delle specie non può che ribadire la posizione di rilievo e di responsabilità che l’UE assume nella promozione della sostenibilità ambientale. Sono oltre 35 000 infatti le specie coperte dalle disposizioni della Convenzione.

Abbiamo ora finalmente un quadro giuridico ancora più certo, anche a vantaggio della sicurezza dei cittadini europei, che regola l’introduzione e l’importazione di flora e fauna protetta. Ci apprestiamo a ratificare quindi uno strumento che rafforzerà la coerenza e il peso negoziale dell’Unione europea in ambito internazionale, in particolare coerenza con il trattato di Lisbona per l’attribuzione alla Commissione europea di una competenza piena in ambito commerciale e ambientale. Un altro passo avanti verso un ruolo più forte dell’UE nel mondo per la sostenibilità e la responsabilità ambientale.

1-066-000

Richard Ashworth (ECR). - Madam President, it is a sad reflection on mankind that we can put a man on the moon, but we are not capable of keeping some of our most valuable animals alive on earth. We give the highest financial value to those commodities that are scarcest on earth, but sadly that logic applies to animals as well – even to the point that the rarer a species becomes, the more sought-after and the more valuable it or its body parts become.

It is now the stroke of midnight for a number of the world’s most endangered species. However, there is still time – but only if mankind can work together to get a message to all cultures on earth that we cannot go on like this, to outlaw the immoral trade in animal

products from rare species, and to urge all authorities to join in enforcement. I commend CITES and I welcome the accession of the EU.

1-067-000

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). - Cinco mil espécies animais e vinte e oito mil espécies vegetais estão protegidas pela Convenção. Novecentas em risco de eminent desaparecimento. Precisamos de mecanismos para evitar a sua extinção, seja pela sobre-exploração, ou pelo comércio ilegal, que afeta cada vez mais um maior número de espécies.

Todos os anos circulam ilegalmente cinquenta mil primatas, quatro milhões de aves, trezentos e cinquenta milhões de peixes tropicais. Entre 60 e 80% morrem na viagem. O mercado está claramente definido: a oferta vem dos países tropicais, a procura está concentrada nos países ricos, são consumidores que procuram exemplares raros e é a indústria farmacêutica que compra espécies de aranhas e cobras venenosas para experiências e novos medicamentos.

A União Europeia é o principal consumidor destes animais exóticos. É o primeiro importador mundial de peles de répteis, papagaios, *boa constrictors* e pitons. É o segundo importador de primatas e felinos. Precisamos, também, e concluo, de ferramentas eficazes que evitem que estas espécies exóticas se transformem em vassouras nos países de destino.

1-068-000

Neena Gill (S&D). - Madam President, I wholeheartedly welcome the prospect of EU accession to CITES, which has been overdue for decades. CITES clearly constitutes an area in which the EU has the potential to produce results which far outweigh the sum of actions taken by individual Member States. Issues relating to CITES have a crucial impact on EU policy in a great number of areas. Wildlife trafficking, for example, is not only unethical because of the harm it causes to animals, but is also depriving local communities of sustainable development opportunities, robbing countries of potential tax revenues, deterring investment, providing financing to terrorist groups and enabling the spread of diseases like Ebola.

So I strongly believe that the EU should take a leadership role in CITES in putting a stop to the trafficking of tigers and all other endangered species; and I recall in the last Parliament, when I was here, the impact of the save-the-tiger conference and exhibitions which I held here. But I have to say I am somewhat disappointed that the UK has the questionable honour of harbouring the fourth-highest number of online adverts for the illegal sale of protected wildlife. The onus is now on the UK and all other EU governments to secure the budgets needed for appointing wildlife cybercrime officers to national crime units.

1-069-000

Sylvie Goodyn (NI). - Madame la Présidente, cette convention, même imparfaite, est un instrument utile tant que son objectif, à savoir protéger les espèces menacées, reste inchangé.

Pour le moment, les États membres votent à titre individuel, sous leur propre responsabilité, les projets présentés au sein de la CITES. Certes, ils se conforment à une position commune définie par le Conseil, mais ils sont libres, juridiquement, de voter dans un autre sens. Ce qui changera avec l'adhésion de l'Union européenne, c'est que celle-ci se verra octroyer le droit de vote de tous les États membres lors des conférences des parties. Dès lors, ce transfert

du vote constitue un transfert de souveraineté auquel nous sommes opposés par principe. Mais il y a plus grave!

Nous n'avons pas confiance dans la capacité de l'Union européenne à résister aux lobbys, parce que ceux-ci demanderont des restrictions ou, au contraire, des suppressions de restrictions sur le commerce de telle ou telle espèce menacée. Il faut notamment craindre que certaines espèces de poissons consommées par l'homme soient inscrites dans le registre de la CITES, ce qui ouvrirait la voie à l'interdiction de leur pêche. Pour le moment, ce n'est pas le cas puisque ce sont les organismes régionaux de gestion halieutique qui régulent la pêche commerciale. Mais des voix se sont élevées pour demander que des poissons destinés à la consommation humaine puissent être inscrits à la CITES.

Le danger, c'est que sous l'influence de certains lobbys, l'Union européenne préfère interdire purement et simplement la pêche de certaines espèces, plutôt que de réguler cette pêche. C'est pourquoi nous refusons de signer un chèque en blanc à l'Union européenne.

1-070-000

Catch-the-eye procedure

1-071-000

Nicola Caputo (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'adesione dell'Unione europea al CITES è di fondamentale importanza per assicurare la salvaguardia delle biodiversità. Anche se l'Unione europea non ha aderito da subito alla Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione, si è sempre impegnata, fin dal 1° gennaio 1984, ad applicarla pienamente. L'adesione dell'Unione europea alla CITES rappresenta quindi l'evoluzione e la maturazione di un processo naturale e logico, che finalmente consentirà all'Unione di essere adeguatamente rappresentata e di indirizzare i lavori della Convezione e a svolgere in maniera efficace il proprio ruolo.

Aderendo al CITES, l'Unione rafforzerà ulteriormente la sua leadership in materia di ambientale, di tutela animale e di politica ambientale, garantendo che il commercio internazionale di esemplari minacciati di estinzione non ne mini la sopravvivenza a livello comunitario internazionale. Ritengo che l'adesione, che consentirebbe alla Commissione di svolgere un ruolo essenziali nei negoziati durante le conferenze delle parti, aumenterebbe la coerenza e l'unità dell'azione dell'Unione europea su questioni relative al CITES e porterebbe ad un maggiore allineamento della posizioni degli Stati membri.

Sono quindi convinto che l'adesione debba essere considerata come un passo logico e necessario affinché l'UE sia pienamente in grado di perseguire gli obiettivi che si è prefissata nel quadro della propria politica ambientale.

1-072-000

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospođo predsjednici, tragično je ono što se dešava sa slonovima u Africi i drugdje, tragično je ono što se dešava sa nosorozima. Tragično je ono što se dešava sa svim time krajnje zanimljivim vrstama na drugim kontinentima.

Ali želim upozoriti i na probleme koji postoje u Evropi, želim upozoriti na one probleme koji postoje među državama članicama Europske unije. Poznato je da se na granicama između Republike Hrvatske, Bosne i Hercegovine ili prema Sloveniji, odnosno Italiji često

hvataju oni koji kriju čare tim rijetkim vrstama biljaka, odnosno ptica, životinja, čak i čovječjom ribicom.

Želim predložiti oštре, najoštriјe, ekstremno oštре kazne onima koji se uhvate u krijučarenju pogotovo ako se radi o državljanima država članica Europske unije.

1-073-000

József Nagy (PPE) - Veľmi vítam pripojenie Európskej únie k dohode CITES, lebo očakávam zjednotený postoj v ochrane ohrozených druhov a biodiverzity v celej Európskej únii, čo je našou morálnou zodpovednosťou. Často si myslíme, že ide len o exotické druhy, ale množstvo našich vzácných domácich chránených druhov sa stáva korisťou miestnych a medzinárodných gangov, a to často veľmi sofistikovanými spôsobmi aj pod zámienkou, že zvieratá pochádzajú z legálnych chovov. V rámci Európskej únie, vo veľkej časti bez hraničných kontrol, je jednoducho nemožné bez spoločného úsilia si ustrážiť poriadok. Musí byť zjednotený a prepojený systém registrácie, sledovania pohybu jedincov pochádzajúcich z obchodu a z chovných staníc, musí byť prepojený dohľad nad činnosťou chovateľov, aby sa vylúčili podvody. A na čo bude mať EÚ v budúcnosti oveľa účinnejšie možnosti ako členské štátom, to je sledovanie obchodu cez internet, lebo cez tento je obchod najväčšou hrozbohou pre ohrozené druhy.

1-074-000

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Concordamos, genericamente, com esta decisão de adesão da União Europeia a esta Convenção. Estão em causa, como foi dito, milhares de espécies animais e vegetais em risco de extinção.

A minha preocupação prende-se com os meios que a União Europeia irá colocar ao serviço desta importante missão. Sem meios, sem uma intervenção eficaz no terreno, esta adesão ao CITES não fará grande sentido. No quadro da União Europeia foram, em alguns casos, em alguns Estados-Membros, desmantelados serviços de controlo veterinário que tiveram um papel decisivo no controlo e na erradicação de muitas doenças importantes como a peste suína, a tuberculose, etc..

Por isso chamo a atenção para a necessidade de se reforçar os meios para poder combater o tráfico ilegal dessas espécies, designadamente o reforço dos postos de inspeção fronteiriços, a melhoria da formação do corpo veterinário - no quadro do Food and Veterinary Office - e, se possível, em colaboração com a Federação Europeia dos Veterinários, e é igualmente importante dar aos Estados-Membros meios para proteger as suas zonas económicas exclusivas.

1-075-000

President. - Colleagues, as you know, our rapporteur Ms Ayuso was unavailable to speak in the debate. She was replaced by Ms Herranz García who is not available at the moment to speak, so I thank everyone for their contributions.

(End of catch-the-eye procedure)

1-076-000

Carlos Moedas, Member of the Commission . - Madam President, honourable Members, we are grateful to hear the strong support of Parliament for the upcoming EU accession to CITES. With the prospect of Parliament giving its consent to the Council decision

tomorrow the EU should finally be able to become a party to CITES next year and be ready for the next meeting of the CITES Standing Committee in January 2016 and the Conference of the Parties later the same year. Thank you for your support. The EU voice will be stronger in an international arena. The input of Parliament to future debates on CITES matters is important, and we will of course continue working with you on those issues.

On the specific question raised here today on the EU action plan against wildlife trafficking, we have taken good note of the Parliament resolution on wildlife trafficking and the recent letter signed by 81 MEPs arguing in favour of an EU wildlife action plan. As Commissioner Vella has already indicated, the EU should be leading the fight against wildlife trafficking both domestically and internationally. He will thus be consulting a number of Commissioner colleagues concerned by these issues with a view to considering all appropriate steps for possible follow-up, also taking into account the results of the public consultation which the Commission launched on this issue.

1-077-000

President. - The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 16 December 2014.

Written statements (Rule 162)

1-078-000

Tiziana Beghin (EFDD), per iscritto. – Il commercio delle specie protette è ancora una realtà ed è necessario proteggere gli animali da pratiche commerciali che possono metterli a rischio. E' a questo che serve la CITES, una convenzione già ratificata da molti Paesi, ma solo da poco tempo può essere ratificata dall'Unione Europea. Come ha detto poco fa il mio collega Marco Affronte, c'è ancora molto da fare per la protezione delle specie e certo noi del Movimento Cinque Stelle non faremo mancare il nostro contributo. Vorrei precisare che il Consiglio, nella richiesta di consenso inviata al Parlamento, ha fatto riferimento solo all'articolo 192 dei Trattati, la protezione dell'ambiente, e non all'articolo 207, il commercio internazionale. Poiché si tratta di una convenzione che regola il commercio, ripeto, IL COMMERCIO, in specie animali e vegetali per tutelarle da pratiche che possono metterle in pericolo, è importante che venga considerata anche la base giuridica relativa al commercio internazionale, perché la Convenzione CITES persegue contemporaneamente sia obiettivi di commercio legale e non dannoso, che di protezione degli animali. Ed è solo includendo tutti i possibili ambiti di applicazione che la Convenzione risulterà ancora più efficace.

1-078-500

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Uniunea Europeană trebuie să păstreze protecția mediului printre obiectivele sale principale și consider că va fi benefică aderarea sa la Convenția privind comerțul internațional cu specii ale faunei și florei sălbaticice pe cale de dispariție (CITES). Aceasta va permite totodată întărirea cooperării cu alte țări din afara UE, pentru protejarea speciilor pe cale de dispariție. Nu trebuie să uităm niciun moment marea diversitate de plante, animale și habitate pe care le are Europa, pe un teritoriu destul de restrâns față de alte continente. Potrivit specialiștilor din domeniu, jumătate din zonele umede din Europa au fost drenate și aproape trei sferturi din dunele din Franța, Italia și Spania au dispărut. Cele mai valoroase habitate pentru fauna și flora sălbatnică sunt protejate prin lege, însă multe dintre ele sunt în stare proastă și trebuie restaurate. Pe de altă parte, aproape jumătate din mamiferele din Europa și o treime din reptile, pești și păsări sunt pe

cale de dispariție. Aceasta se datorează în principal faptului că habitatele acestora se restrâng pe măsură ce se dezvoltă zonele urbane, iar o parte din terenuri sunt alocate unor proiecte de infrastructură, cum ar fi drumurile. Ca atare, avem nevoie de protejarea tuturor acestor specii, atât pentru generațiile actuale, cât și pentru cele viitoare.

1-078-750

Mireille D'Ornano (NI), par écrit. – La protection de la faune et de la flore est une politique de long terme de haute importance, car elle est la garantie de la préservation du milieu naturel dans lequel nous évoluons, et qui constitue une grande richesse planétaire. Cet attachement à la biodiversité est un combat que je mène avec mes collègues français et européens dans ce Parlement où nous sont pourtant proposés des textes et des projets qui menacent la faune et la flore, à l'instar des organismes génétiquement modifiés, et qui glorifient le libre-échange. L'Union européenne ne semble donc pas en accord avec elle-même lorsqu'elle cherche à se draper dans des conventions qui lui donnent bonne conscience. Par ailleurs, pour la plupart d'entre eux, les États membres ont déjà adhéré à cette convention et l'adhésion de l'Union reviendrait à nier les interprétations que les nations produisent de cette convention, ainsi qu'à asseoir l'autorité illégitime de la technocratie européenne. Enfin, cette recommandation de vernis ne peut recevoir mon soutien dans la mesure où la plus grande avancée dans ce domaine serait la restriction du libre-échange et le renforcement des politiques locales menées par des nations libres.

16. Implementation of the Fuel Quality Directive (debate)

1-080-000

President. - The next item is the debate on the Commission statement on implementation of the Fuel Quality Directive (2014/2995 (RSP)).

1-081-000

Carlos Moedas, Member of the Commission . - Madam President, honourable Members, Commissioner Arias Cañete regrets that he is not able to be here today. I hope this long discussion on the calculation methods and reporting requirements pursuant to Article 7a of the Fuel Quality Directive can come to an end so that Member States can start to transpose these elements of the 2020 climate and energy package.

We must now ensure that the Member States can put mitigation measures in place to achieve the 6 % greenhouse gas reduction target in fuels by 2020. The Council has reached a qualified majority on the Commission's October proposal. However, I understand that some Members of this Parliament consider the proposal unambitious, claiming that it will not prevent unconventional sources of oil such as tar sands coming onto the EU market.

The Commission would like to recall that the purpose of Article 7a of the Fuel Quality Directive is to reduce the carbon content of fuel used for road transport. The aim of the directive is not to discourage the use of any specific type of fuel but to ensure that appropriate mitigation measures are put in place to achieve the 6 % greenhouse gas reduction target by 2020.

The Commission is convinced that the Fuel Quality Directive's greenhouse gas reduction target can be implemented effectively both domestically and abroad through the proposal. The new Commission proposal agreed by the Council is thus a balanced and workable compromise as it delivers the objectives of the basic act while addressing key stakeholder

concerns in an adequate manner. However, the Commission will be evaluating the experience with Article 7a of the Directive as part of its better regulation programme for the period after 2020. All options will be analysed to bring down greenhouse gas emissions from transport fuels in line with the overall target of achieving a reduction of at least 40 % by 2030. All stakeholders, including Parliament, will be invited to bring forward their views among others at the Conference to be organised in the course of 2015.

1-082-000

András Gyürk, a PPE képviselőcsoport nevében. – Köszönöm szépen a szót! Elnök Asszony, tiszttel Biztos Úr, Képviselőtársaim! Az Európai Unió klímaváltozás ellen irányuló törekvéseinek fontos eleme az üzemanyagok üvegházhatalmúság-kibocsátási szintjének csökkentése. Az Európai Unió úgy is mint nemzetközi szinten úttörő szereplő ebben a harcban, nem engedheti meg magának, hogy kitűzött céljai ne teljesüljenek.

Ugyanakkor ezen célok megvalósítását az ipar érdekeinek figyelembevételével is kell elérnünk. Olyan szabályozásokat kell alkotnunk, amelyek a lehető legkevesebb bürokratikus teherrel szújták a gazdaság szereplőit. Egyszerre vagyunk ugyanis felelősek a környezetünk védelméért, és a kontinens versenyképességéért, a munkahelyek megőrzéséért. Véleményem szerint a Bizottság javaslatában ezek a szempontok megfelelő módon ötvöződnek.

Fel szeretném hívni azon képviselőtársaim figyelmét, akik a Bizottság javaslata ellen kívánnak szavazni, hogy ezzel a legjobb szándék mellett is öt év munkáját kockáztatják. Ez egy kompromisszumos javaslat, tehát távolról sem tökéletes, de hosszas egyeztetések során sikerült konszenzusos megoldást elérni, aminek eredményeképpen elindulhat végre a kibocsátáscsökkentésre irányuló munka. Az, hogy a forgalmazók az általuk ténylegesen használt alapanyagok üvegházhatalmúság-kibocsátási szintjeit jelentsék, jól hangzik. Azonban ennek gyakorlati megvalósítása sajnos nem tünik reálisnak. Egyfelől nem ellenőrizhető, hogy a kitermelő országok hiteles adatot bocsátanak-e az EU rendelkezésére, másfelől a szükséges igazolások beszerzése az iparági szereplőknek aránytalan adminisztratív terhet jelentene.

Továbbá ez a módszertan azon piaci szereplőket is versenyhátrányba hozhatja, akiknek eszük árában sincs például kanadai olajhomokot importálni, de korlátozott lehetőségeik vannak alapanyagbeszerzés tekintetében. Az átlagos általános érték véleményem szerint jó eszköz ezen problémák áthidalására.

Tiszttel Képviselőtársaim! Javaslom tehát mindezek alapján, hogy fogadjuk el a Bizottság javaslatát! Egy esetleges visszautasítással ugyanis a 6%-os kibocsátáscsökkentési cél is veszélybe kerülhet. Köszönöm szépen a szót, Elnök Asszony!

1-083-000

Matthias Groote, im Namen der S&D-Fraktion . – Frau Präsidentin! Wir hatten im Umweltausschuss eine interessante Debatte zur Kraftstoffqualitäts-Richtlinie. Es ist gerade gesagt worden, dass wir hier realistische Werte haben. Wenn Werte von 2011 auf 2014 um 40 % reduziert werden – um 40 %! –, dann muss einen das stutzig machen. Da muss man sich mal überlegen: Was ist der Grund? Sind irgendwelche umweltpolitischen Aspekte neu dazugekommen? Nein, ich glaube nicht.

Ich glaube, dass es etwas mit Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zu tun hat. Ich kann nur sagen und davor warnen: Wenn das in Zukunft auch so laufen soll, dass Gesetze, die im Rahmen des Klima- und Energiepakets auf den Weg gebracht worden sind,

im Komitologieverfahren so verwässert und kaputt gemacht werden, dann können wir demnächst einpacken, dann werden wir als Europäische Union in den internationalen Verhandlungen nämlich zur Witzfigur.

Darum sollten wir uns entweder zusammenraufen, sodass es einen Kompromiss gibt und die Kommission heute noch einmal eine Erklärung abgibt. Ich finde es ja schön, dass Sie heute da sind, aber ich hätte eigentlich jemand anderen erwartet – oder zwei hätten da zur Alternative gestanden, aber gut, dass Sie da sind –, mit dem wir diskutieren. Ich hätte mir gewünscht, dass die Kommission mit einer klaren Ansage hierherkommt, wie wir die Kuh vom Eis kriegen. So bleibt uns nur die Möglichkeit, Ja oder Nein zu sagen. Und das Pendel schlägt gerade in Richtung Nein, weil wir nämlich für zukünftige Verhandlungen über Freihandelsabkommen die Blaupause für alle internationalen Partner liefern, die mit der EU etwas verhandeln wollen. Senken wir doch einfach mal die Standards! Man muss nur doll genug lobbyieren, dann kriegt man das schon hin. Politisch muss man Nein sagen, umweltpolitisch, klimapolitisch muss man dazu Nein sagen. Und so geht man am Ende des Tages auch nicht mit dem Parlament um! Es ist eine Frechheit, Werte so dermaßen durch den Reißwolf zu ziehen, wie das hier in den letzten drei Jahren gemacht worden ist. Eine Frechheit ist das!

1-084-000

Președinte: ADINA-IOANA VĂLEAN
Vicepreședintă

1-085-000

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group . – Madam President, Mr Groote says that we can only say no. Well, in actual fact this decision on the Fuel Quality Directive (FQD) is being considered under the regulatory procedure with scrutiny, as it relates to pre-Lisbon regulatory procedure and this has not been aligned.*

This means that the objection must be justified. It is not a question of saying yes or no. The objection must be justified on one of three grounds. The proposers of the objection have chosen ground number three, that it is incompatible with the aim and content of the basic Act. This suggests that the measure is inappropriate for accurate estimating and reporting of the volume, type, origin and lifecycle greenhouse gas emissions of the fuels supplied.

Whilst for me also it does not go quite as far as some Members would like, the case for grounds under point 3 is not proven. I think there is much to recommend the Commission's proposal. The proposal requires major fuel suppliers to disclose the trade names and volumes of the crude oils they import. This is a positive step and will provide a level of transparency to the public that does not currently exist in the EU. As trade names are generally associated with crude oil types, the tracking of this information will allow for a simpler updating of the EU fossil fuel mix's carbon intensity in the future.

Furthermore, with the Fuel Quality Directive currently not included in the Commission's post-2020 Energy and Climate Framework, the adoption of this objection will only serve to undermine the credibility of the FQD by forcing additional institutional delay on a piece of legislation set to expire in six years. I think this would be a poor way forward and that the better compromise – and Mr Groote is looking for a compromise from the Commission – would be for Parliament to move forward with the Commission's proposal in the spirit

in which it has been offered, that is, as a way forward, and make sure that we get somewhere in the next several years, and do not just leave this lying in an interinstitutional wrangle.

1-086-000

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, it was this weekend that I returned from Lima where the climate summit took place, and I must say that I was impressed by the broadly shared determination to fight climate change. But the Lima outcome also made it clear that we still have a very difficult battle against climate change ahead of us. Let us face it: the world will emit more CO₂ tomorrow than today, and more the day after tomorrow than tomorrow. For that reason, it is crucial that public policy pushes investments towards a low-carbon economy. As regards the Fuel Quality Directive, differentiation between different feedstocks is crucial, but the current implementing measure does not do this any more. So highly polluting Nigerian crude or tar sand oils from other parts of the world are treated equally with much cleaner feedstock oils. That is against the objectives of the Fuel Quality Directive, and for that reason I tabled – together with a few other groups – the objection.

I am, therefore, extremely disappointed by the statement from the Commission here today. I expected a much stronger commitment to the objectives of the Fuel Quality Directive. I really do not understand, after seeing your 2011 proposal, how you can defend a completely contradictory proposal after the Council rejected your first proposal. I really do not understand how you can defend both. It is absolutely clear that we have to steer investments, and we can only steer investments in the right direction if we encourage them in the right direction and discourage them from taking the wrong direction.

1-087-000

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, quiero empezar con una pregunta: ¿cómo puede ser que la propuesta del Consejo coincidiera con las negociaciones del Acuerdo de Libre Comercio con Canadá? Pregunto esto porque su texto responde exactamente a lo que exigía el lobby petrolero: abrir de par en par las puertas al petróleo de las arenas de alquitrán canadienses.

Saben bien que este combustible emite muchos más gases de efecto invernadero que el refinado del petróleo convencional —lo saben porque así está escrito en los informes de la Comisión, en sus informes—. Resulta lamentable que no vayan a penalizar estas importaciones, pero es todavía más grave que ni siquiera intenten controlar el aumento del consumo de este petróleo tan nocivo.

Como venimos denunciando, la agenda de libre comercio del Consejo y la Comisión, los acuerdos con Canadá, con Estados Unidos, están condicionados a eliminar las leyes que protegen a la ciudadanía europea de los abusos medioambientales, y esto es un claro ejemplo de ello.

Estos retrocesos agravan las inconsistencias de las políticas de eficiencia energética de la Unión. Incluso si se aplicaran correctamente dichas políticas, los imperativos de la acumulación y el beneficio conducen al mercado a devorar las mejoras de eficiencia: lo que se ahorra acaba dilapidándose en formas de producción y consumo insostenibles, ambiental y socialmente.

Así, por ejemplo, la intención de reducir las emisiones apostando por los biocombustibles acaba convirtiéndose en acaparamiento de tierras y graves desequilibrios en el ecosistema

agrario y la alimentación humana. No nos sirven parches; es posible una alternativa sostenible.

1-088-000

Bas Eickhout, on behalf of the Verts/ALE Group . – Madam President, I do not think that any of us here, any of the parties that filed an objection to this proposal, are against the Fuel Quality Directive. Let me be very clear, we are strong defenders of the Fuel Quality Directive. We think that, theoretically, this can be a very efficient tool. But that is the problem, we say theoretically, because with this proposal the Commission is deliberately weakening the proposal. It is weakening the effectiveness of the proposal, and I say this also to my colleague Julie Girling, who is saying you can only object on legal grounds.

If you read the impact assessment, with this proposal the Commission is deliberately taking away one of the options to achieve the 6 % reduction. Because of this proposal we can no longer differentiate between different feedstocks which is one of the three ways by which we can achieve the reduction. So this is literally taking away the efficiency of one of these measures, and that is what we are against.

And this is very interesting, because if you read the impact assessment – and we are talking about better regulation, tomorrow the Commission will present a programme on better regulation – the most efficient proposal should be the proposal from 2011. That is in the emissions impact assessment. So why is the Commission not following its own impact assessment, not following its own proposal of 2011? Has the world changed? No, if you read the impact assessment all the values are the same as in 2011.

So we can only start to guess what happened, and indeed I come to the same conclusion as my colleague Matthias Groote. This is a consequence of the Canadian lobby. Probably all of you have been called or received e-mails from the Canadians saying that we really should support this measure. Why? Because now we can no longer differentiate between the fuel types and therefore the door will be open to tar sands. And that, of course, is the biggest problem: we are defending the Canadian lobby here. And let me say to the Canadians, who are probably listening, this is not against Canada. We just want to have differentiation between different fuel types. If the Canadians can show they can produce a clean fuel type, even cleaner than just normal oil, then they should also get the credit for that. So you need differentiation between fuel stocks. If you are more polluting it should be counted as such. If you are less polluting it should be counted as such. That is what we call better regulation, and that is not in the proposal.

This is really going against the core of the Fuel Quality Directive. I agree very much with my colleague, Gerben-Jan Gerbrandy. I was hoping that the Commission would get the point, that the Commission would realise that the Fuel Quality Directive and its methodology is something that is important and should be preserved. However, the Commission has only said we will review, we will organise a congress, and that is it. Sorry, we really want to hear more. How is the Commission going to make sure that after 2020 we will have a proposal that takes into account the differentiation between different fuel types so that the good ones are rewarded and the bad ones are not rewarded? That is what we are aiming for.

And to my colleague from the EPP who said that this will throw away five years' work, I say no, it is this proposal that is doing precisely that because officially the Commission is saying this methodology will end by 2020, and they are now just making an empty proposal.

So if you really are concerned about the methodology then we should really fight for the proposal that was on the table in 2011 which does differentiate between different fuel types and which is even supported by ePure – not always my friends when they do their biofuel lobbying, but they also see that they are no longer being rewarded and are therefore saying that this time they agree to us objecting to the proposal. And I think that is also important for my Christian Democrat colleagues. So therefore we object, and unfortunately, Commission, you do not allow us to do anything other than to vote against this proposal, to object to this proposal, with pain in our hearts.

1-089-000

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD .* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io, avendo tutto quanto è stato detto dal collega Eickhout. Aggiungerò, qualche dato tecnico, se possibile, perché non tutte le fonti fossili da cui vengono ricavati i carburanti sono semplicemente inquinanti per l'ambiente e per la salute: alcune, sono anche peggio! Sono devastanti, per l'ambiente e per la salute. Sto parlando di sabbie bituminose e di gas di scisto (*shale gas*). Uno studio da poco pubblicato sulla rivista *Atmospheric environment* ha dimostrato che, nella grande area petrolifera di trasformazione delle sabbie bituminose e di processamento dei prodotti chimici in Canada, sono stati prelevati campioni di aria in cui i composti chimici organici volatili hanno fatto registrare livelli fino a 6 000 volte superiori quelli normali.

I livelli sottovento di 1,3-butadiene e di benzene, che sono potentissimi cancerogeni, risultavano 322 volte superiori a quelli sopravvento e nella popolazione che abita in quelle zone le cartelle cliniche raccolte in poco più di dieci anni hanno certificato un considerevole incremento di leucemie e linfomi non Hodgkin, specialmente man mano che ci si avvicinava ai pennacchi di inquinamento. Nonostante ciò, però, la proposta della Commissione per il calcolo delle emissioni non prende in nessuna considerazione le sabbie bituminose e lo *shale gas*.

Onorevoli colleghi, voi, per la maggior parte, siete stati votati per difendere i cittadini e il loro proprio ambiente: ma come fate a sopportare ancora – per chi lo ha fatto – una Commissione che fa simili cose?

1-090-000

Jean-François Jalkh (NI). - Madame la Présidente, mes chers collègues, la lutte contre le réchauffement climatique et la réduction des gaz à effet de serre font partie des grands débats écologiques mondiaux du moment, comme vient de le démontrer la conférence de Lima sur le climat, qui s'est achevée ce week-end. Dès lors qu'il s'agit de dépasser le stade des incantations et des bonnes intentions, le débat se complique.

Si le sujet était moins grave, je serais tenté de dire, avec une pointe d'ironie, qu'il devient d'une simplicité mexicaine, pour ne pas dire péruvienne. À Lima – et dans la perspective d'un hypothétique accord mondial fin 2015 à Paris –, les intervenants ont débattu du sexe des anges, avec force références juridiques, pour savoir si la solution résidait dans un traité international contraignant ou dans un simple protocole, plus souple pour les pays en voie de développement.

La directive de la Commission dont nous discutons aujourd'hui est l'un des volets de la politique des institutions européennes sur le climat et l'énergie. La Commission propose cinq grands axes de calcul des contraintes qui s'imposeront aux producteurs de carburants pour réduire l'intensité des émissions de gaz à effet de serre. Elle s'appuie pour ce faire sur

des considérations hautement techniques. C'est ce mode de calcul qui est contesté par nos excellents collègues Gerbrandy et Eickhout.

Les deux camps en présence partagent au moins un point commun: tous deux s'abritent derrière des considérations hautement juridiques et mathématiques pour dissimuler des motivations partisanes, qui prennent le pas sur la nécessité d'une réelle politique écologique.

Nous reprochons au mode de calcul de la Commission d'être le reflet des intérêts bien compris de l'industrie pétrolière nord-américaine. Le ministre canadien des ressources naturelles s'est d'ailleurs publiquement engagé contre une législation européenne qui serait soucieuse d'approvisionnements conventionnels, en nous rappelant à nos obligations en matière de commerce international.

Quant aux auteurs de l'objection faite en vertu de l'article 106 du règlement, ils cherchent un prétexte pour se démarquer de cette majorité parlementaire de plus en plus discréditée et impopulaire, à la suite du soutien qu'elle apporté à Jean-Claude Juncker. Ils en restent pourtant l'un des piliers: la soupe n'est peut-être pas bio, mais elle est bonne.

Notre vœu est que la politique écologique de nos pays obéisse à des critères d'intérêt général exempts, par définition, d'esprit boutiquier ou mercantile.

1-091-000

Jo Leinen (S&D). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Das ist keine effiziente Umsetzung der Kraftstoffqualitäts-Richtlinie, sondern das ist eine gefährliche Verwässerung eben dieser Richtlinie.

Ich schließe mich der Kritik an, die hier vielfach geäußert worden ist. Was hat Sie dazu gebracht, diesen Richtungswechsel zu vollziehen? Noch vor kurzem haben Sie Analysen gemacht, die eindeutig gezeigt haben, dass die Teersande in ihrer Klimabilanz wesentlich schlechter sind als übliche Treibstoffe dieser Art. Was hat sich da verändert? Ja wohl nicht die Sachlage, es sind dieselben Teersande und keine anderen, sondern wahrscheinlich hat sich Ihre Politik geändert. Das kann also hier nicht akzeptiert werden, weil es auch nicht einleuchtend ist, warum wir das tun sollen.

Wir wissen, dass der Kraftfahrzeugverkehr einen hohen Anteil hat, dass wir hier etwas tun müssen. In den 90er-Jahren wir schon gesehen, dass schmutzige Kraftstoffe auf den Markt kommen, und genau deshalb wurde ja auch diese Richtlinie so gemacht. Wir haben das genau gesehen, dass das auf uns zukommt mit den neuen Technologien – bei Teersanden, bei Schiefergas –, und wir wollten differenzieren zwischen den besseren Treibstoffen und den schlechteren Treibstoffen. Es ist nicht glaubwürdig für unsere Politik, wenn wir jetzt einknickern.

Man hat die Lobby ja gesehen, man hat sie gehört, man hat sie auch gespürt, aber wenn wir hier einen Präzedenzfall schaffen, dann wird das Schule machen. Dann kommen andere, die Ähnliches wollen, und wir können keine Politik mehr machen, die dem Klimaschutz dient, sondern nur eine, die Klientelinteressen dient. Dagegen wehrt sich dieses Parlament.

Ich glaube auch nicht, dass der Aufwand für die Marktbeteiligten so hoch ist. Man kann diese Differenzierung mit einfachen Mitteln machen. Im Zeitalter des Internets ist es überhaupt nicht schwer, das zu verfolgen. Also müssen wir das ablehnen. Wehret den Anfängen! Kein Präzedenzfall für die Verwässerung unserer Politik!

1-092-000

Nils Torvalds (ALDE). - Madam President, if the Commission Work Programme is identical to the leaked paper we have already seen, then the headline of the third point includes a promise of – and I quote – ‘a Forward-Looking Climate Change Policy’. But to judge how forward-looking this issue is we should take a short look at history. Almost eight years ago the EU decided, as a step towards the then upcoming Copenhagen Conference, on the climate and energy package. The Fuel Quality Directive is the only law from this package that has not been implemented.

Considering the fact that 2020 is already almost round the corner and that we are approaching the Paris Conference next year, Europe needs a swift and strong implementation of this directive in order to be able to move forward towards the leading low-carbon society it intends to be. In order to be meaningful, a life-cycle approach has to be based on accounting that is accurate and possible. Proper accounting for life-cycle greenhouse gas emissions is therefore crucial to achieving this. Europe is already lagging behind its targets and investments are at a standstill. Developing policies and markets for highly greenhouse-gas-intensive fuels will not be the solution for Europe’s need.

1-093-000

Julia Reid (EFDD). - Madam President, I am delighted to say that for once ordinary people are benefiting from an international development: oil and gas prices are falling. This is happening because friendly countries like the USA and Canada are opening up new fuel sources bringing down energy costs. One result is that we become less dependent upon unstable countries and unfriendly regimes. Another is that fuel costs come down for hard-pressed working people living through austerity. Good news for a new year but not of course if you are a Green. They want to do all they can to torpedo these developments.

The Commission must not press for any agreement or sets of targets which will reduce or even reverse financial relief for hard-pressed taxpayers. It is after all the EU which created a currency full of structural flaws with disastrous consequences for the standard of living of millions. They must not compound their errors in the name of fighting climate change, especially as in recent years the climate has stubbornly refused to match the apocalyptic and dystopian forecasts.

1-094-000

Tibor Szanyi (S&D). - Köszönöm szépen a lehetőséget! Tisztelt Elnökség! Azokkal a képviselőtársaimmal értek egyet, akik ebben a hosszú-hosszú, immár több mint öt éves vitában azt mondják, hogy az eredeti célkitűzéshez képest a Bizottság javaslata most valahol máshol tart, és megvallom őszintén, hogy én magam is azt hiszem, hogy ezalatt az idő alatt ez a kompromisszum azért hajlott egy adott irányba, mert az erős lobbycsoportok bizony le tudták tolni a viszonylag gyenge civileket.

De ezzel együtt én azt gondolom, hogy az igazi megoldás az nem feltétlenül ennek a mostani direktívának a keretei között van, hanem az, hogy amit nem a föld alól hozunk ki, hanem itt a napsütés révén a földön termelünk meg – a bioüzemanyagok – ezek jelenthetik tulajdonképpen az igazi megoldást. Ezeknél nincs az a vita, ami a föld alól előhozott különböző eredetű és minőségű ásványi anyagokkal kapcsolatban viszont megvan. Úgyhogy köszönöm a figyelmet!

1-095-000

Catherine Bearder (ALDE). - Madam President, it is so disappointing that the Commission has felt pressured to propose a weakened response to tar sands oil in the Fuel Quality Directive. The revised proposal ignores several recommendations of the European Parliament, including a differentiation between different fuel feedstocks. The Commission has also failed to recognise the results of its own impact assessments. As a result, highly polluting fuels, such as tar sands oil, will now be reported with the same emission values as conventional fuel stocks. And companies will be prevented from being able to report, even voluntarily, on real fuel emissions.

Rather than investing in cleaner fuels, the EU is opening up its market to dirty tar sands oil. This could mean nearly 7% of transport fuels in the EU are likely to come from Canadian tar sands by 2020. Mr Commissioner, please develop new proposals to extend the Fuel Quality Directive beyond 2020, taking into account the highly polluting nature of tar sands oil. If the EU is serious about leading the global fight against climate change, it must show it is serious about reducing emissions from the transport sector. We can only do that when we know what we are burning.

1-096-000

Marju Lauristin (S&D). - Ma tahaksin juhtida parlamenti tähelepanu selle direktiivi ühele teisele küljele, mis ei puuduta sugugi mitte teemat Kanada, vaid puudutab teemat meie Euroopa enda kütusetootjad, kes otsivad teid ka mitmesugustest erinevatest kütuseallikatest keskkonnasõbraliku toote saamiseks. Üks nendest on Eesti põlevkivistööstus, kus tehakse suuri jõupingutusi selleks, et toota põlevkivist ka loodussõbralikku õli, sealhulgas madala väälisisaldusega kütuseid.

Direktiiv soodustab sellist alternatiivsete otsingute teed ja samas annab see tootmine Eestis tööd tuhandetele töölistele Eesti idapiiril, s.o Venemaa piiril, ja need töölised on põhiliselt vene vähemuse liikmed. Ettepanek lükata tagasi komisjoni direktiiv toob Eesti jaoks kaasa selle, et selles väga tundlikus piirkonnas on tegemist kardetavasti tööpuuduse kahekordse tõusuga, kindlasti sotsiaalsete pingetega ja kuna tegemist on väga sensitiivse Venemaa piiril asuva piirkonnaga – ja tuletades meelde Venemaa tõusvat agressiivsust Läänemere ümber – ma loodan väga, et parlament võtab arvesse, et ka see on keskkonnaprobleem, kui tõusevad sotsiaalsed pingid ja suureneb militaarne oht.

1-097-000

Fredrick Federley (ALDE). - Madam President, I might still be young and I might still be rather naive, but I do hope for a better tomorrow. That is why it hurts me so badly when we can see that the progress made by the Commission over the last four years has really been deteriorating. The proposals that we have on the table now are worse than they were three or four years ago, and the Commission is taking away the incentives for those who are not doing so well to do better. That is perhaps one of the hardest things to actually accept here, because we must believe that there is a possibility to do good. We are not prohibiting different kinds of fuels; but what we are saying in this House is that we need to have different regulations motivating those who are not doing well to actually do better. I am afraid that it is a sign of the new Commission. What we will probably hear tomorrow is that several items of great importance for the environment will be withdrawn. I do hope, Mr Commissioner, that I am wrong and that you will prove me wrong by doing better for the environment and for the future.

1-098-000

Nicola Caputo (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, la proposta della Commissione relativa ai metodi e agli obblighi di comunicazione ai sensi della direttiva sulla qualità dei carburanti presenta diverse lacune. Essa non permette la differenziazione tra l'intensità dei gas a effetto serra e di materie prime diverse e, di conseguenza, nemmeno la comunicazione delle reali emissioni dei singoli carburanti. In base ai nuovi metodi di calcolo proposti, alle sabbie bituminose canadesi, che rappresentano livelli di inquinamento alti, viene attribuito, ad esempio, un valore medio di intensità di gas ad effetto serra inferiore al loro valore effettivo di emissione e ne viene dunque favorirà l'importazione nel mercato europeo.

Alla luce di questi elementi, credo quindi che l'obiezione che è stata presentata alla proposta avanzata dalla Commissione europea, relativa all'implementazione della direttiva sulla qualità dei carburanti, sia da considerarsi legittima. Tuttavia, credo che anche nel valutare la proposta della Commissione non si debba dimenticare il contesto generale nel quale essa si inserisce, ovvero quello della sicurezza energetica che in seguito ai recenti avvenimenti che hanno interessato Russia e Ucraina, non può non essere in cima all'agenda dell'Unione europea. Penso, però, che la Commissione debba continuare a lavorare per favorire lo sviluppo di combustibili a basso tenore di carbonio e di tecnologie innovative che migliorino le *performance* ambientali dei fornitori di carburanti.

1-099-000

Gesine Meissner (ALDE). - Frau Präsidentin! Es geht jetzt hier darum, dass wir die Lebenszyklus-Treibhausgasintensität bis 2020 um 6 % verringern wollen. Das ist verschiedentlich schon gesagt worden und klar geworden. Es ist jetzt auch eine große Enttäuschung im Hinblick auf die Kommission darüber klar geworden, dass die Ziele nicht ambitioniert genug beschrieben worden sind. Es ist tatsächlich so, dass Sie nach einem fünfjährigen Prozess in der Folgenabschätzung gesagt haben, dass die durchschnittliche Treibhausgasintensität pro Kraftstoff vielleicht ein richtiger Kompromiss ist, dass man dies berichten, dies eben aufzeichnen sollte.

Es muss Verschiedenes berücksichtigt werden, was man dagegen sagen kann, dass es jetzt abgelehnt wird, was Sie gesagt haben. Zum einen ist es so, dass natürlich die Wettbewerbsfähigkeit Europas eine Rolle spielt, auch die Importabhängigkeit, auch zum Beispiel die Frage, ob kleine und mittlere Unternehmen dem immer standhalten können. Mir geht es gar nicht um die Großindustrie oder um Kanada. Ich würde mir wünschen, dass Sie von der Kommission noch einige Antworten dazu geben könnten. Tatsache ist – ich habe jetzt diese ganze Debatte verfolgt –, dass ganz offensichtlich die ambitionierten Ziele jetzt nicht wahrgenommen werden sollen, nicht verfolgt werden sollen. Das ist natürlich nicht im Sinne von Europa.

1-100-000

Catch-the-eye procedure

1-101-000

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Je veľmi dôležité, aby boli obmedzované a znižované emisie skleníkových plynov v rámci životného cyklu zo všetkých palív a aby sa podarilo naplniť ciele Stratégie 2020. Ale čo vyplývalo aj z tejto debaty? Smernica ako taká, ktorá by mohla byť veľmi dobrá a prospešná, sa stala smernicou, kde Komisia akoby nepracovala

v prospech, ale skôr proti efektívnosti tejto smernice. Táto smernica musí zohľadňovať realistické hodnoty. A musí mať aj realistické ciele. Zámery týkajúce sa klimatického balíčka by sa nemali znehodnocovať. Komisia musí prísť s celkom jasným a reálnym stanoviskom, ktoré určite dostane podporu v tomto parlamente. Nesmie však znižovať štandardy kvôli politickým obchodom a pod tlakom rôznych lobistov. Táto smernica je dôležitá nielen pre nás, ktorí sa zaoberáme životným prostredím a jeho ochranou, ale je dôležitá aj pre generácie, ktoré prídu po nás. A preto je našou povinnosťou trvať na tom, aby nám Komisia predložila kvalitnú smernicu.

1-102-000

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospođo predsjednice, očekujem da Komisija jasno predloži ono što su dva ključna temelja našeg rada u Europskoj uniji, a to su borba protiv klimatskih promjena, zadržavanje ambicija od 6 % i naravno ono što je s druge strane, čitav jedan resor, a to je pitanje zaštita potrošača.

Ovdje uopće ne govorimo o tom elementu zaštite potrošača kada govorimo o čipsevima, čokoladicama; ovdje govorimo o gorivu koje koriste svi građani Europske unije. Naravno da u tom kontekstu maksimalno zagovaram zeleno gospodarstvo i ulaganje u zeleno gospodarstvo.

Međutim, činjenice i problemi koji postoje u jednom dijelu Europe, govoreći konkretno o Estoniji, nešto je što Europska unije treba uzeti u obzir i pomoći takvom gospodarstvu. Jer, naravno ne možemo ljude ostaviti bez posla samo zbog nekih specifičnih situacija.

1-103-000

Lucy Anderson (S&D). - Madam President, I think there is a vast amount of hypocrisy in this debate. I find it absolutely astonishing that 94% of the transport sector in the EU is dependent on fuel from oil, and yet the Commission is making arguments here about how this measure is not legally sound and is not appropriate. For one thing, we are putting a lot more investment into research and technology for alternative fuel development, and yet we fight over progressive measures such as this. It is absolutely ridiculous.

Concerning recital 44 of the Fuel Quality Directive: how can it possibly be argued that strengthening what is on the table is not part of the objective of the directive, which is about ensuring respect for minimum levels of environmental protection in relation to fuel. We really need to get our act together, and I endorse what colleagues in the Socialist and Democrat Group – as well as many others – have said on this.

1-104-000

Kaja Kallas (ALDE). - Madam President, I believe it is important to keep in mind that what we want to achieve with this is a reduction of CO₂ emissions. Estonia has the specificity of having an oil and shale industry. It is a polluting industry. This is why investments have been made to restructure the sector and reduce its ecological footprint. Rejecting the proposal of the Commission would endanger the investments made and will likely lead to more pollution rather than less. The bigger picture of energy security in Europe and independence from Russia also needs to be looked at. Rejecting the proposal could have the impact of a shift of production and thus employment from north-east Estonia to Russia, and the risk of political instability would then be high. I am strongly in favour of a greener transport sector but I do not think that rejecting the Commission's proposal this week will achieve this.

1-105-000

Janusz Zemke (S&D). - Pani Przewodnicząca! Bardzo dziękuję. Otóż na kanwie tej debaty chciałem bardzo wyraźnie poruszyć dwie sprawy. Sprawa pierwsza – wydaje mi się, że przywiązuje wielką wagę tylko do jakości paliw, a myślę, że tak samo powinniśmy uwagę zwracać na to, by dostawy paliw były pewne. Zatem ważna jest nie tylko jakość, ale także pewność dostaw paliw. W związku z tym Unia powinna prowadzić wspólną politykę, która oprócz poprawy jakości paliw także bardzo wyraźnie zwiększałaby bezpieczeństwo dostaw.

I problem drugi – przewiduje się bardzo wyraźne zwiększenie środków na badania i na wdrażanie nowych technologii do roku 2020. Myślę, że w ramach owszych środków trzeba by w sposób absolutnie zdecydowany zwiększyć i środki i preferencje dla badań, które obniżałyby emisję gazów. Myślę, że to są dwa ważne cele.

1-106-000

João Ferreira (GUE/NGL). - A proposta apresentada pela Comissão relativa à qualidade dos combustíveis é contraditória com a sua prolixia retórica em torno do combate às alterações climáticas e da transição para uma economia hipocarbónica. É uma proposta simpática para os projetos de exploração de combustíveis não convencionais, pesem embora as relevantes questões ambientais que se levantam neste domínio subestimando as emissões de gases com efeito de estufa que lhes estão associados, consabidamente elevadas.

Temo-lo dito e repetimos: a realidade do inexorável esgotamento das reservas de combustíveis fósseis convencionais e não convencionais e os desafios e sobressaltos necessariamente associados à transição exigem que as reservas fósseis restantes à escala mundial, como imperativo da própria Humanidade, sejam geridas com imensa sabedoria, o que significa, antes de mais, que o sejam com muita parcimónia. Nem esta proposta nem a ação geral da União Europeia são subsidiárias deste objetivo.

Relembreamos a importância da adoção do designado "Protocolo de Esgotamento", apresentado em Uppsala em 2002 e em Lisboa em 2005, visando uma boa e justa gestão destes recursos e a mitigação da sua carência.

1-107-000

Giulia Moi (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, chiedo che a livello europeo, questa direttiva cambi completamente e vietti le sabbie bituminose in ragione del loro impatto ambientale distruttivo. Chiedo altresì aiuto per la regione Sardegna, dove vi è una raffineria di privati che ha intenzione di utilizzare queste sabbie bituminose. Chiedo che venga rispettato l'ambiente, in quanto si tratta di un'isola a tutela ambientale e a prevalenza turistica.

1-108-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-109-000

Carlos Moedas, Member of the Commission . - Madam President, honourable Members, thank you very much for this debate. I can just reiterate that with this proposal the objectives will be delivered and the target of a 6% greenhouse gas reduction by 2020 will be met. The

objective of the Fuel Quality Directive is to reduce the carbon content of fuel used for road transport. The aim of the Fuel Quality Directive is not to discourage the use of any specific type of fuel but to ensure the appropriate accounting of greenhouse gas emissions. So I have taken due note of the range of opinions expressed and the concerns referring to the link with the trade agreement, the differentiation between fuel stocks and the extension of the Fuel Quality Directive beyond 2020, and I will duly convey these concerns to my fellow Commissioner Arias

1-110-000

President. - The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

1-110-625

Ivo Belet (PPE), schriftelijk. – Het voorstel dat op tafel ligt is niet ideaal, maar we gaan tenminste vooruit nadat het dossier vijf jaar bevroren was. De 6%-doelstelling blijft overeind, dat is het belangrijkste. Tegen 2020 moeten brandstoffen in de EU gemiddeld 6% minder CO₂ uitstoten. De transparantie die er komt, is nieuw en goed. Importeurs moeten aangeven waar hun ruwe brandstof vandaan komt. Sowieso moet de Commissie driejaarlijks rapporteren over de vooruitgang die geboekt is en bijsturen indien nodig.

Laten we nu verder gaan met dit compromis en niet onze hakken in het zand zetten zonder uitzicht op verder resultaat.

1-110-500

Kathleen Van Brempt (S&D), schriftelijk. – De richtlijn over brandstofkwaliteit verplicht producenten ertoe om de broeikasintensiteit van transportbrandstoffen met 6 procent te beperken tegen 2020. Deze broeikasintensiteit brengt ook de vervuilende factor van de productie van transportbrandstoffen in beeld. Zo is de productie van brandstoffen uit teerzandolie of schalieolie nog vervuilerend dan die uit conventionele aardolie. Dat blijkt ook uit een eigen effectbeoordeling van de Europese Commissie uit 2011.

De Commissie wil nu toch alle bronnen gelijk behandelen. Ze gaat daarmee in tegen haar eigen effectbeoordeling én tegen de Europese doelstellingen om CO₂-uitstoot te verminderen. Zonder die differentiatie wordt de Europese markt snel overspoeld door brandstoffen uit bijzonder vervuilende teerzand- en schalieolie. De Commissie heeft zich op weg naar een handelsovereenkomst met Canada laten inpakken door het lobbywerk van Canada, dat zijn teerzandolie hier wil slijten. De gelijkschakeling van brandstoffen vertekent de vooruitgang die we zouden boeken in de reductie van broeikasgassen in transport. Een schijnbare daling zou dus in werkelijkheid een stijging kunnen zijn omwille klimaatschadelijk productie.

De Commissie gaat voor het georganiseerde boerenbedrog. Het is, vlak na de klimaattop van Lima en in de aanloop naar die van Parijs in 2015, bijzonder cynisch dat Europa haar leidersrol in de strijd tegen klimaatverandering te grabbel gooit.

1-110-750

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Polttoaineen laatu koskeva EU-direktiivi on tällä hetkellä merkittävin EU:n työkalu, jolla pyritään vähentämään liikenteen kasvihuonekaasupäästöjä. Liikenteen päästöt ovat riippuvaisia siitä, mistä raaka-aineista

polttoaine tehdään. Jotta polttoainetuotannossa siirryttäisiin pienemmän hiili-intensiteetin öljymuotoihin, raportoinnin on perustuttava jokaisen käytetyn raaka-ainemuodon intensiteettiarvoon. Komissio esitys siitä, että käytetystä raaka-aineesta on vain ilmoitettava aikojen saatossa laskettu keskiarvo eri raaka-aineille, merkitsee käytännössä sitä, että erittäin saastuttavien öljymuotojen – esimerkiksi Kanadassa tuotettavan öljyhiukan – käytön lopettamista ei kannusteta. Jotta EU:ssa voidaan vähentää liikenteen päästöjä, on käytettävä kaikki keinot lisätä kannustimia puhtaampien ja vähähiilisempien polttoaineiden valmistamiseksi.

17. Evaluarea bunei reputației a operatorilor de transport (dezbatere)

1-112-000

President. - The next item is the debate on the Commission statement on assessment of good repute of transport operators (2014/2978 (RSP)).

1-113-000

Violeta Bulc, Member of the Commission . - Madam President, ensuring effective and consistent enforcement of the EU rules in road transport is a priority for this Commission. We are fully aware that it is also of paramount importance for this Parliament. It is an obligation for drivers and operators to respect and apply these rules. Daily enforcement is primarily the responsibility of Member States. This proposal on common classification of serious infringements is there to help Member States to improve compliance and thereby increase safety on European roads. Its adoption would provide Member States with a common basis for assessing the good repute of transport operators in the event of infringements.

The Commission has worked for over two years in order to come up with a balanced proposal on classification. This work should not be wasted. I know that some of you would wish to be even more ambitious and extend the scope to other infringements, in particular those of a social nature. Others evidently believe it goes too far. We all know that the glass can be seen as half-full or half-empty. But this proposal is clearly in line with the objectives and within the limits of the mandate this Parliament, as co-legislator, gave to the Commission. Accordingly, it would be difficult to explain to European citizens that the text on the table, which aims specifically to facilitate cross-border compliance with EU rules, may not be adopted. Road safety comes first for me; and whatever your decision is, I will continue to work with Parliament on this subject.

But let me stress one more time that, among the negative consequences of possible rejection, we would face legal uncertainty for enforcers, unequal treatment of drivers and operators, as well as ineffective or even non-existent exchange of data on serious infringements between Member States for quite some time to come. Please keep this in mind when you vote. Please also note that we will always continue looking for new opportunities to keep our roads safe and working conditions fair.

Finally, I would like to confirm again that the Commission is committed to continue the work on better enforcement of this *acquis*, and we hope that we can do so in close cooperation with you.

1-114-000

Markus Ferber, im Namen der PPE-Fraktion . – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir machen heute vielleicht etwas Ungewöhnliches, aber wir machen nichts Ungebührliches. Das Europäische Parlament hat mit dem Vertrag von Lissabon das Recht bekommen, überall dort, wo die Kommission über Gesetzestexte beauftragt wird, Klärungen oder technische Details festzulegen und die Spezifikationen der Umsetzung einer Richtlinie festzulegen, zu überprüfen. Und genau das haben wir gemacht. Wir haben überprüft, was die Kommission erarbeitet hat.

Liebe Frau Kommissarin, mir sind ja gerade fast die Tränen gekommen bei Ihrer Rede, wie Sie uns eindrucksvoll gebeten haben, was wir zu tun haben. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie oder Ihr Vorgänger oder die Dienste, denen Sie jetzt vorstehen, in den letzten zwei Jahren das gemacht hätten, was in der Richtlinie festgeschrieben ist. Wenn man sich den delegierten Rechtsakt anschaut, stellt man fest, dass er nicht zur Klärung beiträgt, sondern alles vage und unklar bleibt. Dieser delegierte Rechtsakt hat die Aufgabe, zu klären und klar zu spezifizieren, wann ein seriöser Regelverstoß vorliegt, und es nicht wieder in die Hand der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten zu geben. Das heißt, der politische Wille des Gesetzgebers ist nicht ausgeführt worden, sondern er wurde missachtet.

Die Kommission macht in ihrem delegierten Rechtsakt eine Unterscheidung zwischen leichten, mittleren und schweren Verstößen. Das ist grundsätzlich begrüßenswert. Aber wenn man sich die Kategorisierung, die Eingruppierung genauer anschaut – was ist ein leichter, ein mittlerer, ein schwerer Verstoß? –, dann bleibt alles wieder vage. Es gibt keine Antwort darauf. Aber genau das ist es, worum wir die Kommission gebeten haben: es in einem delegierten Rechtsakt festzuschreiben.

Ich will darauf hinweisen, dass wir, was Verkehrssicherheit betrifft, eine Vielzahl von geltenden Gesetzen und Richtlinien haben. Wenn ich mir anschau, was in Ihrem delegierten Rechtsakt steht, und wenn ich mir anschau, was wir zum Beispiel in der Richtlinie über den Transport von gefährlichen Gütern stehen haben, dann passen die Dinge nicht zusammen. Das heißt, auch die Kommission hat hier an einer Stelle etwas anderes gemacht, als es in anderen Gesetzestexten formuliert ist.

Was ich und was wir als EVP-Fraktion grundsätzlich ablehnen, ist, dass das Transportgewerbe und die vielen Fahrerinnen und Fahrer, die jeden Tag unterwegs sind, damit wir in Europa den Mehrwert des Binnenmarktes auch erleben, unter Generalverdacht gestellt werden. Wir haben ein Bild eines Unternehmers und eines Mitarbeiters, das positiv ist. Sie haben ein Bild, das negativ ist. Deswegen ist die EVP-Fraktion der Meinung, dass dieser delegierte Rechtsakt abzulehnen ist. Ich hoffe, dass wir dafür in dieser Woche eine ausreichende Mehrheit bekommen.

1-115-000

Ismail Ertug, im Namen der S&D-Fraktion . – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Zunächst einmal herzlich willkommen, das ist meines Erachtens Ihr erster Auftritt hier im Europäischen Parlament – sicher nicht der letzte.

Jetzt weiß ich sehr wohl, Frau Kommissarin, dass das, was vorliegt, nicht unbedingt aus Ihrer Feder stammt. Das muss man glaube ich der Fairness halber auch dazu sagen, dass Sie das aus der letzten Periode von Ihrem Vorgänger, Herrn Kallas, übernommen haben.

Jetzt wissen wir natürlich, dass in Zeiten, in denen die Europäische Union versucht, den Güterverkehr immer weiter zu liberalisieren, und wir letztendlich auch immer weiter versuchen, durch Innovation und technische Hilfsmittel alles effizienter zu gestalten – und da bin ich schon auch bei meinem Vorredner – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein bisschen auf der Strecke bleiben.

Die europäische Logistikbranche, wenn man sich das anschaut, hat jährlich ein Umsatzvolumen von 900 Mrd. EUR. Das ist gut, damit steht sie auch gut da. Wir dürfen aber dennoch nicht diejenigen vergessen, die zu diesem Umsatz beitragen. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die täglich unsere Güter, die wir täglich brauchen, in der Europäischen Union von A nach B fahren. Deswegen, glaube ich, muss man diesen Aspekt mit hinzufügen, und das ist letztendlich in diesem jetzigen Vorschlag nicht ausreichend getan worden.

Wenn wir uns die negativen Auswirkungen der sogenannten illegalen Kabotage anschauen – Frau Kommissarin, und ich bin überzeugt, dass Sie eigentlich in dem Punkt mit uns sind, Sie haben das ja auch immer wieder klar in den Anhörungen gesagt, dass Sie kein Sozialdumping zulassen werden – haben wir derzeit aber in diesem Bereich letztendlich eine Situation, wo der Arbeitsschutz und die Sozialstandards deutlich unterlaufen werden, und für diese Werte, glaube ich, müssen wir einfach einstehen. Wir müssen dafür einstehen, dass letztendlich die Kategorisierung, so wie sie ist, ergänzt wird, das haben wir auch Ihrem Dienst und ihren Mitarbeitern auch gesagt, dass wir darum bitten, diese zu ergänzen, um bei den Dingen wie z.B. Briefkastenfirmen und Sozialdumping eine Klärung herbeizuführen.

Wir werden diesen Vorschlag, so wie er auf dem Tisch liegt, auch ablehnen, und ich hoffe, dass wir letztendlich mit einer Mehrheit ausgestattet werden, das dann am Mittwoch ablehnen zu können in der Hoffnung – und da bin ich im Übrigen guter Dinge und positiv gestimmt – dass Sie letztendlich das dann auch aufnehmen und zum Anlass nehmen, in einer relativ kurzen Zeit einen besseren Gesetzesvorschlag auszuarbeiten und dem Europäischen Parlament vorzulegen. Dann glaube ich, können wir alle gemeinsam noch einmal am Inhalt arbeiten, und wir können noch einmal die Definitionen klar erarbeiten. Dann weiß jeder, woran er ist. Nur ist die Liste derzeit eben nicht ausreichend, und das nehmen Sie bitte nicht persönlich. Aber wir werden das auch deswegen ablehnen, weil das eben nicht ausreichend ist.

1-116-000

Tomasz Piotr Poręba, w imieniu grupy ECR . – Witam Panią Komisarz! Cieszę się, że dzisiaj możemy wspólnie uczestniczyć w tej pierwszej debacie z Pani udziałem na temat ważnej kwestii. Już w środę głosowaniu Izby poddany zostanie projekt rozporządzenia wykonawczego w sprawie klasyfikacji poważnych naruszeń przepisów unijnych, które mogą doprowadzić do utraty dobrej reputacji przez przewoźnika drogowego.

Podczas ostatniego posiedzenia Komisji Transportu podjęto decyzję o odesłaniu tej propozycji do Komisji Europejskiej celem jej uzupełnienia. Zgadzam się z moimi przedmówcami i liczę na to, że Parlament Europejski w środę potwierdzi tę decyzję Komisji Transportu, która została już podjęta kilka dni temu. Dlaczego? Dlatego, że przedłożona lista nie jest kompletna i nie wyczerpuje zarówno wszystkich kategorii naruszeń prowadzących do utraty dobrej reputacji podmiotów transportu, ani też tych, które tworzą ryzyko poważnych obrażeń użytkowników dróg, a także oczekiwania socjalnych kierowców. Propozycja Komisji Europejskiej nie jest tym samym zbalansowana, co sprawia, iż w konsekwencji nie uwzględnia interesów ani pracodawców, ani pracowników. Oczekujemy

bardziej racjonalnego podejścia, dogłębnej analizy argumentów obu stron i zabezpieczenia ich interesów. Katalog naruszeń nie powinien w żaden sposób podważać zasadysubsydiarności ani też dążyć do eliminacji przewoźników drogowych z rynku transportowego.

Potrzebujemy dzisiaj eksperckiej debaty i dyskusji na temat naruszeń odnotowywanych na międzynarodowym rynku przewozów drogowych. Musimy wypracować takie instrumenty, które z jednej strony przeciwdziałyby nielegalnemu kabotażowi, a z drugiej strony uwzględniały często racjonalne argumenty kierowców dotyczące kwestii socjalnych.

1-117-000

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion . – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, auch von meiner Seite herzliche Begrüßung für Ihren ersten Auftritt hier im Plenum. Das ist tatsächlich etwas für Sie Historisches, so kann man das sagen.

Es hat mir gut gefallen, wie Sie erklärt haben, dass Sie in Zukunft sehr eng mit uns zusammenarbeiten wollen und dass Sie auch sagen, das, was jetzt vorliegt, ist geeignet, um Rechtsklarheit zu schaffen, Rechtsunsicherheiten zu beseitigen, und gleichzeitig auch alle diejenigen, die im Verkehrssektor Straftaten begehen, besser bestrafen zu können. Das ist ja das, was eben gemacht werden sollte. Sie haben das nicht selber verantwortet, das war noch von Ihrem Vorgänger – vollkommen richtig. Aber es ist zwei Jahre lang abgewogen worden, was man tun kann, um die Verkehrssünder im grenzüberschreitenden Kraftverkehr besser zur Rechenschaft ziehen zu können.

Es ist schon gesagt worden, manche finden das nicht ganz optimal, wie es gelaufen ist. Es fehlen auch mir einige Details in dem Vorschlag. Aber insgesamt kann man sagen, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir haben jetzt eine Möglichkeit in der Hand – und das ist ja notwendig –, genauer zu sagen, wie jetzt die Regeln umgesetzt werden sollen. Das gibt den Mitgliedstaaten Sicherheit, dann auch entsprechend vorgehen zu können.

Es war so, dass natürlich einige aus dem Sektor uns angeschrieben haben – gerade in Deutschland waren es viele Omnibusunternehmer –, die Angst hatten, dass die Zwölf-Tage-Regelung außer Kraft gesetzt werden kann. Dem ist tatsächlich nicht so. Ich habe mich genauer damit beschäftigt, das ist nicht der Fall. Im Gegenteil ist es sogar so, dass die natürlich beibehalten werden soll, und Omnibusunternehmer wissen das inzwischen auch.

Wir können – das hat Herr Ferber gesagt – in diesem Fall ablehnen, was die Kommission vorschlägt, das ist immer das Recht des Parlaments. Aber ich habe das Gefühl, gerade bei dem, was Herr Ferber gesagt hat, er hat sich für meine Begriffe selber widersprochen, weil er zum einen sagte, dass eben verschiedene Sachen nicht klar geregelt werden, mit leichten, mittleren und schweren Verstößen. Gleichzeitig sprach er von einem Generalverdacht gegen alle Transportunternehmer. Meines Erachtens widerspricht sich das. Ich halte es für falsch, jetzt in diesem Fall die Stärke des Parlaments zu zeigen, wenn es doch darum gehen kann, bei der Bestrafung der schwarzen Schafe im grenzüberschreitenden Verkehr einen Schritt voranzugehen. Darum sollten alle noch einmal genau überlegen, wie man sich da bei der Abstimmung verhält.

1-118-000

Merja Kyllonen, GUE/NGL-ryhmän puolesta . – Arvoisa puhemies, arvoisa komission jäsen, Eurooppa ei ole eikä toivoakseni tulekaan olemaan halpatuotannon maaperä. Meidän

vahvuutemme kilpailussa on perustunut aina ammattitaidon ylläpitämiseen, työehtojen kunnioittamiseen sekä turvallisiin ja ympäristösäädettyihin olosuhteisiin.

Turvallisuus- ja ympäristösäätyllä on jo pitkät perinteet ja toivoisin, että ne perinteet saadaan ulotettua myös sosiaalisiin kysymyksiin työelämässä ja liikenteessä. Sosiaalinen polkumyynti ei ole asianmukaista eikä hyväksyttävä toimintaa Euroopassa eikä missään maailmalla. Pystyäksemme edelleen parantamaan sekä liikenneturvallisuutta että sosiaalisia oloja meidän on kiinnitettävä näihin kysymyksiin erityistä huomiota.

Ala-arvoiset työolot, vääreennetyt ajokortit, laiton kabotaasi ja alipalkkaus ovat jo keskuudessamme. Meidän on toimittava, emme voi vain odottaa! Siksi komissio saa vielä kotiläksyn.

1-119-000

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE . – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le 30 janvier 2009, la Commission européenne adaptait la directive de 2006. Cette directive était essentielle: elle établissait des règles en matière de contrôle de la législation dans le secteur routier, notamment les temps de conduite, de pause et de repos des conducteurs routiers européens. Le but était d'établir une classification commune des infractions à la législation sociale dans le secteur routier en fonction de leur gravité, ce qui aurait dû mettre un terme aux disparités actuelles.*

En effet, aujourd’hui une infraction peut être considérée comme grave dans un pays et mineure dans un autre. Le processus d’harmonisation des normes sociales et salariales des conducteurs routiers n’a pas progressé au même rythme que la libéralisation des marchés. Certaines entreprises ont recours à des pratiques de dumping social, qui permettent de réduire leurs coûts de production en réduisant en même temps le coût de la main-d’œuvre. Les conducteurs routiers sont les premières victimes de cette situation. Les pratiques de concurrence déloyale vont à l’encontre de leurs droits sociaux et tirent toute l’Europe vers le bas. Il est grand temps de défendre une harmonisation des droits des salariés européens vers le haut.

Qu’en est-il aujourd’hui? Beaucoup d’États ne jouent pas le jeu, alors que l’objectif même d’une classification est de permettre un contrôle ciblé dans les entreprises où le niveau de conformité est trop faible. La proposition de la Commission ne renforce pas cette harmonisation: au contraire, elle la fragilise. Il est donc aujourd’hui grand temps, réellement, d’être ambitieux. Aussi, nous vous demandons d’inclure dans cette liste des infractions de nouveaux critères tels que la violation des règles sur les attestations des conducteurs routiers, en adoptant une véritable nouvelle législation sur le transport des matières dangereuses, mais aussi toutes les pratiques illégales trop répandues, qui ont pour conséquence une hausse du dumping social dans ce secteur au niveau européen.

Bref, il y a réellement urgence: la proposition que vous nous faites n'est pas à la hauteur, nous attendons énormément de vous.

1-120-000

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD . – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ritengo che l’atto della Commissione sull’onorabilità dei trasportatori sia assolutamente inadeguato e insufficiente. Questa categoria subisce gravi pregiudizi, a causa di queste norme europee che, da un lato, favoriscono la libera circolazione di merci e persone ma dall’altro, si*

dimenticano di tutelare chi opera nel mercato interno ed è soggetto ad un evidente concorrenza sleale.

Consideriamo i gravi fenomeni del cabotaggio illegale e del dumping sociale che, ad esempio, in Italia stanno distruggendo l'intero settore. Ci sono autotrasportatori costretti a competere con ditte provenienti dall'esterno che, grazie ad una legislazione nazionale più favorevole, possono praticare prezzi più vantaggiosi, causando di fatto il fallimento o la delocalizzazione di tantissime nostre piccole e medie aziende. Chiedo per questo a tutti voi colleghi, di impegnarci a rivedere urgentemente la disciplina in materia, tenendo conto del fatto che questi lavoratori sono spesso costretti ad orari insostenibili, che li tengono a lungo lontani dalle loro famiglie.

1-121-000

Georg Mayer (NI). - Frau Präsidentin, geschätzte Frau Kommissarin! Jetzt geht es Ihnen ein bisschen wie mir heute in diesem Haus – ich bin auch neu im Verkehrsausschuss.

Wir haben uns ja auch schon einmal kurz in Ihrer Befragung darüber unterhalten. Jetzt liegt es uns natürlich allen am Herzen, dass wir eine Verbesserung in der Verkehrssicherheit auf Europas Straßen erreichen. In diesem Fall ist es grundsätzlich auch begrüßenswert, eine einheitliche europaweite Regelung zu haben, etwas zur Bekämpfung von Schrott-Lkws.

In Österreich sind wir ganz besonders davon betroffen, denn die Nähe zu Oststaaten schlägt sich wieder auf unseren Straßen nieder. Das betrifft jetzt nicht nur die Verkehrssicherheit, das betrifft, wie auch schon mehrfach angesprochen, auch die Arbeitnehmer, die in diesem Bereich tätig sind. Die Ansätze halte ich für gut, nämlich dass man sagt, bei den Unternehmen die Kontrollpunkte anzusetzen – wie das hier vorliegt –, dies halte ich für sinnvoll. Auch die Idee eines Verkehrsleiters – das ist etwas, was sich erst in der Praxis wird bewähren müssen, aber auch das halte ich für sinnvoll.

Für mich stellt sich die Frage, und das hatten einige Kollegen schon gesagt, wie die Klassifizierungen, die dort vorgenommen werden, dann konkret ausgeführt werden, ob dann die Rechtsunterworfenen auch genau wissen, was dort zu tun ist. Das halte ich für zweifelhaft.

Allerdings hat mich heute der Kollege von der EVP etwas verwundert, der gesagt hat, sie werden dem nicht zustimmen. Ich denke, er wird seine besonderen Gründe dafür haben, warum er dem nicht zustimmt. Bös ist der, der in diesem Fall Böses vermutet.

1-122-000

Wim van de Camp (PPE). - Voorzitter, ook ik wil de nieuwe commissaris, mevrouw Bulc, van harte welkom heten in de plenaire vergadering van het Europees Parlement. Veel succes en een prettige samenwerking de komende jaren!

Wij bespreken hier vandaag een lijst van serieuze overtredingen in de transportsector. Wij weten allemaal dat transport een vitaal onderdeel is van de Europese economie en wij willen graag met de Commissie Juncker die transportsector verbeteren, eerlijker maken, zorgen voor goede concurrentie, maar ook voor goede sociale voorwaarden voor de werknemers.

Onze fractie is tot de conclusie gekomen dat deze lijst onduidelijk is en niet compleet. Dat is eigenlijk het belangrijkste bezwaar. De lijst is op zich een goede start maar onder de

huidige economische omstandigheden is die onduidelijk en niet compleet. Dat geldt zowel voor werkgevers als voor werknemers.

Wanneer de werkgevers niet aan deze lijst voldoen, kunnen zij hun reputatie als betrouwbaar transportbedrijf verliezen. Die werkgevers hebben dus inderdaad wat te verliezen. En het moet helder zijn voor de werkgevers waar ze zich wel aan hebben te houden en waar ze zich niet aan hoeven te houden. Hetzelfde geldt voor de werknemers. Natuurlijk zit er in deze lijst ook een sociaal aspect. Er zijn voor de werknemers verschillende elementen in het Europese transportbeleid die onduidelijk zijn op dit moment: elementen als beloning, veiligheid, en noem maar op.

Wij willen dus een nieuwe lijst. En ik begrijp heel goed wat de commissaris zegt – en wat mevrouw Meissner ook zegt – dat wij nu zorgen voor uitstel, waardoor we onduidelijkheid scheppen. Maar als de commissaris begin volgend jaar aan een nieuwe lijst begint, dan kunnen wij die vóór het zomerreces hier opnieuw goedkeuren en dan weet iedereen waar hij of zij aan toe is.

Bovendien is er nog een ander element: onduidelijke lijsten zijn voor de handhavers, de nationale inspecties, buitengewoon moeilijk. Wij weten allemaal dat een van de grote problemen in het Europees recht op dit moment is: 'Kunnen wij de zaken die wij hier afspreken, ook handhaven?'

Daarom, dank voor de aanzet. De lijst is niet compleet, noch voor werkgevers noch voor werknemers. Kom snel met een nieuwe lijst, dan kunnen wij de transportsector verder helpen.

1-123-000

Jens Nilsson (S&D). - Fru talman! Det finns idag utbredda problem inom transportbranschen i Europa. Vi ser dagligen fall där reglerna för den inre marknaden åsidosätts av oseriösa aktörer för att de ska kunna konkurrera på orättvisa villkor. När det sker så är det chaufförerna och de seriösa företagen som drabbas negativt. Och vi vet ju att konkurrensen på den inre marknaden måste ske på lika villkor, att den måste gynna både arbetsgivare och arbetstagare och alla medlemsländer.

För det är när vi misslyckas med just detta som vi skapar en grogrund för populistiska och nationalistiska partier och rörelser som inte vill något annat än att hitta ursäkter för att bryta upp samarbetet och backa in i framtiden. I mitt hemland är fusket med cabotageregler och annan arbetsmarknadslagstiftning tyvärr alltför omfattande. Det är dags att EU-kommissionen slutar blunda för problemen som människor i transportbranschen upplever. Om människor och företag upplever att de inte tjänar på att vara en del av den inre marknaden utan snarare att det hotar ens lön och arbetstrygghet eller ens företags chans att överleva, då behöver man veta att de som har makt att förändra också är beredda att göra något.

Om svaret istället blir, "nej, vi ser inga problem" och "nej, vi tänker inte göra någonting åt det", då urholkas förtroendet snabbt. Illegal cabotageträfik är ett allvarligt hot mot EU och grundtanken för fri rörlighet. Att också föra upp dessa brott på listan över allvarliga överträdelser är logiskt och nödvändigt för att visa att vi tar problemen på allvar. När chaufförer utnyttjas för arbete under slavliknande förhållanden medför detta självklart en sämre trafiksäkerhet, ökad risk för allvarlig skada och dödsfall.

Skulle EU välja att säga ”nej illegal cabotageträfik och social dumping är inte så allvarligt” kan jag lova att många runtom i Europa skulle bli oerhört besvikna, för det är precis det här som många upplever som de absolut största problemen idag. Återkom med ett bättre förslag.

1-124-000

Peter van Dalen (ECR). - Voorzitter, ook mijn gelukwensen aan de nieuwe commissaris. Het is wel een binnenvanger, want het Parlement maakt terecht bezwaar tegen wat nu voorligt van de kant van de Commissie.

Waar gaat het nu eigenlijk over? De kern is dat een wegtransporteur zijn vergunning kan verliezen als hij een serieuze overtreding begaat. Wat mij betreft hoort op die lijst van serieuze overtredingen ook het aanpakken van oneerlijke concurrentie en *social dumping*. Helaas vindt de Commissie dat niet. Maar het stelselmatig misbruiken van de cabotageverordening en de detacheringsrichtlijn verzieken het Europese wegvervoer. Dus het is echt zaak dat Europa dat aanpakt. Dat kan bijvoorbeeld in de richting gaan van een systeem waarbij we een reële band maken tussen de gebruikelijke werkplek van een werknemer en het recht dat op zijn arbeidsovereenkomst van toepassing is. Natuurlijk moeten we daarvoor gaan. Mevrouw Bulc, het is cruciaal dat u dat in overweging neemt.

Ik heb ook iets geleerd van dit hele proces, namelijk dat we dit soort belangrijke zaken niet via een comitologieprocedure moeten doen, maar wel via de normale reguliere wetgevingsprocedure. Daar is het veel te belangrijk voor. Dus, mevrouw de commissaris, wij zullen u niet steunen maar we gaan ervan uit dat de breed gedragen oproep van dit debat om *social dumping* en oneerlijke concurrentie aan te pakken, voor u glashelder is.

1-125-000

Matthijs van Miltenburg (ALDE). - Voorzitter, in Nederland zeggen we vaak: 'Zonder transport staat alles stil'. Vandaag kunnen we echt zeggen: 'Met EPP, met S&D en een aantal andere partijen staat de transportsector in Europa stil'. En dat is jammer om te moeten constateren.

Is het voorstel van de Europese Commissie naar mijn mening perfect? Mijn antwoord daarop is 'nee'. Het omvat niet alle mogelijke overtredingen die transporteurs kunnen begaan en waardoor hun goede reputatie in het geding zou komen. Maar dit voorstel biedt wel een eerste heel goede aanzet om de malafide transporteurs aan te pakken. We stellen hier in dit Huis heel vaak Europese regels op en denken dan dat daarmee het Europese speelveld gelijk is gemaakt. Maar dat gelijke speelveld ontstaat heel vaak pas als de regels ook daadwerkelijk effectief overal in Europa worden uitgevoerd, worden gehandhaafd, worden gesancioneerend. Nu dreigt het onderhavige voorstel van de Commissie te worden verworpen. Effectieve uitvoering, handhaving en sanctionering van de regels in het wegvervoer is daarmee niet een stap dichterbij, maar een stap verder weg gebracht.

Dit brengt mij bij een laatste punt, dat hiermee ook heel nauw verband houdt. Het gaat om de invoering van het minimumloon in Duitsland per 1 januari 2015. Dat brengt voor de Europese transportsector heel veel onduidelijkheid met zich mee. Internationale transportbedrijven willen heel graag die duidelijkheid en mijn vraag aan de Europese Commissie is dat wanneer transporteurs daadwerkelijk voldoen aan de regels, ze niet geconfronteerd zouden worden met allerlei administratieve rompslomp.

1-126-000

João Ferreira (GUE/NGL). - A luta dos trabalhadores dos transportes rodoviários, de mercadorias e de passageiros, e das suas organizações representativas, pela melhoria do respeito pelos seus direitos laborais, horários de trabalho e períodos de descanso, é já uma luta longa.

Uma luta recheada de embates e dificuldades várias, criadas quer por patrões sem escrúpulos quer por um enquadramento legislativo europeu mais interessado em promover a sacrossanta livre concorrência – e a inevitável concentração monopolista que sempre lhe sobrevém – do que em proteger e defender convenientemente a saúde e a segurança destes trabalhadores.

A voragem exploradora que há muito se abateu também sobre este setor acompanha os passos dados na concretização do dito mercado interno do transporte rodoviário.

Também aqui é flagrante a contradição entre as miríficas promessas que o mercado interno haveria de concretizar e a dura realidade enfrentada pelos trabalhadores no seu dia-a-dia.

Estivemos, estamos e estaremos ao lado destes trabalhadores. Na luta contra a corrida ao fundo no plano dos direitos e pela convergência no progresso das normas sociais e laborais.

1-127-000

Michael Cramer (Verts/ALE). - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin – herzlich willkommen in diesem Kreis für Ihre erste Rede –, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des Verkehrsausschusses möchte ich betonen, dass zwischen allen Fraktionen Einigkeit darüber besteht, dass den Fragen des fairen Wettbewerbs und der sozialen Bedingungen endlich die angemessene Bedeutung beigemessen werden muss. Unser Ausschuss spricht sich deshalb vehement dafür aus, dass die Einhaltung bestehender Gesetze endlich auch auf unseren Straßen konsequent durchgesetzt wird!

Die Kommission war in dieser Hinsicht in den letzten Jahren nachlässig und ist ihrer Rolle als Hüterin der Verträge nicht nachgekommen. Sie, Frau Bulc, haben als neue Kommissarin nun Gelegenheit, ein neues Kapitel zu schreiben und die Ignoranz gegenüber dem Sozialdumping aufzugeben. Ein Lkw-Fahrer, der seine wöchentliche Ruhezeit von 45 beziehungsweise 66 Stunden nur in der Fahrerkabine verbringt, ist eine große Gefahr für die Sicherheit auf der Straße. Zudem ist das illegal. Deshalb muss das verhindert werden.

Illegaler Kabotage, Scheinfilialen, Briefkastenfirmen, Fälschung der Fahrscheinbescheinigung – all das zu verhindern, war im ursprünglichen Entwurf vorhanden. Beides wurde gestrichen. Das ist nicht nachvollziehbar, und das ist falsch.

Deshalb wollen auch wir, dass die bestehenden Gesetze eingehalten werden. Sehr geehrte Frau Kommissarin, Sie können unseren Ausschuss hinter sich wissen, wenn Sie die Einhaltung der Gesetze sicherstellen, gegen schwarze Schafe bei allen Verkehrsträgern vorgehen und den fairen Wettbewerb sichern – und vor allen Dingen mit der Überarbeitung schnellstmöglich beginnen.

1-128-000

Peter Lundgren (EFDD). - Fru talman! Till skillnad från de allra flesta av er här inne så har jag tillbringat större delen av mitt yrkesverksamma liv i en lastbilshytt. Så sent som i mars månad i år parkerade jag bilen efter 30 år på vägarna. Jag har sett problemen som

har uppstått och jag vill påstå att de allra största problemen de kommer från denna kammare. När man införde cabotagelagstiftningen, det var då fuset började på riktigt.

För det som händer idag det är att tyvärr utnyttjar många av de stora speditörerna i Europa – och då pratar vi tyska Schenker, tyska DHL, danska DSV – den här cabotagelagstiftningen för att bedriva illegal inrikestrafik. Den tredje transporten man får lov att ta under en sjudagars period, den kör man till, från mitt land sett Sverige, till grannlandet Danmark och från Danmark kör man till Sverige, och sedan är bilen tillbaka.

Vi har över 2000 bilar som bedriver illegal inrikestrafik i Sverige; det är bevisat genom en undersökning. Det går inte att säga att det här får man fixa på nationell nivå för det är under EU:s paraply det här tillåts ske. Det är EU:s lagstiftning som gör det möjligt. Här måste man agera med kraft. EU:s lagstiftning håller på att slå sönder hela den seriösa åkerinäring som finns, för det finns inte någon som vill betala vad som behövs för en transport för det är det sista ledet i en produkt och den ska vara så billig som möjligt. Det sker på bekostnad av chaufförerna och att de utnyttjas som rena slavar.

1-129-000

Massimiliano Salini (PPE). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, grazie di essere qui e dei chiarimenti che ci ha dato in premessa. La considerazione principale, che anche altri colleghi hanno fatto e che io condivido, riguarda la centralità del trasporto nel futuro dell'Unione, sia per quanto riguarda il trasporto delle merci che per quanto riguarda il trasporto delle persone. Tuttavia, ci siamo avventurati su un percorso molto complesso e per certi versi pericoloso: cioè, la Commissione ha deciso di indicare negli atti delegati, tassativamente, quali sono i casi in cui il trasportatore rischia di perdere l'onorabilità e quindi rischia di perdere l'autorizzazione a svolgere il proprio servizio. È qui il punto su cui io contesto le affermazioni anche di alcuni colleghi.

Quando si decide di indicare tassativamente di indicare i casi in cui si rischia di perdere l'onorabilità? Se l'indicazione è tassativa, non vale il ragionamento per cui se abbiamo fatto qualcosa di buono, è opportuno non cancellarlo e andare avanti. Infatti, finché si individuano attraverso una norma dei criteri generali, allora si può accogliere l'inizio di un percorso. Ma quando si arriva all'indicazione tassativa, tutto ciò che non è compreso nell'elenco tassativo, è concesso. O meglio: tutto ciò che non è indicato, nel caso specifico, come grave – perché questo è il punto – non sarà tale da consentire la sospensione dell'autorizzazione al servizio.

Allora, a questo punto, prendo ad esempio il caso che, nel mio paese ma anche in altri, è considerato assolutamente il più grave, cioè quello del cabotaggio illegale: il fatto che l'indicazione tassativa prevista dall'atto delegato non qualifichi come tale il cabotaggio illegale, preoccupa il mio paese anche per le conseguenze sociali che questo avrà. Quindi, conseguenze gravi sul fronte imprenditoriale ma conseguenze gravi anche sul fronte del dumping sociale. Su questo chiedo un'attenzione particolare e mi associo all'indicazione del mio partito, che prevede la possibilità di rivedere completamente questa lista. La ringrazio molto per il lavoro che sta svolgendo.

1-130-000

Lucy Anderson (S&D). - Madam President, the Commissioner should consider this. People outside this Parliament might risk not understanding that what we are talking about here is far from being a technical issue. I think it is important to remember that thousands of people in Europe die each year as a result of lorry crashes, and so it affects both the

drivers and the people on the roads. For example, in 2011 the European Transport Safety Council highlighted that 4 300 people died. Now you tell us, Commissioner, that what we are asking for is out of scope. That is absolutely not true.

There is ample evidence that driver fatigue and abusive employment practices and exploitation, not taking safety seriously, and illegal cabotage more generally, lead to very real safety risks and will not enable us to meet our road safety targets apart from anything else. How can this possibly be out of scope? You also said there was an issue of legal certainty. Again I cannot see how that can be correct; it is not as if there is no law at the moment. However the main point that we are making to you, pretty much all of us here, is that this proposal has no added value. Please think again, and if nothing good comes back that is not our fault: it is your fault.

1-131-000

Νότης Μαριάς (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, το θέμα της ασφάλειας στις μεταφορές είναι καθοριστικό. Και είναι καθοριστικό διότι χάνονται πάρα πολλές ζωές τον χρόνο στους δρόμους, επειδή δεν τηρούνται οι κανόνες ασφαλείας.

Υπάρχουν ασυνείδητοι οδηγοί αλλά κυρίως υπάρχουν επιχειρήσεις οι οποίες έχουν φορτηγά τα οποία πραγματικά δεν έχουν ελαστικά. Τα ελαστικά τους είναι φθαρμένα· βρίσκονται σε άσχημη κατάσταση. Είναι φορτηγά καρμανιόλες.

Να σας πω ότι πρόσφατα, στην Εγγατία Οδό, ένα φορτηγό με οδηγό από τη Ρουμανία και ιδιοκτησία εταιρίας της Ρουμανίας έπεσε πάνω σε 30 αυτοκίνητα. Είχαμε τρεις νεκρούς. Είχαμε 30 τραυματίες.

Επομένως το θέμα αυτό είναι σοβαρότατο, διότι δεν τηρούν τους κανόνες ασφαλείας και δεν έχουν τις επιχειρήσεις τους σωστά δομημένες, έχουν δε τα αυτοκίνητά τους καθαρά για να βγάλουν κέρδος. Αυτό είναι το βασικό στοιχείο, όπως επίσης πρέπει να δείτε και το κοινωνικό ντάμπιγκ, που είναι μια επίσης σημαντική διάσταση, την οποία έδωσαν πριν λίγο οι υπόλοιποι συνάδελφοι.

1-132-000

Jill Seymour (EFDD). - Madam President, this debate perfectly illustrates almost everything wrong with the thinking of the European Union. Saying that 500 million people are a single market does not make them one. A single market based on freedom of movement can only work when there is something approaching a common standard of living. There is not. Poor income in Bulgaria and Romania does not even give a monthly wage which is as good as the UK's minimum wage. This means that the lorry drivers of the UK simply cannot compete and earn a decent day's living. We know there is widespread corruption with licences that can be bought on the Internet. This has led to some unqualified drivers on our roads.

Let me make a couple of points clear. I am not blaming the people of Eastern Europe; they just want to make a living. I am not opposing free trade; but the role of the markets is to increase prosperity, not to create a rush to the bottom. These problems are completely and utterly the result of pie-in-the-sky thinking by EU decision makers. It is the EU's economic illiteracy which is to blame. When will they understand that the objective is prosperity? They talk about good repute of lorry drivers. It is not lorry drivers who are the problem. It is the unelected Brussels Commissioners and their bureaucratic staff who are dreaming

up policies devoid of any understanding of how the real world works. The end result of this type of legislation punishes the hard-working lorry drivers of Great Britain.

1-133-000

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). - Pani Przewodnicząca! Rozporządzenie, które jest przedmiotem naszej dzisiejszej dyskusji, rozstrzyga kwestię naruszeń tzw. dobrej reputacji i jej utraty przez przewoźników w transporcie drogowym. W moim odczuciu Komisja nie do końca precyzyjnie określiła wszystkie wykroczenia związane z bezpieczeństwem w ruchu drogowym i należy zgodzić się z tymi, którzy te wątpliwości podnoszą. Akt delegowany powinien być pełny, przejrzysty i prowadzić do lepszego przestrzegania prawa, a nie pozwalać na swobodną interpretację i jego wybiórcze traktowanie. Zbyt dużo mamy wypadków drogowych i związanych z tym ludzkich tragedii, żeby temat traktować powierzchownie. Dlatego też popieram tych, którzy mówią, że należy uzupełnić listę naruszeń.

Dyskusja nad rozporządzeniem otworzyła również inne pole, które wzbudza coraz więcej kontrowersji, a które dotyczy przewozów kabotażowych oraz tzw. dumpingu społecznego, socjalnego. Należy podkreślić, że kwestie przewozów kabotażowych reguluje odrębne rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady, a naruszenia w kabotażu nie stanowią podstawy do utraty dobrej reputacji przez przewoźnika, ponieważ nie mają bezpośredniego związku z bezpieczeństwem w ruchu drogowym.

Mówiąc o kwestiach socjalnych, musimy wziąć pod uwagę kilka aspektów. Po pierwsze, mamy jedną Unię Europejską, posiadamy wspólny rynek, ale mamy również znaczące różnice wysokości wynagrodzeń za tę samą pracę w poszczególnych krajach Unii Europejskiej. Po drugie, nie wolno zapominać, że często dochodzi do zatrudniania pracowników i kierowców z jednych państw UE lub spoza UE na zupełnie innych warunkach oraz za dużo niższe stawki niż obowiązują w kraju Unii Europejskiej, w którym wykonują pracę. Po trzecie, nie można rozwiązywać niewygodnych problemów dla któregoś kraju czy rządu kosztem innych państw.

Zgadzam się, że jest to temat bardzo trudny i ważny, dlatego uważam, że potrzebna jest ekspercka i oparta na faktach dyskusja na temat zakresu naruszeń występujących na międzynarodowym rynku przewozów drogowych i wypracowanie wspólnych instrumentów, które przeciwdziałyby zjawisku nielegalnego kabotażu.

1-134-000

Claudia Tapardel (S&D). - Doamnă comisar, știm cu toții că transportul este unul dintre elementele care dau sens și eficacitate dimensiunii economice a proiectului european. De aceea, avem nevoie de o infrastructură rutieră sigură, cu reguli unitare, iar în centrul preocupărilor trebuie să rămână cetățeanul, căruia suntem datori să-i asigurăm condiții optime de muncă și siguranță. Aceasta este regula pe care trebuie să o respecte toți transportatorii.

De aceea, Comisia trebuie să elaboreze o legislație în domeniul transporturilor care să aibă capacitatea de a regla practicile neloiale, de a respecta principiile concurențiale, de a combate cabotajul ilegal și de a susține economic și social personalul care activează în acest domeniu.

Cer ca drepturile tuturor angajaților să fie respectate, iar în caz contrar sancțiunile UE să se aplique rapid și eficient pentru a descuraja orice caz în care transportatorii își plătesc angajații mai puțin decât prevede legislația, angajatorii folosesc forme fictive de angajare,

transportatorii nu plătesc angajaților drepturile și asigurările sociale și nu se respectă timpii de muncă ai angajaților.

Dacă vorbim de siguranța pe drumurile publice din Europa, trebuie să avem în vedere că principala cauză a accidentelor este epuizarea fizică a șoferilor, care sunt forțați să trăiască în cabina de camion timp de săptămâni întregi și sunt forțați de angajatori să conducă și câte 9-10 ore pe zi fără întrerupere.

Având în vedere că transportul internațional și angajarea transnațională sunt practici economice răspândite, nu ne putem permite să ignorăm caracterul social al Regulamentului (CE) nr. 1071/2009. De aceea, pentru drepturile acestor oameni și pentru siguranța tuturor participanților la traficul din întreaga Europă, avem nevoie de o legislație adoptată cu prudență, care să impună reguli unitare pentru toți cei care activează în domeniul transporturilor.

1-135-000

Ангел Джамбазки (ЕСР). - Тук коментираме въпроса за добрата репутация на автомобилните превозвачи на товари и пътници. Бих искал да ви изтъкна и друг въпрос, който е свързан с тази тема – именно за нивото на защитата на конкуренция в този бранш и добри общи практики. Защото в отделните национални законодателства има разпоредби и практики, които дискриминират малките превозвачи за сметка на големите, тези от една държава членка за сметка на тези от други държави членки. Считате ли за нормално, например, изискването на френското и белгийското законодателство извършването на седмичната почивка да бъде задължително извършено в хотел, а не както досега да се изпълнява в кабината на камиона? Не е ли това дискриминация спрямо по-малките транспортни фирми от останалата част на Съюза?

И друго – въпросът за превозвачите от трети страни, извън Съюза. Тук искам да обърна внимание на превозвачите от Турция – изключително недисциплинирани, а и на законодателството на Турция, което прави всичко възможно да пречи на останалите превозвачи от другите държави членки. Те не отговарят на правилата на Съюза по понятни причини. Това създава напрежение, включително и социално. Не може да си затваряме очите за това. Затова преди да говорим за добри практики, трябва да решим проблемите с нелоялната държавна помощ и да регулираме равнопоставеното отношение, да прекратим неравнопоставеността.

1-136-000

Andor Deli (PPE). - Köszönöm, tisztelt Elnök Asszony, tisztelt Biztos Úr! A mai vitához kapcsolódik az a határozattervezet, amellyel a Parlament a közúti fuvarozók jogszertéseinek Bizottság által készített listáját készül visszautasítani átdolgozásra. Erről majd szerdán szavazunk. Nagyon fontos a jogszertések minőségi és igazságos listáját elkészíteni, és lényeges mindenfajta törvénysértő magatartás ellen fellépni, így a közösségi jogosítvány, vagy a vezetői attesztek hiánya sem tolerálható. Úgyanígy kell a törvénysértő kabolázsal ellen is fellépni, mivel az rossz fényt vet minden kabolázzsal törvényesen foglalkozó fuvarozóra.

Mindazonáltal felhívánám a Bizottság figyelmét arra, hogy az úgynevezett szociális dömping felszámolását nem lehet, sőt káros egyes szűk szektorális politikákban elkezdeni, szelektíven folytatni. Inkább szükség volna egy átfogó kezdeményezésre a közép-kelet-európai tagországok gyorsabb szociális felzárkóztatására, ugyanis az okot kell megszüntetni, nem pedig a tüneteket kezelni. A tagállamok nemzeti szociális jogszabályainak betartatását és végrehajtásuk ellenőrzését nem veheti át az Európai Unió egy delegált jogkörben hozott

aktussal, mivel az végül megbonthatja a közúti árufuvarozási piac egységét, megnehezítve a szabad áruforgalom és a szolgáltatásnyújtás szabadsága alapelveinek megvalósulását.

Az a körülmény, hogy a Tanács megtámagatta a Bizottság jelen javaslatát további kérdéseket generál, és rámutat arra, hogy a megoldásokat talán másol és másként kell keresni. Köszönöm.

1-137-000

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

1-138-000

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich darf das als Nachpassus sagen, dass ich mir auch eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen wünsche und darf das mit einer Anmerkung starten: Ich glaube, Sie sollten einen Fehler in Ihren nächsten fünf Jahren nicht machen, den Ihr Vorgänger gemacht hat. Er hat Verkehrspolitik betrieben einzig und allein unter den Auspizien seiner ideologischen Vorstellungen, dass die Großen immer stärker werden sollen und die Kleinen am Ende verschwinden sollen – auch bei den Frachtunternehmen.

Diese Regelung, die er hier vorgeschlagen hat, ist Ausdruck dieser Vorstellung: kaum Rücksicht auf Sozialvorschriften, Reduzierung der Strafen, Einschränkung der Tatbestände für Strafen. Das sind alles Dinge, welche die, die klein sind und es ehrlich meinen, nicht umgehen können, da sie ihre Sitze nicht verlagern können, nicht Fahrer von ganz Europa anheuern können. Darunter leiden die Kleinen, und die Großen profitieren. Das führt am Ende dazu, dass alle weniger haben bis auf einige wenige Große, die immer mehr verdienen. Das wollen wir hier nicht, diese Art von Verkehrspolitik. Deshalb glaube ich, dass das auch abgelehnt wird und Sie mit einem neuen besseren Vorschlag kommen müssen. Ich hoffe, er wird besser sein, und dann werden Sie auch die Zustimmung dieses Hauses finden, was sehr vernünftig wäre.

Das wollte ich Ihnen nur dazu sagen und noch eine kleine Anmerkung zum Schluss, Frau Kommissarin: Lassen Sie sich hier nicht von einigen Kolleginnen und Kollegen beirren, die leider mit ihrem Fanclub wieder verschwunden sind. Sie sind schon demokratisch legitimiert, um die Dinge hier zu tun.

1-139-000

Roberts Zīle (ECR). - Priekšsēdētāja! Godātā komisāres kundze! Nedzirdēju jūsu uzstāšanos, bet zinu jūsu viedokli. Nokavēju mazliet. Esmu gandarīts, ka jūs esat šeit savās pirmajās ugunkristībās šajā ēkā, šajā telpā.

Īstenībā, runājot šodien, debatējot par komitoloģijas procedūras regulu par autopārvadātāju izdarīto nopietno pārkāpumu klasifikāciju, mēs runājam par autopārvadājumu iekšējo tirgu. Un būsim atklāti, koleģi — tas man ļoti atgādina pakalpojumu direktīvas debates šeit pirms vairākiem gadiem, kurā darba devēju un darba ķēmēju politiskie uzskati bieži vien sakrita atkarībā no ģeogrāfiskā aspekta Eiropas Savienībā. Un tāpat ir arī šodien. Mēs bieži vien runājam, ka jūsu iesniegtajā deleģētajā aktā nav vairāku lietu. Bet tur ir. Tur ir noguruma prasības, tur ir tehniskās prasības. Tas, kā tur, iespējams, nav — nav sociālā dempinga, nav tā saucamās nelegālās kobotāžas pieejamības, lai gan 2009. gadā mēs nolēmām, ka šī kobotāža būs autopārvadājumu tirgū, utt.

Šeit es gribētu — zinot, ka es esmu mazākumā un būšu viens no retajiem, kas atbalstīs jūsu priekšlikumu, — dažus vārdus pateikt uzreiz angļiski, lai mani kolēgi labi uztver manu domu.

We have to look to our House as well sometimes. We have rules here in this House for our local assistants. This is clearly social dumping. It is not admissible that local assistants from Bulgaria should be paid eleven times less than Danish local assistants! So what is this called? It is social dumping. We are pushing our local assistants into a lower quality of life; they are not sleeping very well, their beds are so bad, and they are not eating properly and so on – and they are giving advice to our MEPs! The only good thing is that we MEPs from eastern Europe are not creating a safety hazard for political decisions here. I am, of course, being sarcastic. But we have to think about it, about what we are talking about here sometimes.

1-141-000

Georges Bach (PPE). - Monsieur le Président – bienvenue Madame la Commissaire, de ma part également –, chers collègues, considérant tout ce que mon collègue, Markus Ferber, vient d'indiquer au nom du Parti populaire européen et que je partage entièrement, je voudrais ajouter quelques points qui sont, à mon avis, également très importants.

Nous ne réaliserons pas nos objectifs en matière de sécurité routière et nous n'arriverons pas à améliorer la réputation du secteur sans tenir compte des aspects sociaux. Le facteur humain est central dans notre lutte pour des routes plus sûres. En effet, nombre d'accidents sont dus à un manque d'attention et de réaction des conducteurs lié, notamment, aux mauvaises conditions de travail.

La Commission disposait d'une réelle chance, une réelle occasion de remédier aux faiblesses de la mise en œuvre de la législation sociale et de la législation du travail de l'Union, ainsi que du mandat nécessaire pour empêcher le dumping social, selon l'article 6 du règlement 1071 établissant des règles communes sur les conditions à respecter pour exercer la profession de transporteur par route.

La Commission a omis d'inclure les transports de cabotage illégaux dans sa liste qui, eu égard à leurs effets néfastes sur les chauffeurs, doivent sans conteste être assimilés à une source grave d'infractions.

Je regrette donc que la Commission n'ait pas pris en compte ces problèmes lors de l'élaboration de la liste, qui reste très vague, comporte beaucoup de lacunes et, de ce fait, demeure inachevée.

C'est pourquoi j'ai rejeté la liste proposée en commission des transports et du tourisme et j'interpelle mes collègues afin de les inciter à voter en faveur de notre résolution.

Néanmoins, nous avons besoin de cette liste en raison des améliorations qu'elle permet en termes de sécurité juridique. Les entreprises de transport doivent prendre leurs responsabilités et, le cas échéant, veiller à préserver leur honorabilité.

Je demande donc à la Commission de prendre en compte les arguments du Parlement et j'appelle la Commission à proposer, le plus vite possible, une nouvelle liste des infractions graves.

1-142-000

Inés Ayala Sender (S&D). - Señor Presidente, sea bienvenida, señora Comisaria. La verdad es que le toca a usted torear el toro de otro, y empieza usted muy fuerte. Así que espero que más adelante pueda enfrentarse a dosieres establecidos por usted.

Y si no se tratase de algo tan serio, le diría que parece que este Parlamento quiere ayudar al señor Juncker a retirar legislación que quiere mantener como subsidiaria. No es mi caso; yo voy a disonar bastante, porque el objetivo de esta clasificación, elaborada por expertos durante dos años, es armonizar para dar seguridad jurídica a los transportistas que atraviesan Europa de norte a sur y de este a oeste, y que, debido a la discrecionalidad de los Estados miembros, no saben a qué sanciones se enfrentan en cada país.

Así, hay países que contemplan incorporar e imponer penas de prisión para aquellos transportistas que decidan dormir en la cabina del camión —y no en un motel lejos de su camión— en aparcamientos no asegurados —como se ha dicho hace poco—, y hay otros países para los que conducir con exceso de alcohol no es todavía una infracción grave, con el consiguiente riesgo.

Por ello, me parece grave que la no adopción de esta propuesta vaya a mantener esa discrecionalidad y, por lo tanto, los abusos que algunas autoridades ejercen contra transportistas extranjeros, que casi siempre son los periféricos: los del Este, los del Oeste, los del Sur o los del Norte. De modo que se seguirá condenando a la incertidumbre y a la discriminación y al trato desigual a los transportistas, que es, finalmente, lo que ocurre siempre.

Y para aquellos que con toda legitimidad y buena intención pretenden resolver con esta norma —que se refiere a la seguridad vial— el dumping social y otros problemas de cabotaje, señalar que estos asuntos no se tratan en este Reglamento ni en esta clasificación, sino en el paquete social que usted nos prometió, que nosotros le exigimos y que seguimos esperando.

1-143-000

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). - Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einstufung der und nur der Verstöße gegen Unionsvorschriften im Straßenverkehr, die zu einer Aberkennung der Zuverlässigkeit eines Transportunternehmers führen können, fällt ohne Zweifel in die Zuständigkeit der EU-Kommission. Ziele sind dabei die Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen, die Schaffung von Rechtssicherheit und die Vermeidung von schweren Straßenverkehrsunfällen mit tödlich sowie schwer verletzen Menschen.

Damit nun die von der Kommission vorgelegte Liste als verbindlicher Maßstab für die Beurteilung der Zuverlässigkeit genommen werden kann, müssen erstens noch bestehende Unklarheiten ausgeräumt werden, zweitens muss eine Konzentration auf wirklich folgenschwere Verstöße erfolgen – das heißt, bestimmte Aspekte könnten auch gestrichen werden –, und drittens sollten fehlende Aspekte in die Liste aufgenommen werden. Zum Beispiel muss das bestehende Problem, dass heutzutage Berufskraftfahrer monatelang in ihrem Lkw leben und schlafen, was unmittelbar mit dem Sozialdumping einhergeht, schnellstmöglich gelöst werden.

Wenn ich heute empfehle, dem Entschließungsantrag, der die Ablehnung des Verordnungsentwurfs der Kommission beinhaltet, zuzustimmen, dann geht es mir nicht

um ein Kräftemessen mit der Kommission, es geht mir auch nicht um die Überarbeitung der Regeln zum Zugang für den Beruf des Berufskraftfahrers und auch nicht um die Öffnung der Kabotage. Es geht um eine klare, handhabbare, sinnvolle, Bürokratie abbauende Liste im Sinne der Zielsetzung. Wir brauchen eine solche Liste, um Kraftverkehrsunternehmen, die wiederholt und systematisch gegen eine Reihe von geltenden EU-Regelungen verstößen, die Zulassung zu entziehen, ohne auf der Basis eines Flickenteppichs der Willkür Tür und Tor zu öffnen.

Diese Liste muss aber auch denjenigen, die sich an die Regeln halten, unnötigen Aufwand ersparen. Ich sehe gute Chancen, diese Liste der neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie der EU-Kommission schnellstmöglich anzupassen.

Abschließend möchte ich noch vermerken, dass selbst die beste Liste nichts bringt, wenn die Einhaltung der bestehenden Regelungen auf mitgliedstaatlicher Ebene nicht auch konsequent, effizient und nichtdiskriminierend überwacht wird.

1-144-000

Jutta Steinruck (S&D). - Herr Präsident! Als Koordinatorin der Europäischen Sozialdemokraten im Beschäftigungsausschuss bin ich sehr dankbar, dass der Verkehrsausschuss auch mit meinem Kollegen Ismail Ertug diese Liste der Kommission abgelehnt hat.

Ich bin seit vielen Jahren in engem Kontakt mit Lkw-Fahrern, mit Gewerkschaften, mit kleinen, mittelständischen Unternehmen, und was ich auf den europäischen Straßen erlebe, ist eine Katastrophe für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für mittelständische Unternehmen. Da gibt es Kraftfahrer, die fahren für 300 EUR im Monat quer durch Europa und – die Kolleginnen und Kollegen haben es gesagt – schlafen in den Kabinen, verbringen den Tag und die Nacht im Lkw, und das grenzt wirklich an moderne Sklaverei.

Das ruft viel Ärger bei den Betroffenen und bei den Unternehmen hervor, die legal arbeiten, die eben auch die soziale Sicherheit ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ernst nehmen, weil sie diesem Druck, diesem Unterbietungsdruck nicht gewachsen sind. Die zunehmende Liberalisierung geht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch zulasten der Unternehmen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ordentlich behandeln.

Auch der Bereich Logistik zeigt wieder einmal, wie Wettbewerbsfreiheit in den zurückliegenden Jahren über soziale Rechte gestellt wurde – das muss sich ändern. Der Waren- und Güterverkehr läuft grenzüberschreitend, und da darf eine Kontrolle von Verstößen nicht an den Grenzen enden, sondern das muss grenzüberschreitend erfolgen, da muss Austausch erfolgen.

Eine Liste muss Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte und gegen soziale Rechte zwingend enthalten. Verletzungen von Lenk- und Ruhezeiten, Briefkastenfirmen, Scheinselbständigkeit, Fahrer, die an Raststätten inzwischen ausgesetzt werden und tagelang warten, ob sie einen Folgeauftrag kriegen, das sind nur einige Beispiele, was wir im Lkw-Verkehr in Europa erleben, und ich bitte Sie Frau Bulc, nehmen Sie die Interessen der Menschen in Europa ernst und machen Sie da einen Neuanfang.

1-145-000

Henna Virkkunen (PPE). - Arvoisa puhemies, täällä keskustelu on ollut varsin negatiivista. On tietenkin ymmärrettää, että täällä on keskitytty enimmäkseen ongelmiin, koska halutaan parantaa komission ehdotusta. Kyse on vakavasta asiasta, vakavien rikkomusten luettelosta.

Haluan kuitenkin muistuttaa meitä kaikkia siitä, että sinänsä se tavoite, että ihmiset, tavarat ja palvelut pääsevät liikkumaan vapaasti Euroopan unionissa, on erittäin tärkeä tavoite. Siihen kannattaa kyllä meidän kaikkien yhteisesti pyrkiä. Se kuitenkin edellyttää sitä, että meillä on yhteiset säännöt, joita kyetään myös valvomaan.

Täällä on noussut hyvin vahvasti esiin liikenneturvallisuuteen liittyvä huoli. Liikenneturvallisuus on juuri se seikka, mistä varmasti kaikkein eniten saamme palautetta yrittäjiltä, kuljettajilta ja myös aivan tavallisilta kansalaisilta, jotka näkevät ja kokevat monia vaaratilanteita liikenteessä, silloin kun säännöistä ei piitata tai niitä ei kunnolla valvota.

Liikenneturvallisuuden osalta on tärkeää, että meillä on yhteiset säännökset, joita tiukasti valvotaan joka puolella Eurooppaa. Lisäksi on perusteltua, että joillain mailla voi olla omiakin säännöksiä. Esimerkiksi itse tulen Pohjois-Euroopasta ja näin talviolosuhteissa pakkaskelillä on perusteltua, että Pohjois-Euroopan maat vaativat esimerkiksi tiukempia rengasvaatimuksia rekoilta. Kyse on liikenneturvallisuudesta.

Yhtä tärkeää on varmistaa, että emme hyväksy veronkiertoa ja harmaata taloutta. Tiedämme, että se helposti liittyy kuljetustoimintaan, tavaroiden kuljetukseen. Itse asiassa kuljetusyrittäjät itse vahvasti tukevat sitä, että tästä valvontaa lisättäisiin. Suomessa hiljattain tehdyn tutkimuksen mukaan 90 prosenttia kuljetusyrittäjistä pitäisi erittäin hyvänä vuosittaista valvontaa verojen maksun osalta.

1-146-000

Ole Christensen (S&D). - Hr. formand! Vi har i alt for mange år været vidner til, at arbejdsforholdene i transportbranchen er blevet værre og værre. Alt for mange chauffører arbejder under forhold, som vi ikke kan være bekendt, og der er intet blevet gjort for at vende denne udvikling.

Unfair konkurrence, social dumping og ulovlig cabotagekørsler er også til skade for trafiksikkerheden i Europa. De europæiske chauffører i hele Europa er under pres! Det skal man ikke tale med ret mange chauffører om for at få bekræftet. Det samme gælder de mange arbejdsgivere, der heldigvis opfører sig ordentligt, men de kan jo ikke konkurrere under disse betingelser. Jeg bakker selvfølgelig op om, at vi skal udarbejde og vedtage en liste over alvorlige overtrædelser i vejtransporterhvervet, men ulovlig cabotage, social dumping og den deraf følgende risiko for dårligere trafiksikkerhed kan og skal ikke ignoreres igen. Det er allerede sket alt for mange gange, og det har altså ikke virket! Jeg håber, at signalet bliver taget alvorligt, for der skal ske noget nu!

1-147-000

Danuta Jazłowiecka (PPE). - Szanowni Państwo! Transport drogowy jest fundamentem przewozu towarów w ramach Unii Europejskiej – odpowiada za ponad 70% całego transportu i generuje blisko 2% unijnego PKB. To pokazuje, że jest swoistego rodzaju krwioobiegem jednolitego rynku, bez niego trudno byłoby mówić o swobodzie przepływu towarów. Pomimo ogólnego znaczenia dla gospodarki europejskiej nadal utrzymują się liczne bariery utrudniające funkcjonowanie firm w tym sektorze. Liczne ograniczenia

uniemożliwiają konkurowanie między firmami, a tym samy podnoszą koszty przewozu towarów. Szacuje się, że konsekwencją istniejącego stanu prawnego są straty sięgające blisko 50 mln EUR rocznie. Dziwię więc głosy niektórych rządów wzywających do wprowadzenia dalszych ograniczeń i możliwości świadczenia krajowego transportu przewozowego przez podmioty z innych państw członkowskich. Jeżeli zależy nam na pobudzeniu europejskiej gospodarki, na wzroście produkcji i reindustrializacji, to musimy stworzyć jak najkorzystniejsze warunku transportu towarów. Żaden kraj nie przyciągnie do siebie inwestorów, jeżeli nie umożliwi szybkiego przewozu wyprodukowanych towarów.

Omawiana dzisiaj nowa lista poważnych przepisów w transporcie drogowym przygotowywana przez Komisję Europejską musi być dokładnie przemyślana, tak aby nie doprowadzić do upadku firm transportowych, i na tyle precyzyjna, by uniemożliwić niektórym państwom członkowskim jej nadinterpretację. Wykorzystywanie nadmiernych kontroli w celach protekcyjnych nie tylko osłabi realizację wewnętrznego rynku transportu drogowego i doprowadzi do utraty jego potencjału, ale też dodatkowo stworzy antagonistyczny klimat w międzynarodowym świadczeniu usług transportowych.

Wszystkim nam zależy na podniesieniu poziomu kwalifikacji zawodowych przewoźników, i tym samym na większym bezpieczeństwie na unijnych drogach. Wspólne zasady klasyfikacji poważnych naruszeń przepisów unijnych, które mogą prowadzić do utraty dobrej reputacji przez przewoźnika drogowego, powinny być więc bardzo precyzyjne i stanowić odniesienie dla narodowych systemów kontroli. Jednocześnie mając na uwadze formę prawną, za pomocą której Komisja przygotowała nową listę, należy zwrócić uwagę, aby Komisja nie wykraczała poza swoje kompetencje. Dziękuję bardzo.

1-148-000

Olga Sehnalová (S&D). - Paní komisařko, chtěla bych se připojit k řadě mých předčeňáků. I mé stanovisko k návrhu Komise bude kritické. Existují nejméně tři dobré důvody, proč trvat na tom, aby byl návrh Komise v této podobě odmítnut.

Prvním z nich je férová soutěž. Nesmíme umožnit těm dopravním firmám, které nutí řidiče k práci v nelidských podmínkách, které praktikují nelegální kabotáž, které obcházejí pravidla, aby měly v tvrdé konkurenci, která v tomto sektoru panuje, nekalou výhodu. To je nepřijatelné. Druhým důvodem je zhoršující se problém sociálního dumpingu. K dobré pověsti dopravců přece musí patřit také důstojné podmínky řidičů, které zaměstnávají – důstojné, nikoliv otrocké.

Třetím a současně tím nejzávažnějším důvodem, s nímž předchozí dva ovšem úzce souvisí, je bezpečnost řidičů a všech ostatních účastníků silničního provozu po celé Evropě. Jak jinak dopravce motivovat k odstraňování během dnešní debaty již mnohokrát zmíněných nepřijatelných praktik než důsledným vymáháním pravidel, které se projeví na hodnocení jejich dobré pověsti.

Z těchto důvodů návrh Komise v této podobě podpořit nemohu.

1-149-000

Claude Rolin (PPE). - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la proposition de classification des infractions graves était attendue non seulement par le Parlement européen, mais aussi et surtout par le secteur du transport en Europe. Cette liste doit permettre d'écartier de manière efficace les transporteurs routiers qui commettent systématiquement

des infractions graves aux règles de l'Union; ceux qui refusent de respecter les règles ne doivent plus avoir le droit d'opérer impunément au sein de l'Union européenne.

Je ne peux être que déçu par le projet présenté aujourd'hui. Déçu par cette proposition de règlement qui est à la fois incomplète, vague et qui manque de cohérence.

À titre d'exemple, permettez-moi de mentionner quelques-uns de ses lacunes: elle ne sanctionne pas le cabotage illégal et, de ce fait, tolère le dumping social dans le secteur du transport, ce qui met en danger l'emploi des salariés ainsi que l'existence de nombreuses entreprises qui, elles, travaillent correctement.

Cette classification ne permet pas de lutter efficacement contre la fraude sociale qui – nous le savons – entraîne des conditions de travail et de sécurité inacceptables et de véritables distorsions de concurrence.

Cette classification ne mentionne nulle part le repos hebdomadaire, pris dans le véhicule.

Ces graves lacunes risquent d'engendrer des accidents sévères voire pire: des accidents mortels. Nous ne pouvons pas accepter la mise en danger de la vie des travailleurs et des usagers de la route!

Ces lacunes sont d'autant plus regrettables que les partenaires sociaux, les représentants tant des salariés que des employeurs, s'étaient mis d'accord sur une contribution commune. Malheureusement, malgré les orientations voulues par la Commission, il semble que l'on n'ait pas accordé l'importance qu'il convenait d'accorder à l'avis des partenaires sociaux, qu'ils n'aient pas été pris en compte.

Aujourd'hui, il m'apparaît vraiment important que la Commission se penche à nouveau sur cette classification, avec le concours des partenaires sociaux. Je suis convaincu que cela permettra de disposer demain d'un outil grâce auquel nous pourrons répondre aux préoccupations légitimes du secteur et de l'ensemble des citoyens européens.

1-150-000

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, le dumping social et son corollaire, la concurrence déloyale, constituent des problèmes de société majeurs en Europe, qui n'ont fait que s'aggraver avec la crise.

Le marché unique ne pourra pas fonctionner tant que les inégalités se creuseront entre les travailleurs de différents pays de l'Union. Le secteur des transports est loin d'être épargné et, alors que la Commission aurait pu proposer un acte délégué allant dans le sens du progrès social, elle a manqué l'occasion de sanctionner, comme il se doit, la violation des normes sociales dans le domaine des transports routiers.

Une entreprise qui est prise aujourd'hui la main dans le sac à pratiquer le cabotage illégal serait, demain, selon la législation proposée la Commission, toujours autorisée à transporter des marchandises dans l'Union européenne. S'il est indispensable que l'honorabilité des transporteurs routiers dépende de leur respect des règles de sécurité routières, le respect des règles sociales est tout aussi nécessaire.

Le Parlement, seule institution européenne élue au suffrage universel direct, peut, depuis l'entrée en vigueur du traité de Lisbonne, empêcher la mise en œuvre d'un acte délégué de la Commission européenne s'il n'est pas conforme à son contenu. Il convient que les députés

au Parlement européen se saisissent de cette avancée démocratique essentielle, afin de refuser absolument cette législation inique qui va à l'encontre de l'intérêt général de nos concitoyens.

Le groupe des socialistes et démocrates ne transigera pas avec les infractions graves aux règles de l'Union européenne. C'est pourquoi nous appelons l'ensemble des députés européens à voter contre la liste présentée par la Commission européenne, qui devra revenir devant notre assemblée avec une liste complète dans les plus brefs délais.

1-151-000

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, ó a bheith ag éisteacht leis an díospóireacht ón túis, tá sé soiléir domsa ar aon nós nach nglacfar leis na moltaí seo. Ní hé sin le rá nach bhfuil na Feisirí i bhfabhar feabhas a dhéanamh ar an ábhar seo. Táimid ag caint faoina chur siar ar feadh tamaillín mar a dúirt Wim van de Camp agus nílimid ag caint faoina chur ar ceal ar fad. Má thógann an Coimisiún an seans sin chun éisteacht leis na pointí atá luate ag na Feisirí anseo anocht agus a thriall iad a chur san áireamh nuair a bheidh siad ag déanamh athbhreithniú ar na moltaí is féidir linn moltaí an-mhaith a bheith againn a sheasfaidh an fód agus a chabhróidh leis an lucht oibre agus lucht taistil chomh maith.

Mar shampla, luadh go háirithe dumpáil shóisialta. Gan dabht ar bith is fadhb mhór é sin. Ní féidir linn cur suas leis agus caithfimid gach iarracht a dhéanamh deireadh a chur leis. Dúradh freisin go háirithe a mhéid a bhaineann leis an Iodáil agus faoi chabatáiste mídhleathach. Arís is fadhb é sin. Níl sé féarailte do na hoibrithe agus ba chóir dúinn rial shimplí ach fhéarailte a thabhairt isteach a dhéileálann leis an bhfadhb sin. Freisin tá sé an-tábhachtach go mbeadh páirc imeartha leibhéalta againn do gach aon thír agus bílhéidir gur cheart dúinn féachaint ar cad tá ag tarlú ina lán tíortha.

I mo thír féin, mar shampla, tá an roinn tar éis foirm foirm iarratais mheastóireachta a thabhairt isteach a dhéanann na gardaí ar na daoine atá ag lorg ceadúnas sular féidir leo gnó taistil a bhunú. Is dóigh liom gur fiú féachaint air sin agus bílhéidir iad a thabhairt isteach ar fud na hEorpa. Dá bhrí sin, ba chóir dúinn féachaint ar rialacha comóntha a bheith againn agus ansin monatóireacht chomóntha a bheith againn ina dhiaidh.

1-152-000

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - Domnule președinte, accidentele produse de către conducătorii de autovehicule pentru transportul de persoane și de mărfuri, chiar și atunci când nu sunt dese, produc grave consecințe, pierderi de vieți omenești și traumatisme severe la persoanele care rămân în viață.

Transportul rutier de persoane și de mărfuri s-a intensificat foarte mult în Uniunea Europeană și ca urmare a extinderii Uniunii Europene, dar și ca urmare a intensificării circulației libere a produselor și a persoanelor în piața unică. Iată de ce consider că avem nevoie de norme, de precizări clare la nivelul Uniunii Europene cu privire la situațiile în care se produc încălcări grave ale normelor Uniunii, care pot determina pierderea de către un operator de transport rutier a bunei reputații.

Ceea ce ne dorim, însă, este ca aceste eforturi legislative să nu introducă noi bariere în dezvoltarea transportului rutier de persoane și de mărfuri, să nu introducă noi costuri suplimentare și să nu permită tratarea discriminatorie a operatorilor rutieri, în funcție de țara de rezidență a acestora. După cum ați văzut în această dezbatere, se pare că propunerile Comisiei nu răspund întregului totul acestor cerințe.

1-153-000

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, road transport is extremely important across Europe. Commissioner, when you see the investment, you are probably looking at TEN-T funding and establishing the trans-European networks and transport corridors. This is a signal of just how important road transport is in terms of getting business done, taking advantage of the single European market, and ensuring that goods from outermost regions – like my own country of Ireland – can get to the markets they want to access. There have been many contributions here tonight which will show you that there is dissatisfaction with the proposal: it is vague and it is not specific. That is really what the Members in my own Group, and others I have heard here tonight, want from you.

Everybody wants to have greater harmonisation of standards. I think that is essential when we are talking about improving road safety: safety of passengers and of individuals. We want to improve the professional standing of transport and prevent unscrupulous firms from exploiting workers. We want to protect workers and their conditions. I think that everybody is united on that, but it is how we go about it that is the problem. I do not think there is too much of a distance between the Parliament here and you, Madam Commissioner.

With a little more time spent on this, the views of the Members can certainly be addressed. With road safety, the human factor is very much part of it. You cannot eliminate that, but you can always try to prevent it and create situations whereby the human factor can be eliminated. Hopefully the success you have had in road safety, where you have been trying to get to a position where we share information across Member States as regards driving offences, can be repeated in this area. I would hope that the Commissioner will be able to come forward at a later stage, should this be rejected, with proposals which are more specific, and not vague such as those we have had today.

1-154-000

Catch-the-eye procedure

1-155-000

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Podobne ako mnohí z vás aj ja som dnes sem do Štrasburgu cestovala naprieč Európskou úniou – 900 kilometrov som prešla po našich cestách. Musím povedať, že je vidieť, že sme prostredníctvom našich fondov veľmi podporili výstavbu a dobudovanie cestnej siete. Ale to nemôže byť pre nás konečná. To, že podporujeme vybudovanie cestnej siete v Európskej únii, musí byť len jedným z krokov. Za týmto krokom musí nasledovať najmä bezpečnosť cestnej premávky, ktorá je častokrát vystavovaná veľkému tlaku pre enormné preťaženie cestnej siete a vôbec dopravy, či už súkromnej alebo tej, ktorú poskytujú rôzni poskytovatelia služieb. Hovorilo sa tu o sociálnom dumpingu. Áno, aj ja pochádzam z krajiny, kde ľudia ešte stále zarábajú výrazne menej a kde zamestnanci, ktorí pôsobia v iných spoločnostiach niekde inde v Európskej únii, majú oveľa horšie podmienky. Toto sú veci, ktorými sa Komisia musí tiež zaoberať.

1-156-000

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, bilo mi je jako drago kada ste uspješno prošli *hearing* i kada ste izabrani za povjerenicu, jer zaista očekujem odličnu suradnju s vama. Također želim da vaš mandat bude obilježen uspjesima, pogotovo kad govorimo o transportu i cestovnom prometu, jer su ceste definitivno žile kucavice europskog

gospodarstva i možemo reći da prijevoz u cestovnom prometu znači krvotok europskog gospodarstva.

U tom kontekstu zalažem se za sveobuhvatna rješenja gdje će države članice imati svoju ulogu, ali i gdje će Europska komisija značajno preuzeti vođenje sigurnosti na europskom kontinentu kada govorimo o transportu. Ovaj vaš prijedlog doživljavam kao korak naprijed, ali vjerojatno neće biti dovoljan u ovom trenutku. Zato želim izraziti svoju podršku u vjeri da će upravo ono što ćete vi raditi omogućiti da nestane socijalni dumping i da sigurnost prometa u Europi bude veća.

1-157-000

Giulia Moi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un punto che non è stato trattato questa sera: riguarda l'articolo 13 del trattato di Lisbona, il quale considera gli animali esseri senzienti. Chiedo che il livello di gravità dell'infrazione venga aumentato, qualora il livello di trasporto degli animali non sia adeguato. Questo, per esempio, quando nei sollevatori per animali non vi sono protezioni o quando il trasporto senza documenti validi o certificati non venga consegnato su richiesta delle forze di polizia. Chiedo questo alla Commissione.

1-158-000

Janusz Zemke (S&D). - Propozycja tego aktu prawnego wzbudza tutaj na tej sali bardzo wiele uwag. Otóż moim zdaniem wynika to z faktu, że niniejsze rozporządzenie ma uregulować zbyt duży zakres spraw. Proponuję zatem, żeby się konsekwentnie skupić na dwóch aspektach. Po pierwsze, należy w nim twardo bronić tych przepisów, które mają szansę na poprawę bezpieczeństwa transportu, a po drugie, jeśli chodzi o sprawy socjalne, to myślę, że jest tu problem innego typu. Należałoby najpierw ocenić bardzo rzetelnie przestrzeganie już istniejących przepisów. Przecież główny problem dzisiaj nie polega na tym, żeby tworzyć przepisy nowe, tylko na tym, że mamy cały szereg rozwiązań dobrych, ale te rozwiązania są nagminnie łamane i lekceważone. Sądzę, że od tego należałoby zacząć. Dziękuję.

1-159-000

Patricia Šulin (PPE). - Danes je bilo že veliko povedanega. Vseeno bi rada še enkrat poudarila, da je zakonodajni akt o krštvah v cestnem prometu preohlapen in da klasifikacija ni popolna.

Resolucijo pa podpiram iz dveh razlogov: najprej zaradi varnosti. Dejstvo je, da so standardi poklicnega izobraževanja za šoferski poklic v Evropi različni in to se odraža tudi v obnašanju na cestah.

Kot drugo pa gre za prihodnost prometnega sektorja. Prometni sektor potrebuje tudi generacijsko prenovo, saj je povprečna starost voznikov zelo visoka. Pogoji dela so že tako ali težko zahtevni, s socialnim dampingom pa jih še znižujemo.

Zato se moramo vsi skupaj vprašati, kako v takih razmerah v prometnem sektorju pridobiti mlade kadre, s čimer bi se zmanjšale tudi nesrečev prometu.

1-160-000

Nicola Caputo (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che la Commissione europea debba esprimere una posizione comune e forte che preveda un quadro

sanzionario armonizzato a livello comunitario per quanto riguarda le infrazioni stradali. L'alternativa è che ogni Stato membro intraprenda singole iniziative, che possono creare diversità di trattamento da paese a paese. Mi compiaccio, dunque, per lo sforzo della Commissione europea verso l'elaborazione di una lista delle infrazioni stradali gravi che possono portare alla perdita di reputazione per il trasportatore, requisito essenziale per possedere una licenza.

Tuttavia, non posso non condividere la recente posizione della commissione trasporti del Parlamento europeo che ha respinto la lista presentata dalla Commissione europea. Credo che la Commissione europea sia infatti tenuta a proporre una legislazione più ambiziosa in questo senso, che sia in grado di proteggere e far rispettare i diritti sociali dei lavoratori, combattendo il dumping sociale e il cabotaggio illegale, che va assolutamente incluso nella lista. Credo anche che la Commissione debba lavorare sull'armonizzazione dei costi a livello comunitario, per evitare che si arrivi a pratiche di dumping sociale e per scongiurare quella corsa al ribasso che finisce per deteriorare tanto la professione del trasportatore quanto la sicurezza stradale.

1-161-000

(*Ende des Catch-the-eye-Verfahrens*)

1-162-000

Violeta Bulc, Member of the Commission . - Mr President, I thank the honourable Members for their very important remarks on this important implementing measure. I listened to all of them very carefully, and I can assure you that they will all be analysed with respect.

But please just allow me one clarification. Illegal cabotage is a serious infringement in the context of fair competition. Member States are obliged to penalise it and consider it when assessing good repute. However, it is not part of this classification, where seriousness of infringement is defined on the basis of risk of fatalities or serious injuries. Cabotage infringement is not linked to such a road-safety risk.

I would also like to point out that, when assessing good repute, Member States should, however, also consider infringements against the national social rules, including those on pay and employment conditions. Nevertheless, we should all keep in mind that this is just one step. We already made clear that the agenda of this Commission includes addressing social dumping, which has no place in the European Union, but we will do so in consultation with social partners and with adequate tools at our disposal. But it is now time for you to decide whether you want the exchange of information to start now – allowing for better enforcement – or if you prefer to delay this further.

But at the same time, please allow me to thank you for your very positive and very constructive comments and for offering to help with very good cooperation in the future, to make sure that transport stays safe and competitive and is a key driver of European future prosperity.

1-163-000

Der Präsident. - Die Aussprache ist geschlossen.

18. Umsetzung der Initiative PRIMA (Partnerschaft in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum) (Aussprache)

1-165-000

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Umsetzung der Initiative PRIMA (Partnerschaft in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum) von Jerzy Buzek im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie(O-000092/2014 - B8-0046/2014).

1-166-000

Patrizia Toia, Autore supplente . - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, come sapete il Consiglio competitività, lo scorso 5 dicembre, ha adottato le proprie conclusioni su un partenariato per la ricerca e l'innovazione nell'area mediterranea, il cui acronimo è PRIMA. Il processo è iniziato da tempo e nel corso delle Presidenze cipriota e greca, che hanno promosso su questo tema discussioni del Consiglio, hanno spianato la strada al risultato raggiunto durante il semestre italiano. Ma il processo non è ancora concluso, anzi direi deve partire ora operativamente. Il punto è stato discussso a più riprese. Credo che si possa affermare ora, signor Commissario, che vi è un ampio consenso politico sulla necessità di istituire una cooperazione strutturata, a lungo termine, in materia di ricerca e di innovazione nell'area mediterranea.

La commissione parlamentare ITRE, che io qui rappresentato, ha avanzato un'interrogazione orale sulla proposta di PRIMA sotto l'articolo 185, perché ritiene che l'oggetto di questa iniziativa sia d'importanza strategica per la realtà attuale e soprattutto per lo sviluppo dell'area mediterranea e delle relazioni tra l'Unione europea e il Mediterraneo. Capiamo tutti che, se era importante questo tema nel 2012, quando è nato a Barcellona, oggi lo è ancora di più, proprio perché ci sono stati in queste regioni dei passaggi storici che segneranno la storia, sia nel senso di un'evoluzione che di un'involuzione, a volte, dei paesi di quell'area.

Occorre dunque uno sforzo da parte dell'Unione europea, uno sforzo a investire di più, in queste regioni, in questi paesi e a farlo proprio in materia di ricerca e di innovazione, perché sappiamo tutti – lo diciamo per l'Europa ma vale altrettanto per le altre regioni – che ricerca e innovazione sono leve potenti di sviluppo ma anche di trasformazione sociale, culturale, oltre che economica e produttiva. Sono fattori chiave, insomma, della capacità di crescita e di crescita in una direzione qualificata e socialmente nonché ambientalmente positiva, per quanto riguarda lo sviluppo. Nasce così l'idea di PRIMA, una partnership per la ricerca e l'innovazione nel Mediterraneo, un'iniziativa sotto l'articolo 185 che prevede una strutturazione e un'implementazione nel quadro dell'Unione per il Mediterraneo, che pochi frutti ha dato in questi anni ma che potrebbe trovare qui un campo di applicazione molto utile e molto importante.

Ora, la proposta si è andata sviluppando con l'identificazione di un programma scientifico condiviso, un *joint-programming*, che si basa su due assi, due pilastri direi, tra loro indissolubilmente collegati: le risorse idriche e i sistemi alimentari, coniugati nell'accezione relativa alla sicurezza, alla salubrità e alla sostenibilità, temi che sono al centro anche di molte politiche europee, temi che richiamano anche la prossima Expo di Milano, un evento mondiale che si tiene in Europa. Gli effetti sulla struttura economica e produttiva sono evidenti per tutti.

Questo programma, definito con chiarezza il proprio obiettivo, vuole sviluppare soluzioni innovative e promuovere la loro applicazione, quindi ricerche e innovazioni da applicare immediatamente nei sistemi produttivi, da parte degli utenti finali, in primo luogo gli agricoltori, per migliorare l'efficienza e la sostenibilità delle produzioni alimentari e delle risorse idriche. Il programma ha raccolto un'impressionante massa critica di adesioni: 14 paesi che si sono impegnati anche a sostenere finanziariamente il programma e a, in sostanza, ad ospitarne le eventuali sedi organizzative, ecc. Direi, che ad oggi, si valuta che l'impegno finanziario di cui fanno portatori i paesi interessati è già dell'ordine di 200 milioni di euro. Quindi, un grande impegno al quale l'Europa dovrebbe concorrere con un suo altrettanto significativo sforzo. Direi che si tratta di un programma importante, che potrebbe essere la prima pietra di un partenariato nuovo tra l'Europa e il Mediterraneo. Si parla tanto di questa esigenza di collaborazione quando affrontiamo grossi temi legati anche alla stabilità in tutta la regione e a tante prospettive di sicurezza.

Noi, le chiediamo, signor Commissario, cosa intende fare, qual è il suo programma, quali sono le sue proposte, ricordandole alcuni punti. Chiediamo questa iniziativa sulla base dell'articolo 185 perché intendiamo che il Parlamento debba avere un ruolo, debba avere una voce, una decisione comune su questo programma. Ma torno ad alcuni punti che voglio richiamare: un programma strutturato significa ricerche articolate, che abbiano un senso, un coordinamento e una logica, non spezzettate e frammentate, che siano un programma organico, in grado di avere dunque frutti futuri. Chiediamo una governance chiara ed efficace: efficace nello svolgimento e anche nei risultati, nell'applicazione, quindi una responsabilità tecnico-istituzionale molto chiara e infine un impegno finanziario adeguato e di medio termine, perché programmi del genere non possono iniziare e fermarsi ma devono dare una stabilità e una sicurezza.

1-167-000

Carlos Moedas, Member of the Commission . - Mr President, honourable Members, I am very pleased to be here with you today for what is my first intervention in the plenary as the Commissioner for Research, Science and Innovation. In my statement during my hearing, I committed to engaging in an open dialogue and to maintaining close contact with the Members of this House in order to ensure that the channels of communication are always open. In this context, I welcome the opportunity to have an exchange of views with you on the issue raised in your oral question.

Firstly, I would like to stress that the Commission fully recognises the crucial importance of Euro-Mediterranean cooperation in research and innovation. Research and innovation are key elements for developing a stronger partnership for democracy and shared prosperity with our southern neighbours. Secondly, I would like to acknowledge all the work performed over the last two and half years by the EU Member States and their Southern Mediterranean partners, which led to the Council conclusion of 5 September, which I supported on behalf of the Commission. Particular thanks go to the Italian Presidency for its strong engagement, and, in particular, to Minister Giannini. Thirdly, Parliament too has also shown strong interests in Euro-Mediterranean cooperation, and I personally remember very well the three questions I received during my hearing: one from Ms Toia, one from Mr Blanco López and the other from Mr Borrelli – three members of the ITRE Committee – on the importance of the PRIMA initiative.

More recently, I had the opportunity to address the PRIMA topic at the structured dialogue I had in the ITRE Committee on 4 December. I am therefore perfectly aware that those

co-legislators attach great importance to Euro-Mediterranean cooperation – as does the Commission. The chosen approach of focusing on food systems and water resources has the potential to contribute to addressing key challenges in the region. In particular, addressing the water/food nexus in relation to the specificities of the Mediterranean context may have added value for existing research and innovation activities and networks.

Now that I have addressed the content aspect, which in my view prevails over the rest, I cannot conclude without a word on the procedure, due to the specific reference to Article 185. Concerning your specific questions, I would first of all like to reassure you and confirm to you that once the Commission formally receives the joint programme proposal from the PRIMA group, it will carefully assess it and evaluate the best way forward – including the Article 185 option.

Firstly, it goes without saying that any initiative will necessarily be built on – and avoid overlaps with – other ongoing initiatives in order to integrate efforts in a coherent way, to pool resources in a sustainable way and to take account of the long-term perspective. These should be the primary concerns. It is necessary to have a deep knowledge of the work that has been done before or is currently in progress in that field so that we can build on it and deliver on a winning partnership. This is now even more the case due to the new approach announced by President Juncker regarding better and smarter regulation, the aim of which is to reduce the administrative burden, especially for businesses, to ensure that the principles of subsidiarity and proportionality are respected, and to ensure that EU legislation is actually fit for purpose and creates favourable conditions for economic development.

Secondly, a mature, well-focused proposal from the Member States is a prerequisite for the Commission in order to assess the participation of the Union in the programme and determine the way forward. We will therefore check whether the proposal, firstly, has clear objectives and is relevant to the objectives of Horizon 2020 and the broader Union policies; secondly, this proposal should be proven to have EU added value in a critical mass; thirdly, there should be a sound financial commitment from the participating countries. All the points that I have just mentioned mean that the Commission takes the initiative seriously and will analyse the joint programme proposal in an in-depth manner. It should not be understood as a way to rule out any possibility, or, in this case, Article 185.

Let me be clear with you: I want to proceed, but in a way that would be most effective in helping us to achieve our shared objective of strengthening Euro-Mediterranean cooperation. For this reason, it is premature at this stage to provide a timeline for the process to be undertaken before we have made an initial assessment of the joint programme and before we have determined whether the Commission will launch a legislative proposal as a result.

Let me finish by saying that the Commission recognises that the recent developments in the Southern Neighbourhood are challenging. These make it even more important to deploy all instruments at our disposal for cooperation in research and innovation. These will always play a relevant diplomatic role.

1-168-000

Massimiliano Salini, *a nome del gruppo PPE . – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, lei inizia adesso l'avventura da Commissario, io, inizio adesso l'avventura da parlamentare europeo, quindi auguro buon lavoro a tutti e due. Le considerazioni fatte dalla collega Toia in ordine all'accordo, al programma, relativo alla*

possibilità di sviluppare ricerca ed innovazione attraverso il progetto PRIMA nel bacino del Mediterraneo non può non incontrare la mia più convinta adesione e la mia richiesta di un'effettiva ed efficace collaborazione, anche attraverso la presenza concreta della Commissione nell'ambito di questo programma. Una presenza che deve essere, per quanto ci riguarda evidentemente, anche di carattere economico e mi rifaccio totalmente al rigore e alla puntualità con cui lei ha richiamato poco fa la modalità con cui normalmente la Commissione deve decidere, in che modo e quanto intervenire a sostegno di proposte come questa. Non si interviene per ragioni affettive: si interviene per ragioni puntuale e sulla base di un percorso che a medio e a lungo termine dia autentiche possibilità di sviluppo.

Bene, il caso del bacino mediterraneo e il caso della ricerca e l'innovazione sono casi che, secondo me, rispondono certamente a questi criteri, con particolare riferimento ai particolari argomenti richiamati dall'on. Toia, segnatamente il tema dell'alimentazione e dell'acqua. Il tema dell'acqua è un tema centrale, è un tema su cui le nostre popolazioni in futuro avranno moltissimo da lavorare ed è un punto centrale per concentrare possibilità di sviluppo nei paesi che ne hanno bisogno. Noi, come europei, su questi temi abbiamo sviluppato abilità imprenditoriale, capacità di sviluppo e di ricerca e non possiamo non trasferirli. Da questo punto di vista non possiamo non avere programmi ad hoc. È giusto, mi pare corretto richiamare l'osservazione fatta dal ministro italiano Giannini, che anche lei citava, che riguardo al programma PRIMA, parlava di una sorta di Orizzonte 2020 collocato territorialmente, specificamente orientato ad un ambito puntuale, come nel caso specifico.

Si tratta di otto paesi dell'Area europea che si affacciano sul Mediterraneo, tra questi c'è anche il mio paese, l'Italia, e ve ne sono ben nove dell'area asiatica ed africana che attendono di poter essere autenticamente coinvolti. Nulla di meglio da un punto di vista culturale, educativo ed economico, che ricostruire ed implementare la forza di questo bacino, del bacino Mediterraneo, attraverso il tema della ricerca e dell'innovazione. Quindi, le chiedo veramente di sostenere questo percorso, rispettando i criteri individuati.

1-169-000

Soledad Cabezón Ruiz, en nombre del Grupo S&D . – Señor Presidente, señor Comisario, tras el impulso dado por la Presidencia chipriota y la Presidencia griega, la Presidencia italiana también ha decidido que la iniciativa PRIMA sea una prioridad dentro de su Presidencia. Tras dos años de trabajo, podemos considerar que esta iniciativa se encuentra lo suficientemente madura como para dar el salto hacia un programa de asociación público-pública basado en el artículo 185 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea.

Y mi Grupo quiere subrayar la importancia de apoyar de forma contundente esta iniciativa, por varias razones. En primer lugar, porque reconoce el valor de la ciencia como instrumento de diálogo, intercambio y cooperación. En segundo lugar, porque permite integrar esfuerzos para encontrar juntos soluciones a retos sociales como son los que conlleva esta iniciativa: los sistemas alimentarios y los recursos hídricos, tan importantes para el Sur. Y en tercer lugar, porque invertir juntos en investigación e innovación nos permite mejorar el empleo y las condiciones de vida en el Mediterráneo y promover un crecimiento sostenible e inclusivo en estas regiones.

Señor Comisario, debemos revalorizar la agenda de la Asociación Euromediterránea con nuestros vecinos del Mediterráneo dispuestos a participar y a cofinanciar las actividades. Pero para ello, nosotros queremos insistir en que necesitamos un instrumento que dé

visibilidad y estabilidad institucional, así como confianza a largo plazo. Y ese instrumento solamente puede ser el artículo 185 como vehículo que permite realizar compromisos financieros y técnicos a este nivel.

Pero es que, además, consideramos —como así lo ha considerado la Comisión— que estos requisitos, los requisitos que establece la Comisión, se cumplen por parte de los Estados miembros participantes. En concreto, compromisos claros y firmes de los participantes, una agenda bien preparada y una voluntad de establecer una estructura de implementación bien organizada.

Por lo tanto, señor Comisario, esperemos que esas conclusiones que esperamos de la Comisión sean favorables a la puesta en marcha y al impulso necesario para esta iniciativa, pero especialmente con base en el artículo 185 del Tratado.

1-170-000

Νότης Μαριάς, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Πρόεδρε, η ευρωμεσογειακή συνεργασία μπορεί να αποθεί αμοιβαία επωφελής για τις χώρες και στις δύο όχθες της Μεσογείου, ιδίως όταν αφορά την έρευνα και την καινοτομία, που είναι αντικείμενο της PRIMA και η οποία μπορεί να συμβάλει στην οικονομική ανάπτυξη, στη δημιουργία θέσεων εργασίας και στη μείωση της μετανάστευσης προς την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Η PRIMA αφορά προγράμματα για τα τρόφιμα και για τους υδάτινους πόρους. Αφορά την υγεία και το περιβάλλον. Για να υπάρξει όμως εταιρική σχέση για τη Μεσόγειο, δεν θα πρέπει να γίνονται επικίνδυνα εγχειρήματα, όπως ήταν η καταστροφή των χημικών της Συρίας, που έγινε με τη μέθοδο της υδρόλυσης στο πλοίο των Ηνωμένων Πολιτειών Cape Ray πέρσι τον Αύγουστο και που προκάλεσε τεράστιες αντιδράσεις στους κατοίκους της Κρήτης.

Ποια τα αποτελέσματα της υδρόλυσης για τα νερά της Μεσογείου; Δεν έχουμε καμία ενημέρωση για το θέμα αυτό. Είναι σοβαρά λοιπόν τα ζητήματα, κύριε Επίτροπε, και πρέπει να τα δούμε και από αυτή τη σκοπιά.

1-171-000

Juan Carlos Girauta Vidal, en nombre del Grupo ALDE . – Señor Presidente, señor Comisario, la creciente dificultad para disponer de recursos hídricos en el área mediterránea pone en riesgo el desarrollo de la agricultura. Este es ya el caso en las regiones insulares y del sur.

Además, la seguridad alimentaria a partir de recursos terrestres y marinos se ve amenazada por la contaminación, la sobreexplotación y la disponibilidad limitada de tierra fértil. Las tendencias demográficas y de urbanización también suponen una presión sobre los recursos naturales, mientras que los cambios en el estilo de vida y en los hábitos nutricionales conducen, cada vez más, a desórdenes alimentarios.

La iniciativa PRIMA persigue soluciones innovadoras para mejorar la eficiencia y sostenibilidad de la producción alimentaria, así como el suministro de agua, evitando enfermedades relacionadas con la alimentación. Este ambicioso objetivo responde a desafíos prioritarios para los países mediterráneos, al promover una buena salud social e individual, el acceso a alimentos y a agua y el bienestar de las personas, a la vez que fomenta un crecimiento socioeconómico sostenible.

Además, la iniciativa PRIMA, inseparable de la gran capital mediterránea que es Barcelona, será un valioso instrumento a la hora de establecer una cooperación estructurada de larga

duración en el ámbito de la investigación y de la innovación en la Unión Europea y los países mediterráneos socios. Existe ya un diálogo político, pues la iniciativa ha involucrado a los países socios desde el principio, y varios países, a ambos lados del Mediterráneo, han indicado ya cuál desean que sea su contribución financiera.

Este programa puede jugar un papel relevante para apoyar la diplomacia europea y la política de vecindad al reflejar los principios de reciprocidad, solidaridad y codesarrollo, a la vez que se fomenta la estabilidad de las fronteras europeas. Es urgente que demos respuesta a una pregunta crucial: ¿creemos o no que la zona mediterránea es algo más que una entidad geográfica? Si creemos que va más allá, no podemos perder esta oportunidad.

1-172-000

Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL . – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, δεν αρκεί να επιβεβαιώνουμε απλά τη δέσμευσή μας για την προώθηση της ευρωμεσογειακής συνεργασίας στον τομέα της έρευνας και της καινοτομίας.

Έχει επανειλημένα λεχθεί, κατά τη διάρκεια της κυπριακής, της ελληνικής και τώρα της ιταλικής Προεδρίας, πως η συνεργασία αυτή είναι πολύ σημαντική, καθώς μπορεί να λειτουργήσει ως γέφυρα συνεργασίας μεταξύ των χωρών και να παρέχει λύσεις σε κοινές προκλήσεις που αντιμετωπίζουν τόσο τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης όσο και οι εταίροι μας. Αναμένουμε, κύριε Επίτροπε, λοιπόν τώρα από την Επιτροπή να προχωρήσει άμεσα στη χρηματοδότηση του συνεταιρισμού για την έρευνα και την καινοτομία στην περιοχή της Μεσογείου.

Εντούτοις, στόχος πρέπει να είναι η προώθηση έργων τα οποία να εστιάζονται στα συμφέροντα και τις ανάγκες της κοινωνίας και των λαών και όχι στα συμφέροντα των πολυεθνικών. Με γνώμονα τις ιδιαιτερότητες της κάθε χώρας, η συνεργασία στην έρευνα και την καινοτομία θα πρέπει να έχει στόχο την αντιμετώπιση σημαντικών κοινωνικών προκλήσεων για την ενίσχυση της κοινωνικής ευημερίας. Θα πρέπει λοιπόν να προωθηθούν έργα που να εστιάζονται, όπως αναφέρθηκε και είναι ο στόχος, στα συστήματα τροφίμων και υδάτινων πόρων, αλλά θεωρούμε ότι θα πρέπει να αξιοποιηθούν και οι πηγές ενέργειας, όπως είναι οι ανανεώσιμες πηγές ενέργειας –και όταν μιλούμε για τη Μεσόγειο, αυτό είναι σημαντικό.

Θα πρέπει να διασφαλιστεί επίσης ότι η ευρωμεσογειακή συνεργασία στον τομέα της έρευνας και της καινοτομίας θα είναι ωφέλιμη και αποδοτική, καθώς θα βασίζεται στις αρχές του αμοιβαίου συμφέροντος, του κοινού οφέλους και θα σέβεται τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Μια τέτοια συνεργασία είναι σήμερα αναγκαία περισσότερο από ποτέ. Προς αυτή την κατεύθυνση πρέπει η Επιτροπή να χρηματοδοτήσει πρωτοβουλίες οι οποίες θα ενισχύουν αυτή τη συνεργασία, συμβάλλοντας δραστικά στην επίτευξη της ειρηνικής συνύπαρξης αλλά ταυτόχρονα και στην προώθηση της ανάπτυξης με κοινωνικό χαρακτήρα, δίνοντας εν μέσω οικονομικής κρίσης ώθηση στην πραγματική οικονομία.

1-173-000

Ernest Maragall, on behalf of the Verts/ALE Group . – Mr President, the Euro-Mediterranean partnership aims to create an area of peace, stability and prosperity and to support dialogue between cultures of the region. In this context we support openly the PRIMA initiative which clearly points to the consolidation in a structured way of a partnership for research and innovation according to the principles of co-ownership, mutual interest and benefit sharing, but we insist that this programme should be tied to the specific needs and circumstances of the countries involved, in particular those of non-European Union countries.

We are therefore waiting for a complete proposal from the Commission on how to implement the PRIMA initiative, and we would like in this regard to make three specific recommendations.

Firstly, PRIMA should relate not only to the countries in the Mediterranean area but to the Mediterranean itself. I think PRIMA should also address the challenges of the blue economy, ensuring the sustainability of its actions. The objective of PRIMA should be to focus research and innovation towards sustainably exploiting aquatic living resources while at the same time protecting biodiversity, ecosystem services and the resource base.

Secondly, PRIMA must focus on food production systems that foster sustainable production of safe and healthy food in vibrant local economies. The common research and initiative priorities must be focused towards a low energy, low external input, low emission and low waste economy, and support the creation of vibrant local economies and assure food production supply chains.

Thirdly and finally, support for an Article 185 initiative with a dedicated implementing structure. We believe that the PRIMA initiative has today all the prerequisites to be established as a public-public partnership under Article 185 of the Treaty.

We then propose considering the possibility of establishing a new arm of the Union for the Mediterranean, which is probably the best way to achieve the partnership we need to launch this project with real possibilities for success.

1-174-000

Dario Tamburro, *a nome del gruppo EFDD . – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi crediamo che una maggiore attenzione e cooperazione tra i paesi del Mediterraneo sia quanto mai necessaria dopo che per decenni la politica dell'Unione si è concentrata molto, troppo, a Nord Est. Nel frattempo, i paesi del sud dell'Europa hanno fortemente risentito sia dell'entrata in vigore della moneta unica che delle politiche di austerità. Daremo pertanto pieno supporto al partenariato per la ricerca e l'innovazione nell'area mediterranea ma sono necessarie delle precisazioni. Un New Deal mediterraneo non può non essere accompagnato da un estremo rigore: e per rigore non intendiamo il rigore disumano e inefficace dell'*austerity* ma il rigore sul legittimo e appropriato uso dei fondi europei, in molti Stati membri dove dilaga la corruzione, e il rigido rispetto dei regolamenti sulla partecipazione reale di stakeholder e ONG.*

Riteniamo inoltre fondamentale che si lavori anche su una legislazione europea, che contrasti efficacemente il prosperare e il dilagare della criminalità organizzata e della corruzione nel sud come nel nord dell'Europa. Spesso la corruzione si alimenta del mancato ed errato uso dei fondi europei.

1-175-000

Nicolas Bay (NI). - Monsieur le Président, je suis convaincu de la nécessité qu'il y a à coopérer avec les pays de la rive sud de la Méditerranée et je me réjouis de l'établissement d'une collaboration interétatique, notamment de l'intéressant projet GALILEO auquel le Maroc est associé depuis bientôt dix ans.

En effet, nous avons vocation à travailler ensemble sur les grandes questions scientifiques, énergétiques, écologiques mais aussi et, peut-être même, surtout sur les enjeux démographiques. L'Union européenne peut sans doute jouer un rôle de facilitateur et c'est

pourquoi je ne vois pas a priori d'inconvénient à ce que l'Union européenne participe à ce partenariat pour la recherche et l'innovation.

Mon pays – la France – s'est d'ores et déjà engagé à participer à l'initiative PRIMA à hauteur de 4 millions d'euros par an. Si cette somme est bien utilisée, elle peut s'avérer utile aux populations sud-méditerranéennes, qui sont régulièrement confrontées à de graves difficultés alimentaires et d'accès à l'eau et ce, en raison d'une grande instabilité double, climatique et politique.

Néanmoins, j'attire votre attention sur le fait que ces coopérations doivent être profitables à toutes les parties, ce qu'implique l'idée même d'un partenariat. Parmi les contreparties que nous sommes en droit d'exiger de nos partenaires figure la nécessaire maîtrise des flux migratoires. Cette question – vous en conviendrez – n'est pas accessoire.

Ainsi, nous, eurocritiques – c'est-à-dire euroréalistes –, ne jetons pas le bébé avec l'eau du bain. Notre ferme opposition à l'euromondialisme ne nous empêche pas de soutenir les quelques rares projets qui nous paraissent aller dans le bon sens. L'article 185 du TFUE précise que la participation de l'Union européenne à des programmes de recherche et de développement entrepris par plusieurs États membres doit justement se faire "en accord avec les États membres concernés".

Cependant, nous restons vigilants car nous considérons que les États-nations doivent rester maîtres de leur destin, surtout à une époque où les institutions européennes semblent, trop souvent, travailler contre l'intérêt des peuples d'Europe.

1-176-000

Francesc Gambús (PPE). - Señor Presidente, señor Comisario, quisiera agradecer de antemano sus palabras y su estado de ánimo en relación con el diálogo entre la Comisión Europea y el Parlamento Europeo, que creo imprescindible y que comparto.

En los últimos diez años se han creado una serie de redes de cooperación, tanto a nivel Estado/Estado como a nivel regional, y se han logrado resultados significativos en la construcción de una zona común euromediterránea de investigación e innovación. En abril de 2012, la Conferencia Euromediterránea sobre Investigación e Innovación, organizada por la Comisión en Barcelona, pidió una asociación renovada en investigación e innovación. Asimismo —y se ha mencionado aquí—, las Presidencias chipriota, griega e italiana del Consejo han apoyado esta iniciativa por el potencial de mejora significativa de la cooperación científica de la Unión Europea con los Estados del sur del Mediterráneo.

Es casi imposible —y seguro que lo compartimos— separar I+D+i de la educación superior, ya que es en este ámbito donde es posible lograr avanzar más rápidamente en la colaboración entre diferentes Estados, utilizando, por ejemplo, estudios conjuntos, másteres conjuntos, programas de movilidad, de estudiantes, de másteres, doctorados, centros universitarios mixtos, entre otros.

La iniciativa PRIMA se basa en los principios de la copropiedad, el interés común y el beneficio compartido, todos ellos elementos necesarios para garantizar la gestión sostenible de los recursos comunes y de la responsabilidad regional compartida en el marco de la Unión por el Mediterráneo. Hay que proporcionar soluciones concretas a los problemas comunes que afrontamos. Es bueno que la Comisión Europea haya reconocido el potencial que tiene la asociación para la investigación e innovación en el Mediterráneo para todos los Estados que la integran, así como para los ciudadanos de ambas orillas del Mediterráneo.

Para conseguir el éxito de esta importante asociación, es importante que la Comisión tenga encima de la mesa el artículo 185 del Tratado, para proporcionar una alta visibilidad, estabilidad institucional y el compromiso a largo plazo de los países participantes. Creemos que la iniciativa del artículo 185 es el instrumento más adecuado para hacer frente a los desafíos globales de la región mediterránea en una forma integrada, por lo que debe ser implementada —o debería ser implementada— lo antes posible.

En todo caso, señor Comisario, comparto que es importante el objetivo más que el proceso: es más importante el qué que el cómo. Pero seguro que usted comparte conmigo que también es importante que la búsqueda del cómo no ponga en riesgo el qué, no ponga en riesgo los objetivos. Por nuestra parte, estaremos abiertos al diálogo, como le decía, pero vigilantes.

1-177-000

Miriam Dalli (S&D). - Sur President, Sur Kummissarju. Bidliet demografici, soċċoekonomiċi u anke fil-klima huma kollha sfidi reali għall-iżvilupp sostenibbli tal-pajjiżi Meditarranji, imma mhux biss. Dawn huma wkoll sfida għall-Unjoni Ewropea kollha kemm hi.

U dan huwa l-isfond li wassal għal htiegħ ta' shubija għal tul ta' zmien bejn l-Unjoni Ewropea u pajjiżi oħra Meditarranji fuq issues specifici, inkluz ukoll permezz ta' PRIMA - shubija fuq riċerka u innovazzjoni fil-Mediterran. Fir-realtà tal-lum, shubija favur riċerka u innovazzjoni tista' sservi ta' pont bejn l-Unjoni Ewropea u l-pajjiżi tan-naħha t'isfel tal-Mediterran filwaqt li tippromwovi stabilità politika u żvilupp ekonomiku sostenibbli, flimkien mal-ħolqien ta' impjieg iġoddha fir-regjun li tant huma meħtieġa.

F'dan il-kuntest, nemmen li għandna bżonn respons integrat min-naħha tal-Unjoni Ewropea. Il-Kummissjoni Ewropea għandha tressaq proposta leġiżlattiva billi tapplika l-Artikolu 185 tat-Trattat dwar il-Funzjonament tal-Unjoni Ewropea. U qed nħid dan aktar u aktar issa li għandna l-impenn politiku tal-Presidenza Griega u anke l-Presidenza Taljan, fejn it-tnejn li huma enfasizzaw fuq il-htiegħ u l-importanza ta' koperazzjoni Ewro-Mediterranja fir-riċerka u l-innovazzjoni u rriaffermaw il-prioritajiet tematiċi tal-ikel u l-ilma.

Il-fatt li l-Istati Membri li qed jipparteċipaw flimkien mal-pajjiżi l-oħra tal-Mediterran riċentement esprimew l-impenn finanzjarju tagħhom juri l-interess li hemm. Il-pajjiż li gejja minnu jien, Malta, huwa wieħed minn dawn il-pajjiżi u huwa involut attivament f'dan il-proċess.

Tibqa' mistoqsija centrali li nittama li l-Kummissjoni twieġeb: il-Kummissjoni lesta tuża d-dritt ta' inizjattiva u tipproponi l-finanzjament ta' programmi bejn Stati Membri differenti u pajjiżi oħra li ġejjin mill-Mediterran?

Ježisti dan l-interess?

Nittama, li l-Kummissjoni tifhem li wasal iż-żmien li niprocedu u nimplimentaw din l-inizjattiva u tipprovdi l-fondi necessary favur shubija dwar riċerka u innovazzjoni fil-Mediterran.

1-178-000

Ruža Tomašić (ECR). - Gospodine predsjedniče, kao zastupnica iz Hrvatske pozdravljam neformalno uključivanje naše države u partnerstvo za istraživanje i inovacije na mediteranskom području i nadam se skorom formaliziranju tih odnosa. Mediteran je

stoljećima bio središte poznatog svijeta, razne su kulture tu izmjenjivale robu i znanje što je rezultiralo ogromnim naprecima u svim sferama života za čovječanstvo u cijelini.

Hrvatski su prostori oduvijek bili dijelom Mediterana, a naši su znanstvenici, umjetnici i trgovci ispisivali stranice povijesti ove civilizacije. Hrvatska se tako uključenjem u partnerstvo na neki način vraća u svoje prirodno okruženje. Nadam se stoga kako je pristupanje Hrvatske PRIMA-i doista samo puka formalnost.

1-179-000

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). - Señor Presidente, el proyecto europeo tiene en las orillas del Mediterráneo las cicatrices de todos sus abandonos: en las escuelas y hospitales cerrados por orden de la Troika, en los muros levantados para aislar a Europa de sus víctimas, en las regiones y Estados devastados por la economía neoliberal y la geoestrategia oportunista. Si desea salvarse a sí misma, la Unión Europea tiene la obligación de colaborar con los Estados mediterráneos para cerrar estas heridas, creando una agenda común de desarrollo y diplomacia exterior.

PRIMA es tan solo una pequeña iniciativa, pero es, quizás, una prueba de la voluntad de Europa de encarnar los valores de progreso y colaboración con sus vecinos del Sur, la primera piedra hacia la creación de un espacio científico común en el Mediterráneo.

Huelga decir que la problemática, aun limitada, que iniciará este programa es de gran importancia: la conservación de suelos, la gestión de residuos hídricos escasos, el desarrollo de una agricultura y de una acuicultura sostenibles son retos urgentes en esta región. Ambiental y socialmente, pero también económicamente.

Sin duda, la Comisión deberá velar por que la cooperación científica no se subordine a los intereses de las grandes empresas o contribuya al expolio de recursos locales, como ocurre con los cultivos de exportación en los territorios ocupados por Marruecos en el Sáhara Occidental.

Teniendo en cuenta estas precauciones, instamos a la Comisión a financiar este espacio común de investigación que sabemos esencial para la creación de empleo y la reconstrucción tan necesaria del área mediterránea.

1-180-000

Lara Comi (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, le formulo gli auguri per un migliore lavoro e le garantisco che avrà da noi sicuramente una condivisione e una collaborazione sincera, perché ritengo che l'ambito della ricerca e dell'innovazione siano l'elemento di una crescita vera e anche per quanto riguarda ciò che abbiamo appena definito come partenariato, ritengo che i tempi siano effettivamente maturi per una proposta legislativa e per offrire effettivamente una stabilità istituzionale a questo partenariato. Il percorso finora compiuto ha creato un consenso solido tra gli Stati membri e gli Stati partner, che è chiaramente constatabile dall'impegno finanziario che questi hanno assunto a sostegno dell'iniziativa.

Ciò dimostra sicuramente la volontà di proseguire per una strada che è ritenuta valida per raggiungere gli obiettivi di una maggiore integrazione a livello scientifico, gestionale e finanziario. Il valore aggiunto che se ne ricaverebbe è sicuramente fuori discussione, lo abbiamo detto tutti. Gli Stati dell'area mediterranea condividono medesime problematiche ed esigenze. L'intervento dell'Unione attraverso il rafforzamento delle sinergie, tra il

programma quadro pluriennale e l'azione svolta all'intero del partenariato, può senza dubbio offrire quello strumento che aiuterà a individuare soluzioni concrete e sfide comuni.

Il Mediterraneo vive oggi problematiche molto importanti e anche proprio in questa Aula noi continuiamo a discutere di come risolvere, ad esempio, il problema dell'immigrazione ma anche quello della disoccupazione. Sono convinta che questo strumento darà un grande contributo. Le chiedo pertanto di procedere senza indugio nell'applicazione dell'articolo 185 del trattato, che darà un contributo alla stabilità interna dell'area attraverso il dialogo e il confronto nell'ambito della ricerca e dell'innovazione.

E concludo il mio intervento affermando che, in quanto responsabile per il PPE delle politiche giovanili, sono anche convinta che la ricerca e l'innovazione siano l'elemento per dare positività e ottimismo ai giovani, che vedono nel loro futuro anche un miglioramento personale e del proprio paese. Penso anche a Ispra, al centro di ricerca europeo che risiede nella mia provincia e che la invito a visitare, se già non lo ha fatto, in quanto può essere un trampolino di lancio per un'Unione e un partenariato mediterraneo, che già giochiamo in casa e che possiamo rafforzare.

1-181-000

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Demografické, sociálno-ekonomicke výzvy, ale aj environmentálne otázky veľmi úzko súvisia s touto tému. Naznačila ich vo svojom vystúpení už kolegyná Patrizia Toia. Partnerstvo pre výskum a inovácie v oblasti Stredozemného mora má potenciál dať výskumu a inováciám medzi zúčastnenými krajinami preklenovaciu úlohu, ako aj výrazne posilniť vedeckú diplomaciu Európskej únie s jej južnými susedmi v dlhodobom horizonte. Som presvedčená o tom, že partnerstvo pre výskum a inovácie môže ponúknuť konkrétné riešenia pre spoločné problémy, ktorým čelia členské štaty Európskej únie a stredomorské partnerské krajinu, a taktiež môže zohrávať dôležitú úlohu pri znižovaní súčasnej rozdrobenosti a duplicitu medzi národnými a európskymi programami v stredomorskej oblasti. Vítam preto aj keď len orientačné finančné záväzky, ktoré boli jasne deklarované zo strany členských štátov Európskej únie, ako aj zo strany stredomorských partnerov. Partnerstvo pre výskum a inovácie určite predstavuje relevantný a vhodný nástroj na presadzovanie stabilného a dlhodobého finančného riadenia a finančnej integrácie, ako aj vedeckej integrácie, ktoré sa začnú v prvej polovici roku 2017. Európska komisia by nemala nadálej prehliadať jasne deklarovaný dlhodobý záväzok zúčastnených krajín na realizáciu navrhovaného partnerstva pre výskum a inovácie v oblasti Stredozemného mora a prísť s legislatívnym návrhom iniciatívy podľa článku 185 Zmluvy o fungovaní Európskej únie, aby sa mohla spolupráca začať vykonávať v čo najkratšom možnom termíne.

1-182-000

Ricardo Serrão Santos (S&D). - Senhor Presidente, um agradecimento e um cumprimento também especial ao Senhor Comissário Carlos Moedas.

Tive oportunidade de assistir nos últimos meses a diversas reuniões sobre a avaliação dos mananciais de pesca do Mediterrâneo. Todas elas foram unânimes em concluir que falta conhecimento sobre as populações, a biologia e a ecologia das espécies exploradas comercialmente. No meu entender, esta situação não se deve à falta de investigação e inovação, mas sim à falta de coordenação e transparência na cooperação científica internacional com países terceiros.

Os institutos de investigação marinha do Mediterrâneo são excelentes e os navios de investigação estão ao nível do que encontramos noutras grandes bacias marítimas, mas o funcionamento das organizações de gestão científica internacionais, como a Convenção de Barcelona e a Comissão para a Ciência do Mediterrâneo, tem mostrado que há barreiras geográfico-políticas.

No contexto mediterrânico há que apostar numa cooperação norte-sul, assente no diálogo e na transparência de dados. A Parceria para a Investigação e a Inovação na Região do Mediterrâneo ficará totalmente aquém se faltarem países charneiras do sul desta grande bacia. Há bons exemplos da aplicação do artigo 181.^º do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia, como é o caso do projeto BONUS no mar Báltico. Mas o Báltico é muito diferente do Mediterrâneo, possui uma geografia política mais diversa.

Aproveito esta oportunidade para chamar a atenção para o alargamento, ou o segundo canal do Suez. Este processo irá acarretar uma maior poluição marítima, incluindo muitas espécies alienígenas. O impacto esperado vai muito para além do país promotor, tendo consequências em todo o Mediterrâneo, como aliás o teve, e tem, o atual canal do Suez.

Por essa razão, eu apelo para a realização de um verdadeiro estudo de impacto ambiental, que seja holístico, abrangente, profundo, internacional e, mais importante, consequente. O Crescimento Azul não exige apenas investimentos no meio marinho, exige essencialmente inteligência na abordagem precaucionária ao nosso futuro comum. Também por esta razão o PRIMA é uma prioridade.

1-183-000

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedniče, Mediteran ima iznimjan značaj za Europsku uniju već zbog činjenice da njen teritorij zauzima gotovo cijelu sjevernu obalu Mediterana, kao i zbog potencijala koji djelovanje i suradnja na ovom području mogu imati za rast i razvoj Europske unije i mediteranskih partnera.

Kreiranje politika namijenjenih Mediteranu počelo je neposredno nakon stvaranja Europske unije, ali konkretniji pomaci su izostali do početka devedesetih godina i poznatog procesa iz Barcelone. Protekla dva desetljeća prošla su u znaku brojnih aktivnosti, ali bez vidljivih rezultata. Sukobi u južnom Mediteranu se množe, problem migracije i dalje nije jedinstveno reguliran, a zemlje uključene u euromediterranske programe nisu pretjerano prosperirale jer se najčešće mijenjala forma, ali ne i sadržaj politika.

Uvezši u obzir dosadašnji pristup, neizbjegno se pitamo da li politika Europske unije prema Mediteranu cilja na demokratizaciju ili je sličnija politici polarizacije i koje su to moguće opcije za izlazak iz trenutne situacije? Jedna od njih svakako je PRIMA program kojeg su već podržale zemlje s obje strane Mediterana i Vijeće za konkurentnost. Čak je pronađen i adekvatan pravni okvir u obliku članka 185. Ugovora o funkcioniranje Europske unije.

Dosadašnje mediteranske politike redom su se temeljile na centraliziranom top-down pristupu od sjeverne prema južnoj obali Sredozemlja. Možda se rješenje nalazi u promjeni pristupa i fokusiranju na građane, znanstvenike, istraživačke centre, male i srednje poduzetnike koji bi zaista povezali obje obale. To bi stvorilo priliku za djelovanje i neeuropskim mediteranskim zemljama i razvilo potencijal da se njihovom zajedničkom znanstvenom suradnjom ostvari ono što prethodni pristupi i politike nisu uspjeli.

Zbog svega navedenog pridružujem se pozivima Komisiji da što prije predstavi zakonodavni prijedlog kako bi mogli početi s implementacijom ovog doista hvalevrijednog programa.

1-184-000

PRZEWODNICZY: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący Pytania z sali

1-185-000

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, imao sam se prilike osobno uvjeriti koliki može biti značaj ovoga programa. Naime, imao sam priliku biti dio Unije za Mediteran i to onog dijela koji se tiče lokalnih i regionalnih vlasti. Sudjelovaо sam na bezbroj sastanaka s kolegama gradonačelnicima i predsjednicima regija iz Maroka, Alžira, Egipta, Tunisa. Njihova su očekivanja vrlo velika gospodine povjereniče. Njihova su očekivanja od Europske komisije, od Europe u cijelosti, od zemalja članica zaista vrlo velika.

Vaša je koncentracija na istraživanju i inovacijama, ali tu konkretno želim reći, zaista na iskorištavanje vodnog resursa i znanja koje ima Europa s tim, mislim da treba biti nešto što trebamo brzo transferirati, učiniti zaista što je moguće prije. Pravi rast, održivi rast, ekonomija, veliki gradovi na južnom dijelu Mediterana, problemi s okolišem, sve su to teme gdje Europa može puno učiniti i ja očekujem i dajem podršku Komisiji u tim namjerama.

1-186-000

József Nagy (PPE). - Tisztelt Biztos Úr! Nagyra értékelem ezt a remek kezdeményezést, mert nagyon jól tudatosítom, hogy mennyire fontosak az euro-mediterrán gazdasági és stratégiai kapcsolatok. Ezeket tudná fellendíteni a kutatás és a fejlesztés a két éve meghozott barcelonai határozat alapján. Mint az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság tagja azért tartom ezt az elközpelést fontosnak, mert ez stabilizálhatná a régió gazdasági és politikai helyzetét. Hogy ez miért is fontos számunkra, azt ugye nem kell magyaráznunk, hiszen a földközi-tengeri szomszédaink belügyi helyzete meghatározó a régió biztonsági helyzete szempontjából a térség békéjének a biztosítása érdekében.

Nem utolsó sorban az Európai Unió mediterrán országait fojtogató illegális migráció megfélezése mindenképpen olyan feladat, amely lehetetlen a forrásországok felemelkedése nélkül. S végül úgy érzem, hogy az Európai Uniúnak haladéktalanul lépnie kell, mert ha nem fogunk odafigyelni, megtörténhet az, ami Afrika nagy részében ma megtörtént, hogy a távol-keleti érdekeltségek hatáskörébe kerül ez a régió is.

1-187-000

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Senhor Presidente, ora trata-se de uma parceria que é bem-vinda, que não é completamente inédita e, pela nossa parte, entendemos que deve ser valorizada, sobretudo se tiver na sua base aqueles valores fundamentais que deveriam prevalecer sempre no relacionamento da União Europeia com os seus vizinhos: a corresponsabilidade, o interesse mútuo e as vantagens partilhadas.

Contudo, temo que esses valores possam não passar de letra-mortा, e neste quadro gostaria de dirigir algumas questões. Em primeiro lugar, como foi realizada a escolha dos setores da água e do alimento, a privilegiar, e qual o envolvimento dos nossos vizinhos neste processo?

Gostaria também de saber que mecanismos estão previstos para garantir uma participação paritária destes países, evitando assim que os projetos sirvam apenas uma das partes.

Gostaria também de saber que mecanismos estão previstos para garantir que sejam sobretudo os povos destes países a beneficiar destes projetos, evitando assim o efeito de sucção da pouca capacidade científica existente nesses países, deixando-os no final ainda mais pobres.

Finalmente, que garantia temos de que este programa não se irá destinar a financiar projetos de países como Israel que se colocam à margem do direito internacional e que beneficiou no passado do programa-quadro que ajudou, como sabemos, a desenvolver o seu arsenal de guerra, ou ainda a consolidar situações de ocupação de nações, como é o caso da ocupação do Sáara Ocidental por parte de Marrocos?

1-188-000

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, o reforço dos laços de cooperação no plano científico e tecnológico com os países do Mediterrâneo é uma direção desejável. Da utilização eficiente de recursos, passando à conservação da biodiversidade, passando pelas questões energéticas, os desafios são inegáveis e seguramente melhor abordados em conjunto. São conhecidas as reservas que temos relativamente à política científica da União Europeia – reservas profundas e divergências. A parceria que defendemos com estes países não pode, naturalmente, deixar de ter em conta. Os países em questão, tanto os do sul do Mediterrâneo como os Estados-Membros envolvidos, devem ter um papel determinante na conceção deste quadro de cooperação norte-sul e na definição das suas prioridades, meios e objetivos. Questões como o necessário reforço das dotações do programa-quadro e a sua reorientação no sentido da prevalência do interesse público são, obviamente, questões centrais desta parceria.

1-189-000

(Koniec pytań z sali)

1-190-000

Carlos Moedas, Member of the Commission . - Mr President, honourable Members, thank you very much for all the support that you have shown tonight for this project. I took good note of the positions expressed here in this debate. Let me assure you that the Commission shares the view of Parliament in believing that tighter, renewed scientific cooperation with our southern partners is an asset for peace, stability, shared prosperity and growth in our region.

Efforts to strengthen the partnership in the Mediterranean area through European and national programmes are to be pursued in synergy, coordination or alignment with other existing EU initiatives relevant to those areas. It remains of paramount importance to avoid duplication and to demonstrate convincing added value. The merits of any proposal will be carefully assessed on the basis of the above-mentioned criteria, and subsequently the best way forward will be evaluated.

1-191-000

Przewodniczący. - Zamykam debatę.

Oświadczenie pisemne (art. 162)

1-192-000

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Monsieur le Président, chers collègues, Je salue ce débat sur la mise en œuvre du partenariat en matière de recherche et d'innovation dans la zone méditerranéenne (PRIMA). La France avait en 2008 souhaité relancer le processus de Barcelone avec "l'Union pour la Méditerranée". Des initiatives ont suivi mais beaucoup reste à faire. Le partenariat PRIMA est un projet concret et positif qui peut lier les deux côtes de la Méditerranée. Il vise en effet à assurer la cohérence des programmes de recherche de onze États membres de l'Union et de huit États méditerranéens pour mieux répondre aux enjeux croissants et partagés dans la région. Je dis "partagés" car les questions, que posent l'érosion du capital naturel, la raréfaction de l'eau et le changement climatique ont un impact croissant sur la rive sud de la Méditerranée mais également sur la rive nord. Je soutiens donc pleinement cette initiative et estime qu'il est essentiel que le renforcement de la coopération scientifique et technologique entre les pays méditerranéens bénéficie du soutien de l'Union européenne et des possibilités institutionnelles et financières prévues par le traité de Lisbonne et le programme Horizon 2020.

19. Jednominutowe wypowiedzi w znaczących kwestiach politycznych

1-194-000

Przewodniczący. - Kolejnym punktem porządku dnia są jednominutowe wystąpienia w znaczących kwestiach politycznych (art. 150 Regulaminu).

1-195-000

Stanislav Polčák (PPE). - Pane předsedající, já bych chtěl upozornit na otázku, která je podle mého názoru velmi podstatná. A to je otázka, že Národní fronta s předsedkyní Marií Le Penovou na svou politickou činnost přijala půjčku ve výši 9 milionů eur od První česko-ruské banky. Je v zásadě nerozhodné, zda tuto půjčku poskytla Ruská centrální banka nebo její pobočka česká. V každém případě by ovšem Evropská unie měla řešit, zda přijímání půjček pro politické strany z členských států od institucí z nečlenských států Evropské unie, s nimiž je Evropská unie navíc v jistém mezinárodním sporu, je či není v souladu se zásadami Evropské unie. Podle mého názoru by nemělo docházet ke stavu, kdy si země jako Ruská federace vlastně pro své budoucí další aktivity platí nějakou politickou stranu. Takto může postupovat Čína a tak dále. Myslím si, že této věci by měla Unie věnovat náležitou pozornost a chtěl bych ji k tomu vyzvat.

1-196-000

Victor Negrescu (S&D). - Domnule președinte, cetățenii români au fost, în ultimele luni, ținta atacurilor extremităților din mai multe state europene. Din păcate, lipsa de reacție la aceste mesaje generează apariția unor politici guvernamentale abuzive și restrictive cu privire la drepturile tuturor cetățenilor europeni. Propunerile recente ale premierului David Cameron înseamnă, practic, restrângerea dreptului la liberă circulație a forței de muncă în Marea Britanie.

În acest context, nu pot să nu constat faptul că discursul segregatiorist este practicat astăzi împotriva cetățenilor români. Această retorică produce efecte reale, care pot afecta chiar și accesarea României în spațiul Schengen. Domnule Cameron, și românii contribuie la prosperitatea țării dumneavoastră și nu aveți voie să le restrângeți drepturile. Noi vom face tot ce ține de noi în Parlamentul European pentru a proteja drepturile lor.

Respect declarațiile domnului Juncker, care a subliniat faptul că libertatea de mișcare a muncitorilor europeni este un principiu fundamental al Uniunii Europene, dar aş vrea propuneră concrete de sancțiuni pentru orice fel de comportament antieuropean. Nu ne permitem ca unii europeni să fie considerați cetățeni de rang secund și propun organizarea unei dezbatări în Parlamentul European, pentru a discuta despre drepturile și obligațiile tuturor cetățenilor europeni.

1-197-000

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). - Panie Przewodniczący! Chciałbym zwrócić uwagę Komisji Europejskiej na bardzo trudną sytuację rolników - producentów mleka w moim kraju, w Polsce. Na skutek rosyjskiego embarga już kolejny miesiąc z rzędu spadają ceny skupu mleka. W stosunku do okresu sprzed embarga spadły już o około 20%. Natomiast jednocześnie rolnicy są obciążani karami za przekroczenie limitów produkcyjnych w roku kwotowym 2013/2014. Kary te wyniosły aż 46 milionów euro i były pobierane z wypłat dla rolników za bieżące dostawy mleka we wrześniu, październiku i listopadzie, a więc przy jednoczesnym gwałtownym spadku cen za dostarczany surowiec. Komisja Europejska zdecydowała się wesprzeć producentów mleka w krajach nadbałtyckich i w Finlandii tzw. pakietem mlecznym na kwotę 28 milionów euro ze względu na spadek cen skupu mleka w tych krajach o blisko 20%. Natomiast producentów mleka w Polsce, dziwnym trafem, ten pakiet nie obejmuje. A przecież, jak już wspomniałem, w Polsce ceny skupu mleka spadły także o 20% i w związku z tym oczekuję, że Komisja zmieni swoją decyzję i pakiet mleczny obejmie również producentów mleka w moim kraju.

1-198-000

Филиз Хюсменова (ALDE). - В предишния мандат на Европейския парламент успяхме да се преоборим за по-висок размер на средствата за финансиране на Фонда за европейско подпомагане на най-нуждаещите се лица. Трябва да сме доволни, че наскоро Европейската комисия одобри оперативни програми по Фонда в 16 държави членки на стойност над милиард и половина евро. Част от тях са предназначени за преки помощи за храна за най-бедните, но за всички нас по-важното е подпомагането на тези хора за излизане от бедността. Затова призовавам Европейската комисия да наблюдава разходването на средствата по Фонда и да следи дали държавите членки поставят акцент не само върху материалната помощ, а и върху мерки за участие в пазара на труда.

1-199-000

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, η Ελλάδα λόγω επικείμενων εκλογών δέχεται μια χυδαία επίθεση τρομοκράτησης του λαού της από τα ίδια τα όργανα της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Απευθύνομαι από αυτό το βήμα στους ωμούς εκβιαστές των ευρωπαίων πολιτών. Αυτούς που τάχα κόπτονται για τη δημοκρατία και σε μια νύχτα καθαιρούν εκλεγμένες κυβερνήσεις βάζοντας στη θέση τους τραπεζοϋπαλλήλους. Αυτούς που στις ευρωεκλογές «ξέαπατούσαν» τους Ευρωπαίους με το σύνθημα «your vote - our action» και σήμερα τους απειλούν για τις συνέπειες της ψήφου τους.

Απευθύνομαι στον κ. Juncker, τον οικοδεσπότη των «νόμιμων» φοροκλεπτών, που τολμά να υποδεικνύει στον ελληνικό λαό τι να ψηφίσει, και τον καλώ να μας πει τα ποσά που κλέψανε οι εταιρείες από τους έλληνες πολίτες. Απευθύνομαι στην κ. Merkel, ιεροκήρυκα της λιτότητας και της ηθικής, να μας δώσει τα ονόματα όσων λάδωναν οι γερμανικές εταιρείες Siemens, Rheinmetall κ.ά. στην Ελλάδα, για να κάνουν τις δουλειές τους.

Ο ελληνικός λαός δεν δέχεται ούτε υποδείξεις ούτε απελέξ.

Η πορεία των συνεταίρων σας, που τον γονάτισαν για να σας γίνουν αρεστοί, έχει προδιαγραφεί και η ανατροπή τους είναι πλέον δεδομένη.

1-200-000

Igor Šoltes (Verts/ALE). - Nekaj besed tudi o dnevnem redu, ki se nanaša na poplave.

Treba je reči, da so poplave in suše v zadnjih letih kar pogost pojav, niso več izjema in ne govorimo več o stoletnih vodah, ampak kar o vsakoletnih poplavah.

Okolje smo seveda ranili in ga še naprej uničujemo v tolikšni meri, da podnebne spremembe prinašajo vse bolj ekstremne vremenske pojave, kot so suša, toča, žled, in to potrjujejo tudi letošnje poplave, ki so prizadele močno Slovenijo.

Praktično so uničena celotna območja na Hrvaškem, v Bosni in Hercegovini, Srbiji in Bolgariji. In čas je seveda, da spremenimo odnos do tega in da se začnemo ukvarjati tudi preventivno z odpravo posledic napak.

To pomeni, da začnemo vlagati v preventivne aktivnosti: poglabljanje strug, čiščenje rek in vsega tistega, kar zmanjšuje poplavno ogroženost, in to je tudi priložnost za nova delovna mesta.

1-201-000

Jill Seymour (EFDD). - Mr President, HS2 is a flawed EU vanity project. It has no business case, and it will leave our country riddled with debt. It is destroying people's lives and communities and ripping up graveyards and ancient woodlands. I do not want to see our precious environment ruined by this destructive rail line. The enormous impact it will have on many constituencies from construction work and subsequent blight will affect hundreds of acres of land.

There are still unanswered questions on plans and costs, yet the project is still moving forward against any public wishes. It will only be supporting a minority at the cost of a majority. What passengers want is an affordable, reliable, comfortable and efficient rail network system that delivers from South to North and from East to West. We already have a network in place, but it is desperately in need of improvement, and some additional lines are needed in some areas. The victims of HS2 who have had their lives destroyed have not been awarded adequate compensation. This is a national disgrace.

1-202-000

Barbara Kappel (NI). - Herr Präsident! Beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag dieser Woche werden die Staats- und Regierungschefs über das 315-Milliarden-Euro-Investitionspaket von Herrn Kommissionspräsidenten Juncker entscheiden. Es tun sich schon jetzt breite politische Bruchlinien auf. Die Südeuropäer verlangen mehr frisches Geld, Italien und Frankreich wollen, dass die Investitionen in die Infrastruktur vom Defizit ausgenommen werden, und die europäische Sozialdemokratie hat sich am Wochenende darauf verständigt, dass das Paket zu klein ist und auch den Arbeitnehmern mehr zugutekommen soll.

Ein Investitionsbooster von 315 Milliarden würde Europa sicherlich guttun, würde es sich
a) um echtes Geld, um ein echtes Investitionspaket handeln und nicht um ein Risikoübernahmepaket und b) würde der Europäische Fonds für Strategische Investitionen

tatsächlich ein Fonds sein, der Renditeerwartungen für Privatanleger klar offenlegt, um auch privates Geld mobilisieren zu können. All das ist nicht der Fall.

Das ist aber nicht der Hauptgrund, warum Europa schwächt. Der Hauptgrund, warum auch dieses Investitionspaket kein Investitionspaket ist, besteht darin, dass kein Vertrauen in die europäischen Finanzmärkte und in die Währungsunion gegeben ist. Die Unternehmen investieren nicht mehr, sie nehmen keine Kredite mehr auf, weil sie nicht mehr die Rahmenbedingungen vorfinden. Diese Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Wir müssen das Vertrauen in die Finanzmärkte und in die Währungsunion wiederherstellen.

1-203-000

Ivan Štefanec (PPE) – Denne používa internet 250 miliónov Európanov, stále však existujú milióny európskych občanov, ktorí internet ešte nikdy nepoužili. Preto považujem vybudovanie spoločného digitálneho trhu za príležitosť, ktorá môže nielen významne prispieť k zlepšeniu zamestnanosti, ale aj k zlepšeniu kvalifikácie Európanov. Vybudovanie digitálneho trhu je nutné sústrediť na:

1. lepší prístup k internetu,
2. rozšírenie elektronického obchodovania,
3. sprístupnenie elektronických služieb.

Vývoj vysokorýchlosných sietí má dnes rovnaký revolučný vplyv, ako mal vývoj elektrických a dopravných sietí pred sto rokmi. Únia by mala ešte v rámci digitálnej agendy zabezpečiť dva ciele: širokopásmové pokrytie 30 Mbit/s do roku 2020 a zabezpečenie 50 % domácností širokopásmovým pripojením nad 100 Mbit/s do roku 2020. Digitálna ekonomika každoročne rastie až o 12 % a rastie sedemkrát rýchlejšie v porovnaní s inými hospodárskymi odvetviami. Z týchto dôvodov považujem vybudovanie jednotného digitálneho trhu naozaj za klúčovú prioritu na našom spoločnom európskom trhu.

1-204-000

Anneliese Dodds (S&D). - Mr President, following LuxLeaks I and II, the people of Europe are looking to the EU to take action against tax evasion and aggressive tax avoidance. So the Socialists and Democrats are calling for three things: first, country-by-country reporting of profit; secondly, a Europe-wide approach to tackling tax havens; and thirdly, the blacklisting of companies who engage in tax fraud and the financial advisors who help them to do it. But we also need commitment from the rest of the EU: from the Commission and the Council. Tomorrow the Commission must indicate that plugging the tax gap will be at the heart of its priorities, and Member States within the Council must listen to the anger of their citizens at the end of this week and work together to overcome national differences and agree on strong joint measures. Tackling tax fiddling could release one trillion euros across Europe – money we can ill afford to lose. Let us seize this opportunity to stop tax fiddling and back the citizens of Europe and the SMEs who pay their taxes, not those transnational companies who do not.

1-205-000

Janusz Wojciechowski (ECR). - Panie Przewodniczący! W ubiegłym tygodniu odbyła się pod Parlamentem Europejskim demonstracja przeciwko barbarzyńskiej praktyce zabijania bezdomnych psów w Rumunii. Ludzie dobrzej woli nie mogą się pogodzić z tym, że w państwie członkowskim Unii Europejskiej, w XXI w., ma miejsce brutalna akcja

masakrowania bezdomnych zwierząt. Jest to również krzywda wyrządzana ludziom bezradnym wobec takiego okrucieństwa. Mahatma Gandhi powiedział kiedyś, że poziom cywilizacji i jej moralny rozwój może być oceniany po tym, jak traktuje ona swoje zwierzęta. Wyrażam szacunek dla ludzi dobrej woli w Rumunii i apeluję do władz Rumunii, żeby położyły kres tej brutalnej praktyce, bo jest ona niegodna standardów europejskich. Mam nadzieję, że nowo wybrany prezydent Iohannis wykaże w tej sprawie wrażliwość i aktywność. Takie praktyki naprawdę nie są godne standardów europejskich w XXI w. Proszę pana prezydenta o aktywność w tej sprawie.

1-206-000

Marian Harkin (ALDE). - Mr President, before the end of this year, the Governor of the Irish Central Bank will sell a sovereign bond worth EUR 500 million, and then he will immediately destroy that money. I do not know if he will press a button or light a flame, but EUR 500 million will vanish. The Irish people will immediately start to pay interest on the disappeared EUR 500 million and in 24 years' time will still have to repay the EUR 500 million to the bondholders.

But this is not a once-off. For the next five years, we destroy EUR 500 million per year; for the next five years after that, we destroy EUR 1 billion per year; and for the next eight years, we destroy EUR 2 billion per year. We pay the interest and the principal to the tune of approximately EUR 80 billion to bail out a failed, insolvent bank. And why? At the time, we did it to prevent contagion in the EU banking system. They were desperate times, and desperate measures were called for. But those times have passed.

We in Ireland are drowning in debt, with our debt-to-GNP ratio at approximately 150%. This illegal, odious bank debt must be dealt with and lifted from the shoulders of 4.5 million Irish citizens.

1-207-000

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, passam cinco anos desde a irrupção da chamada crise da zona euro. Uma crise ainda sem fim à vista, que confirma tudo aquilo para que alertaram aqueles que, como nós, se bateram desde o início contra a união económica e monetária e a moeda única, alertando para as consequências devastadoras que teria e que a vida confirmou.

Dependência económica e subordinação política: eis as consequências de uma década e meia de euro. Este é um caminho sem futuro, que os povos derrotarão pela luta. Impõe-se uma discussão séria sobre as vantagens evidentes da dissolução da união económica e monetária e da extinção do Pacto de Estabilidade – instrumentos que devem ser substituídos por acordos intergovernamentais entre os Estados que, de forma livre e soberana, manifestem o desejo de prosseguir no caminho da integração económica e monetária. Solução que deve prever um programa de apoio aos países cuja permanência no euro se tenha revelado insustentável, a par da devida compensação pelos prejuízos causados, no quadro de uma saída negociada da moeda única e da imprescindível recuperação da soberania monetária.

1-208-000

Laura Ferrara (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'inchiesta su Mafia Capitale sta mettendo a nudo il vergognoso intreccio fra criminalità organizzata, corruzione e

politica, che ha gestito potere, lavoro e appalti pubblici e che aveva come centro operativo, Roma, capitale d'Italia.

Purtroppo è la conferma di quanto da tempo denunciamo: un sistema criminale che tiene sotto ricatto la parte sana della nostra società e che coinvolge, direttamente o indirettamente, amministratori pubblici e politici. Da tempo denunciamo le intrusioni della criminalità organizzata nella gestione dei centri di prima accoglienza per immigrati, verità che sta puntualmente emergendo dall'inchiesta.

Quanto sta accadendo in Italia non deve essere considerato come un fatto locale. Negare che esista un rischio di refluenza del fenomeno mafioso nel resto d'Europa non è solo falso, ma sarebbe il più grosso regalo che le mafie e le associazioni criminali potrebbero ricevere. Mafie e associazioni criminali che del segreto e dell'omertà si servono per crescere e arricchirsi. Come insegna la teologia, la suprema astuzia del diavolo è far credere che non esiste: occorre quindi che il Parlamento mantenga alta la guardia contro le mafie, senza indulglio, e con ogni strumento a sua disposizione.

1-209-000

Mario Borghezio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un paese nell'Unione europea dove 60 esponenti – fra cui parlamentari – sono in carcere da quasi due anni. Questo paese è la Grecia e il movimento si chiama Alba Dorata. Un caso eclatante di violazione dei diritti politici e anche dei diritti elettorali, visto che si va alle elezioni, tanto più grave perché nel cuore storico della democrazia. Questa tecnocrazia bancaria che comanda in Grecia e che impone delle soluzioni che il popolo greco, evidentemente, non condivide, reprime un movimento che dà fastidio a questi poteri mondiali.

Il Presidente del Parlamento europeo, a mio avviso, deve intervenire per verificare questa situazione e la fondatezza di questa repressione giudiziaria, che è un vulnus ai diritti politici di un numero rilevante di cittadini greci. Solidarietà quindi, come sempre si deve, per i principi di libertà a coloro che sono in carcere per motivi politici, e questo, signor Presidente, lei che viene da un paese che ha tanto sofferto per la dittatura e che ha lottato per la sua libertà, credo che lo comprenda meglio di chiunque altro.

1-210-000

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, as we all know, SMEs – and we constantly hear it – are the backbone of our society, and they will be essential for economic recovery across Europe. SMEs, whether they are employing five, ten, twenty or even fifty individuals, are started by an entrepreneur in general. It is a term we have come to use frequently, but it is a person who has the confidence, the ability and the brains to start a new business: somebody who has ambition and is willing to take risks.

I do not think we are doing enough for young people to encourage them to become entrepreneurs, to give them the confidence to know that they too can start a business. We need to invest in our education system; we need to ensure that young people's minds are open to the fact that they can be entrepreneurs and that they can have the ability to start their own business, even if it is only one or two employees that they may have. We also need to include suitable modules in our third-level sectors and in our colleges and universities to get young people thinking that they too have the possibilities to become entrepreneurs or business starters and employ people as well as themselves in developing our future economies.

1-211-000

Richard Corbett (S&D). - Mr President, I too rise to speak on the issue of LuxLeaks, like my colleague Ms Dodds, and how we should respond to it as a Parliament.

I think it would be wrong if we were to focus exclusively on Luxembourg. Luxembourg may well be the worst case but it is far from being the only one. We must focus on the wider issue of how it is that we have created, in Europe, a system which gives effectively an incentive to every Member State to become its neighbour's tax haven, and that makes it so easy for multinational companies to evade taxes by shifting profits from one country to another.

The total amount lost to national exchequers by tax evasion and tax avoidance is greater than all the public deficits of national governments in Europe added together. That is the issue we must address – the systemic changes that are needed to put an end to that situation.

1-212-000

Ελένη Θεοχάρους (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, όσοι έχετε ταξιδέψει προς την Κύπρο με αεροπλάνο –δεν υπάρχει και άλλος τρόπος!– πρέπει να γνωρίζετε ότι η Κύπρος είναι ένας πολύ δύσκολος προορισμός, γιατί είναι ένα απομακρυσμένο νησιωτικό κράτος και δεν έχει καλές συγκοινωνίες με την Ευρώπη.

Εμείς πιστεύουμε ότι πρέπει να διασωθούν οι Κυπριακές Αερογραμμές και, με το κατατεθέν πρόγραμμα διάσωσης, πιστεύουμε ότι η εταιρεία μπορεί να γίνει κερδοφόρα μέχρι το 2017.

Βεβαίως υπήρξαν φαινόμενα κακοδιαχείρισης, κακοδιοίκησης, αλλά υπήρξαν και εξωγενείς παράγοντες, όπως η οικονομική κρίση, που έπληξε και τις Κυπριακές Αερογραμμές και την Κύπρο πολύ περισσότερο, και η Κύπρος δεν αντέχει αυτή τη στιγμή άλλους ανέργους. Επιπλέον, το σκληρό εμπάργκο που εφαρμόζει η Τουρκία εναντίον της Κύπρου και τα παράνομα αεροδρόμια που λειτουργεί η Τουρκία στην Κύπρο πλήγτουν καίρια τις Κυπριακές Αερογραμμές.

Αυτό το αναγνώρισε η Επιτροπή και έχει αποδεχθεί να δίνει η Κυπριακή Δημοκρατία ένα ποσό ως αποζημίωση κάθε χρόνο στις Κυπριακές Αερογραμμές. Άλλα εμείς πιστεύουμε ότι αυτό δεν είναι δίκαιο. Πρέπει να αποκόπτεται από την προενταξιακή βοήθεια της Τουρκίας, για να κατανοήσει και αυτή η χώρα την αλλοπρόσαλλη πολιτική της.

1-213-000

Илияна Йотова (S&D). - Утре Европейската комисия ще представи своята програма – намеренията и перспективата за развитието на Съюза. Чухме и амбициозните идеи на г-н Юнкер за възвръщане на инвестициите, за изправяне на крака на европейската икономика чрез активното участие на публичния и частен сектор. След два дни и Съветът ще каже своята дума. Успехът е заложен в общите и координирани действия.

В същото време правителства и отделни политици в Европа се опитват да бламират, да блокират изхода от кризата. Антиемигрантската политика във Великобритания, внушенията срещу страни от Източна Европа, крайните изказвания на френски политици против членството на България и Румъния в Шенген, ксенофобските настроения изместяват европейските правила и създават нови разделителни линии и недоверие. Миграцията се превърна в предизборна тема и аргумент за политически боричкания, опасен флирт с гражданите и заиграване със страховете на хората за работни места и социални гаранции. Нито един политически аргумент, нито една политическа цел не може да оправдае подобна

политика. В ръцете на новата Комисия е да се справи с тези опасни тенденции и да защити правото на свободно движение на европейските граждани, правото на техния труд.

1-214-000

Ádám Kósa (PPE). - Tisztelt Képviselőtársaim! A most következő hozzászólásomat olasz jelnyelven fogom megtenni, ezzel is mutatva az olasz siket sorstársaim felé érzett szolidaritásomat. A mai napon itt az Európai Parlamentben az olasz siket sorstársaimat képviselem. 2014. november 20-án Róma belvárosában 6000 siket polgár tüntetett az olasz jelnyelv elismertetéséért. Az Európai Unióban három ország, Olaszország, Luxemburg és Málta ül a szégyenpadon, hiszen csak ezekben az országokban nem fogadták még el a jelnyelvet. A 60000 fős olasz siket közösség nevében felszólítom Olaszország kormányát, hogy mielőbb terjessék be az olasz jelnyelről szóló törvényt! Köszönöm szépen.

1-215-000

Damian Drăghici (S&D). - Mr President, the new Commission translates into a new approach to the problems of Roma communities across the EU. With the new Commission in office starting on 1 November, expectations of the credit allocated to the new European Cabinet increased. Among many other priorities, 'changing the situation of the Roma' – or 'the European Roma minority' as I like to call it – should be on the Commissioners' agenda and also on the Member States' political agenda.

As a newly elected member of this Parliament, but mostly as a Romanian Roma, I am drawing the Commission's attention to the following:

Structured, institutional dialogue between Member States, the Commission, Parliament and Roma organisations has to become an implicit, structured and valued working approach. The cabinets of the Vice-President and the relevant Commissioners need to have capable and experienced Roma experts to supply the necessary hands-on experience that the previous Commission did not have at the level which is needed. Together with the major European Roma organisations, the Commission must put in place an efficient monitoring mechanism that can show the progress that is going to be made by 2020, and that includes what we know has not been done by 2014.

1-216-000

József Nagy (PPE). - Köszönöm a szót. Sajnos arról kell beszámolnom, hogy hazámban, Szlovákiában az utóbbi két évben radikálisan és indokolatlanul csökkent a kisebbségi kultúrák támogatására szánt állami támogatás. Nemcsak az összeg bizonytalan évről évre, hanem legújabban a kormányzat nagy önkénnnyel dönt a pénz elosztásáról, és gyakran figyelmen kívül hagyja a bevált projekteket, és ignorálja a számarányokat is az egyes kisebbségek közt.

Sok európai országban a kisebbségi kultúrák támogatásának módja és összege törvényben van garantálva. Például a mindenkorai állami költségvetés vagy a nemzeti bruttó össztermék fix százalékában van meghatározva. Az összegek elosztását pedig magukra az érdekeltekre bízzák. Ez lehetne a megoldás az egész Európai Unión belül, mert sokban javítaná a többség és a kisebbség viszonyát, és a kisebbségi civil szervezetek és kulturális intézmények nem lehetnének kitéve pénzügyi zsarolásnak, és nem lehetne őket könnyen politikai eszközöként felhasználni. Úgy gondolom, hogy ideje lenne egy olyan uniós ajánlást megfogalmazni, hogy a tagállamok ezt a kérdést ezzel a bevált módszerrel rendezzék. Köszönöm, hogy meghallgattak.

1-217-000

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). - Señor Presidente, Señorías, venimos hablando mucho de seguridad del suministro energético en Europa. Sin embargo, considero que es un debate incompleto si no le ponemos rostro, si no hablamos de pobreza energética, de una de las mayores y más importantes desigualdades del siglo XXI.

No basta con que la energía llegue a Europa si más de 50 millones de ciudadanos europeos no pueden pagarla, ni siquiera para cubrir sus necesidades más básicas. Hablamos de millones de pensionistas, de hogares con todos sus miembros en desempleo o de trabajadores con empleos precarios. Sin embargo, hasta ahora, las políticas nacionales no han sabido dar una respuesta adecuada. Incluso, en países como el mío, hay, a día de hoy, 200 000 beneficiarios menos del bono social.

Por lo tanto, considero una prioridad social que se establezca una estrategia europea que dote de un marco común a todos los Estados miembros para erradicar esta nueva forma de desigualdad en el siglo XXI.

1-218-000

Csaba Sógor (PPE). - Köszönöm, Elnök Úr. Romániában nemcsak megtorpant, hanem visszafordult a kommunista rendszer által elkobzott javak visszaszolgáltatási folyamata. Nemrégiben jogerős döntés született, hogy egy előzetesen a református egyház tulajdonába visszakerült iskolaépület restitúcióját érvénytelenítik, azaz gyakorlatilag visszaállamosítják. Az ügy azért is kényes, mert a bíróság saját törvényértelmezése miatt kerülhetett rá sor. Románia az uniós csatlakozáskor vállalta a teljes restitúciót, a vonatkozó törvények meg is születtek, ám a bíróságok jogértelmezése az egész folyamatot visszafordíthatja.

A döntés azért is felháborító, mivel az eljárás keretében a kötelességüket végző hivatalnokok bűnösséget állapították meg, olyan embereket ítétek el, akik jóhiszeműen hajtották végre a törvényt nem egy, hanem több ezer visszaszolgáltatási kérelem esetében. A döntés komoly kétélyeket ébreszt bennem, hogy Románia megfelel-e a jogállamiság kritériumának, amelyik az EU-csatlakozás egyik feltétele volt. Köszönöm.

1-219-000

José Blanco López (S&D). - Señor Presidente, uno de los principales desafíos a los que se enfrenta el continente europeo es precisamente la crisis demográfica. La despoblación y el envejecimiento de múltiples regiones de la Unión Europea es sencillamente alarmante.

Esta crisis demográfica afecta a la propia sostenibilidad del continente, a su vitalidad económica y a la supervivencia de nuestro modelo social y de nuestro modelo de cohesión territorial. Por lo general, viene acompañada por un aumento de los niveles de desempleo y de pobreza, que desafía los cimientos mismos de la cohesión.

El artículo 174 del Tratado establece como objetivo de la política de cohesión reducir las diferencias entre regiones, con especial atención a aquellas con graves desventajas geográficas o demográficas. Urge que la Comisión actúe, que elabore un plan estratégico para el impulso demográfico con la participación de los Estados miembros, con la participación de las regiones.

1-220-000

Andor Deli (PPE). - Köszönöm, Elnök Úr. Az elmúlt hetek fontos külpolitikai bejelentése volt az a Vlagyimir Putyin orosz elnök által tett, és azóta újra megerősített kijelentés, hogy leállították a Déli Áramlat nevű projektet, és más irányvonalonban, Törökország felé tennék a gázvezeték új vonalát.

Mondani sem kell, hogy az EU-ban nagy port kevert a bejelentés, de külön érzékenyen érintette a tagjelölt Szerbiát. Annál is inkább, mivel a belgrádi orosz nagykövet – kihasználva a helyzetet – az EU-t feketítette be, és nevezte meg egyedüli felelősként a projekt leállításáért, komoly belpolitikai feszültséget szítva az országban. Fontosnak tartanám, ha az energiaunióért felelős alelnök, Šefčovič úr, határozott és mihamarabbi konzultációkat kezdene ebben a kérdésben a tagjelölt Szerbiával is, mint ahogy azt tette a többi érintett EU-tagországgal. A szerb kormány már kihangsúlyozta az EU irányába való tartós elkötelezettségét, szerintem szükség lenne arra, hogy ez a nagy energetikai függőségen lévő ország érezze az EU támogatását ebben a nagyon nehéz ügyben, segítve a szerb belpolitika stabilitásának megőrzését. Köszönöm.

1-221-000

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). - Domnule președinte, Uniunea Națională pentru Progresul României este o construcție de centru-stânga care are drept obiectiv principal introducerea în România a guvernării progresiste moderne și asigurarea stabilității politice, economice și sociale a țării. Seriozitatea, corectitudinea și respectarea cuvântului dat au devenit o adevărată carte de vizită pentru UNPR, fapt recunoscut de către toți liderii politici, cât și de către cetățenii români. UNPR se bazează în activitatea sa pe doi piloni principali: interesul național și dialogul social.

Societatea română s-a transformat profund în ultimii 25 de ani, dar tinerele generații ale României nu sunt bine reprezentate politic, iar generațiile asistate se află într-o permanentă situație de insecuritate socială. Ele au nevoie de o voce politică puternică, pragmatică și progresistă, care să le reprezinte - aceea a UNPR.

UNPR pune interesul național în centrul vieții politice. Numai promovarea interesului național, atât în relațiile bilaterale, cât și în cadrul organizațiilor europene, euroatlantice și internaționale poate și trebuie să fie cel mai important numitor comun al partidelor și singurul liant de durată al societății românești. Români au nevoie de unitate, nu doar în jurul intereselor comune, cât, mai ales, în jurul aspirațiilor care ne-au marcat istoria, evoluția și care ne definesc ca popor. Dar, mai presus de toate, țara are nevoie de conducători capabili de consens, de cooperare, construcție și progres.

Așa cum întotdeauna a sprijinit până la capăt guvernele din care a făcut parte, UNPR își respectă angajamentele și cuvântul dat și, în concordanță cu așteptările propriilor susținători, își manifestă susținerea pentru continuarea guvernării actuale a României. Printre obiectivele prioritare ale UNPR pentru perioada următoare se numără: introducerea taxei de solidaritate pe mariile averi, creșterea accelerată a absorbției fondurilor europene și creșterea rolului și influenței României în cadrul Uniunii Europene și al NATO.

1-222-000

Przewodniczący. - Zamykam dyskusję nad punktem porządku dnia.

20. Porządek obrad następnego posiedzenia: Patrz protokół

21. Zamknięcie posiedzenia

1-225-000

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.20)